

## Krise und Regulierung im postmaoistischen China

Thanner, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Thanner, A. (2006). *Krise und Regulierung im postmaoistischen China*. (ExMA-Papers). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-193380>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*



**ExMA-Papers  
Exemplarische MasterArbeiten**

---

**ALEXANDER THANNER**

**KRISE UND REGULIERUNG IM  
POSTMAOISTISCHEN CHINA**

Masterabschlussarbeit aus dem 1. Lehrgang, 2006  
im Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien

1. Prüfer: Prof. Dr. Werner Goldschmidt
2. Prüfer: Prof. Dr. Lars Lambrecht

**ISSN 1868-5005/07**

---

**Redaktion:**

ZÖSS

Department Wirtschaft und Politik

Universität Hamburg – Fakultät WiSO

Von-Melle-Park 9

D – 20146 Hamburg

Im Internet: [www.wiso.uni-hamburg.de/zoess](http://www.wiso.uni-hamburg.de/zoess)

## China 1978-2005

Gelingt der regulativen Reformpolitik nach 1978 die, zuvor in der maoistischen „permanenten Revolution“ gescheiterte, nachhaltige Modernisierung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der chinesischen Gesellschaft und wie entwickelte sich dieser gesellschaftliche Umbau?



## Inhalt

Vorwort	3
<b>1. Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>2. Die politische Geschichte 1978-2005</b>	<b>6</b>
2.1 Die Entwicklung der politischen Verhältnisse bis 1989	9
2.2 Der Bruch – Die Demokratiebewegung am Tian`anmen	16
2.3 Die Entwicklung der politischen Verhältnisse ab 1989	24
<b>3. Die Reformen der sozioökonomischen Sphäre</b>	<b>29</b>
3.1 Der Regulierungsversuch der postmaoistischen Krise durch Deng Xiaopings Reformen	30
3.2 Der geeignete theoretische Rahmen zur Deskription der wirtschaftspolitischen Reformen	33
3.2.1 Marxistischer Entwicklungsdeterminismus und Sohn-Rethels Entwicklungstheorie	34
3.2.2 Das neoklassische Transformationsparadigma	38
3.2.3 „Neue politische Ökonomie“ und „Interdisziplinäre Institutionenforschung“	40
3.3 Der Charakter der Reformpolitik	41
3.3.1 Die institutionellen Voraussetzungen der Reformen	43
3.3.2. Die Reformen ab 1978	44
3.3.2.1 Die Agrarreform	47
3.3.2.2 Die Industriereform	51
3.3.2.3 Die makroökonomische Steuerung	54
3.3.2.4 Das Rechtswesen	56
<b>4. Die ökonomische Wirkung und Konsequenzen der Reformpolitik</b>	<b>61</b>
4.1 Die Wohlfahrtserfolge der Reformen	64
4.2 Die neuen Krisenpotentiale	65
4.2.1 Arbeitslosigkeit und Migration	67
4.2.2 Korruption	69
4.2.3 Umweltzerstörung	71
<b>5. Der soziale Wandel in der chinesischen Gesellschaft</b>	<b>73</b>
5.1 Individualisierung bzw. Privatisierung	75
5.1.1 Regionalisierung	78
5.1.2 Gesellschaftlicher Wertewandel	79
5.2 Ideologie	80
5.2.1 Vom Maoismus zum dengschen Pragmatismus	82
5.2.2 Konfuzianismus	84
5.3 Politische Konsequenzen des gesellschaftlich-ideologischen Wandels	87
<b>6. Fazit und Ausblick</b>	<b>91</b>
<i>Literaturverzeichnis</i>	94

## **Vorwort**

In den drei vorangegangenen Arbeiten zur Lernwerkstatt: „Krise und Regulierung“ haben wir uns eingehend mit der chinesischen Revolution und der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft seit den Opiumkriegen (ab 1840) bis zum Ende der Kulturrevolution und der Machtübernahme Deng Xiaopings 1978 beschäftigt. Die chinesische Gesellschaft hat in dieser hundertjährigen Periode ihrer Geschichte den mühevollen Weg vom quasifeudalen Kaisertum zu einem „sozialistischen“ System zurückgelegt. Aus der Legitimations- und Modernisierungskrise des letzten Kaiserhauses entkam sie durch eine bürgerliche Revolution (1911), die wiederum durch anarchistische Warlordphasen zu desaströsen Lebensbedingungen der Bevölkerung führte. Im Widerstandskrieg gegen Japan (1937-1946) gelang den chinesischen Kommunisten dann zwar die nationale Einigung, aber politisch stabile Verhältnisse konnten erst nach dem Ende des folgenden Bürgerkrieges (1947-1949) hergestellt werden. Obwohl es Mao Zedong und seinen Anhängern in den 30 Jahren bis 1978 gelang, China politisch zu stabilisieren, zerrütteten vor allem das maoistische Dogma der „permanenten Revolution“ und zuletzt die Kulturrevolution die gesellschaftlichen Verhältnisse mit ihren sozialen Strukturen sowie die chinesische Wirtschaft zusehends. Als Deng Xiaoping 1978 an die Macht kam, stand seiner allein herrschenden kommunistischen Partei eine verstörte und zutiefst verunsicherte Bevölkerung gegenüber.

Im Ergebnis der revolutionären und allzu oft gewaltsamen Regulierungsversuche der Maoisten befand China sich wiederum in einer politischen Legitimations- und Vertrauenskrise. Zusätzlich führte die erzwungene einseitige Modernisierung der Schwerindustrie zu einer handfesten Wirtschaftskrise, die vor allem zwei der beständigsten Probleme Chinas wieder verschärfte, die Armut und den Hunger.

Deng Xiaoping, der schon immer zu der gemäßigeren liuistischen Revolutionsfraktion gehörte, leitete deshalb erneut einen radikalen Kurswechsel ein. Anstatt der Dauerkrise einer „permanenten Revolution“ sollten nun durch „permanente Regulation“ stabile Rahmenbedingungen für einen gesellschaftlichen Wandel geschaffen werden, der endlich auch der Bevölkerung eine „Soziale Revolution“ gab, die ihre Lebensbedingungen nachhaltig verbesserte. Gleichzeitig sah Deng darin die notwendige Bedingung für den Machterhalt seiner Partei. Die Frage, ob diese Regulation der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Chinas bis heute (2005) erfolgreich war, ist der Anlass für die folgende Untersuchung.

## 1. Einleitung

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft in drei Sphären: der politischen Gesichte, der Wirtschaft und der Ideologie im gesellschaftlichen Wandel. Sie umfasst den Zeitraum vom Beginn der Reformpolitik unter der Ägide Deng Xiaopings 1978 bis zum Jahr 2005, einem Zeitpunkt an dem sich die 4. Führungsgeneration der Volksrepublik (VR) Chinas unter Hu Jintao weitgehend etabliert hat.

Die interessenleitende Fragestellung lautet hierbei, wie und inwieweit gelang den chinesischen Kommunisten der Reformära die regulative Umgestaltung der chinesischen Gesellschaft in der VR China zwischen 1949 und 2005 und welche nachhaltigen neuen Gesellschaftsformen entstanden eventuell dabei? Daneben soll zusätzlich geprüft werden, ob und inwiefern der reformerische Weg der Regulation dem maoistischen, revolutionären Weg bei der tatsächlichen Wohlfahrtssteigerung der chinesischen Bevölkerung überlegen ist.

Da es sich bei dieser Arbeit, angesichts des bloßen Umfangs und der Diversität des Betrachtungsgegenstandes, bestenfalls um eine kursorische Deskription relevanter historischer und systemischer Einzelercheinungen handeln kann, sind wir gezwungen, die Auswahl der Untersuchungsfelder stark zu begrenzen. Daher soll die nähere Betrachtung der erwähnten drei Sphären zu einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge in China und letztlich zur Beantwortung der interessenleitenden Fragestellung führen. Die Auswahl gerade dieses besonderen Fokus der Untersuchung halten wir für zweckmäßig, weil im Ein-Parteien-Staat China die politische Agitation die durch die Ökonomie bestimmten Lebensumstände der Bevölkerung und die Struktur des sozialen Zusammenhaltes tatsächlich die ausschlaggebenden Faktoren für den Gesellschaftlichen Wandel sein dürften.

Deshalb sollte uns die historische Betrachtung der politischen Agitation und die Deskription der historisch konkreten reformatorischen Regulationsschritte durch die politische Führung Chinas ebenso zu Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge verhelfen, wie die eher systematisch-synchrone Untersuchung der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Ökonomie und den sozialen Wandel. Besonders wichtig erscheint uns darüber hinaus der Blick auf den ideologischen Wandel innerhalb des gesellschaftlichen Umbaus zu sein, da in der chinesischen

Gesellschaft traditionell die ethisch-moralische und wertnormative Einbindung der politischen Führung besonders wirkungsmächtig ist.

Als roter Faden dient hierbei der Nachvollzug der historischen politischen und ideologischen Agitation der politischen Führung sowie die Erörterung der konkreten Maßnahmen der Wirtschaftsreformpolitik im nachmaoistischen China und die empirische Betrachtung des sozialen Wandels.

Wie bereits in den vorangegangenen Untersuchungen bedienen wir uns zu diesem Zweck eines hermeneutischen Verfahrens, dass in iterativen Prozessen die jeweilig beschriebene historische Einzelercheinung und Einzeldeutung dem Gesamtprozess gegenüberstellt und vice versa.

Die empirisch-geschichtliche Betrachtung soll systematisch durch die Erörterung der jeweiligen herrschenden, gesellschaftlich, empirisch-systemischen Verhältnisse, mit besonderem Blick auf die Wirtschaftsreformen und deren Wirkung auf die chinesische Gesellschaft, ergänzt werden. Ziel ist, durch das hermeneutisch-interpretative Studium der relevanten, aufgrund des Sprachproblems leider vornehmlich westlichen Literatur zu einem Verständnis der postrevolutionären und eventuell krisenbewältigenden Verhältnisse der volksrepublikanischen Gesellschaft zu kommen.

Dabei ist die theoretische Grundlage dieser vornehmlich empirischen Untersuchung der Ansatz der „Historischen Soziologie“, die es sich zur Aufgabe macht, das Verhältnis von Ereignis, Struktur, Prozess und Triebkräften in einzelnen Entwicklungsetappen im diachronen Wandel von Gesellschafts- und Herrschaftsformen aufzuzeigen, um damit ein besseres Verständnis für die langfristigen Tendenzen der, in diesem Fall chinesischen, gesellschaftlichen Entwicklung zu erlangen.

Darüber hinaus werden wir an den entsprechenden Stellen, vor allem bei den ökonomischen Betrachtungen, auf Elemente des „Historischen Materialismus“ und der „Neuen politischen Ökonomie“, hier vor allem der „Interdisziplinären Institutionenforschung“ für die transformatorischen Bezüge, zurückgreifen. Die Begründung der Auswahl des letztgenannten Samples erfolgt direkt an den dafür in Frage kommenden Stellen.

Aufgrund der gebotenen Knappheit der Ausführungen muss auf die biografische Einführung der historischen Protagonisten, soweit diese nicht für das Zusammenhangsverständnis unabkömmlich oder dies schon früher geschehen ist, ebenso verzichtet werden, wie auf die systemische und begriffliche Erläuterung von bereits in den vorangegangenen Arbeiten abgehandelten Gegenständen.

Die in der Literatur sehr unterschiedliche Schreibweise der chinesischen Eigennamen und Orte wird der jeweilig relevanten Literatur entnommen, zur besseren Lesbarkeit von uns vereinheitlicht und in die moderne Pinyin-Schreibweise übertragen.

Auf die besonderen Schwierigkeiten im Umgang mit chinesischen Daten und Angaben wird an den entsprechenden Stellen eingegangen.

Kapitel 2 befasst sich, nach der Erörterung spezifisch chinesischer Politikpraktiken, mit der historischen politischen Agitation der alleinherrschenden Kommunistischen Partei Chinas in drei Schritten. Zunächst vom Beginn der Reformpolitik bis zum Jahr 1989. Das Jahr 1989 findet wegen der großen Bedeutung der Ereignisse, die zum Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens (der Platz heißt in China lediglich Tian`anmen) führten, für die chinesische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seine Würdigung in einem eigenen Unterpunkt. Schließlich verfolgen wir die Etappe von 1989 bis zur Herausbildung des politischen Systems unserer Tage.

Die konkreten reformpolitischen Maßnahmen, in erster Linie die ökonomischen, aber auch die erklärungsrelevanten rechtlichen und sozialen werden sodann in Kapitel 3 beschrieben.

In Kapitel 4 beschäftigen wir uns mit der Wirkung und den Folgen der Reformen auf die chinesische Wirtschaft und Gesellschaft.

Kapitel 5 umfasst schließlich den empirischen Befund des sozialen Wandels, die wichtigsten Strömungen der ideologischen Umgestaltung und die politischen Konsequenzen.

## **2. Die politische Geschichte 1978-2005**

Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in China war und ist durch zwei grundlegende Paradigmen gekennzeichnet, die eine Grundlage der politischen Beziehungen und zugleich eine herausragende Besonderheit chinesischer Politik darstellen.



Zum einen bewegt sich der Kampf um die Macht innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und die Richtung der politischen Willensbildung zumindest unter der Ägide Deng Xiaopings weiterhin entlang der, bereits in der vorangegangenen Arbeit dargestellten, zwei Linien. Das ständige Hin und Her zwischen den gemäßigten Liuisten und den radikalen Maoisten, das seit dem „Großen Sprung nach vorn“ die wirtschaftliche Entwicklung hemmte, findet auch nach 1978 seine politische Fortsetzung in der Auseinandersetzung zwischen den Reformern um Deng Xiaoping, Hua Yaobang und Zhao Ziyang und den maoistisch Orthodoxen um Chen Yun, Li Peng und anderen Revolutionsveteranen. Wenn auch die Kontinuität der Reformpolitik durch die Schirmherrschaft Dengs größtenteils gesichert war, gelang es den Orthodoxen, bis tief in die 90er Jahre hinein, doch immer wieder, vor allem in Krisenzeiten das Reformtempo deutlich zu verlangsamen und die Reformer personell empfindlich zu schwächen. Nun darf man sich diese Auseinandersetzungen in der Reformära aber nicht mehr als Grabenkämpfe mit klar definierten Fronten und persönlichen Feindbildern, wie unter Mao Zedong vorstellen. Die hier entscheidende „intra-elitäre“ Gruppenbildung vollzieht sich eher in zwei Stadien. Im „Stadium der Differenzierung“ bilden sich Meinungsgruppen, die sich (nach Domes) als lockere Zusammenschlüsse aufgrund übereinstimmender Lösungsansätze für konkrete Sachfragen in kurzfristig angelegte Koalitionen definieren. Diese Meinungsgruppen formieren sich dann im „Stadium der Krise“ zu Fraktionen, die als kohärente Zirkel auf Grundlage alternativer Programme in mittelfristigen Koalitionen ausschließliche Machtansprüche stellen.<sup>1</sup>

Die Kenntnis dieses Umstandes macht verständlicher, wie z.B. aus den treuen Kampfgefährten des reformerischen Aufbruchs, Deng Xiaoping und Chen Yun, im Laufe der Zeit erbitterte Gegner in wirtschaftspolitischen Fragen werden und der neue „starke Mann“ Deng wiederum, angesichts der Krise 1989, kurzfristig die Fronten wechseln und in Chens Lager treten kann, nur um gleich darauf wieder gegenzusteuern.

Zum anderen macht die Beobachtung Schwierigkeiten, dass in der späteren Reformära die zumeist pragmatische, moderate und reformerische chinesische Führung abrupt zu gewaltsamen Repressionsmaßnahmen und militärischen Drohgebärden zurückgreifen kann. Um dieses Phänomen zu verstehen, empfiehlt Heilmann zwischen einem „Normalmodus“ und einem „Krisenmodus“ der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung zu unterscheiden.

---

<sup>1</sup> Vgl. Domes, Jürgen; Näth, Marie-Luise: „China im Aufbruch“, Frankfurt am Main, 1990, S. 37-39

Die Entscheidungen in Phasen der Routinepolitik sind durch ausgedehnte Verfahren der Kompromissfindung und mit der Machtübernahme der Technokraten (ab Jiang Zemin) zunehmend durch die Konsultation von Fachleuten, Politikberatern, unteren Regierungsebenen und anderen innerstaatlichen Akteuren gekennzeichnet. Im Vergleich zu den Zeiten von Mao Zedong und Deng Xiaoping ist die Routinepolitik deutlich weniger ideologisch, hierarchisch und personell dominiert. Die breiten Konsultationen und die Konsensfindung zwischen den beteiligten Regierungsstellen erfordern einen hohen Abstimmungs- und Zeitaufwand. Informations- und Überzeugungsarbeit sowie Allianzbildung sind hier die Regel, Machtworte eines Spitzenfunktionärs die Ausnahme.<sup>2</sup>

Im Gegensatz zu diesem „Normalmodus“ tritt in akuten und stabilitätsbedrohenden Krisensituationen ein Ausnahmemodus der Willensbildung in Kraft. Dieser „Krisenmodus“ ist von einer Zentralisierung, Ideologisierung und Dekretierung politischer Entscheidungen geprägt. Die Parteispitze zieht die Entscheidungsgewalt radikal an sich. Die Entscheidungsspielräume staatlicher Stellen und regionaler Regierungen wird drastisch eingeeengt. Innerparteiliche Weisungen haben absoluten Vorrang. Die hochzentralisierten Entscheidungsverfahren werden nicht mehr von Konsultationen, sondern direkt von Führungspersönlichkeiten dominiert. Die Parteispitze arbeitet informell eng zusammen. Der „Krisenmodus“ ist eine ad hoc Reaktion der zentralen politischen Führung auf Ereignisse, die als Bedrohung für die Stabilität des nationalen politischen Systems wahrgenommen werden und erhöht deutlich deren Durchsetzungs- und Gestaltungsfähigkeit. Nach Beendigung des akuten Bedrohungsszenarios fällt die Politik wieder in den „Normalmodus“ zurück.<sup>3</sup>

Der Führungsstil innerhalb der Partei und Regierung war ebenfalls deutlichen Veränderungen unterworfen. Während Mao noch als charismatischer Führer gelten konnte, der als Autokrat den Kult um seine Person pflegte und mit direkten Direktiven herrschte, ist Deng Xiaoping viel mehr in die informellen Vernetzungen seiner politischen Freunde und jeweiligen Fraktionen eingebunden. Seinen Einfluss machte er besonders nach seinem frühen Rückzug aus den offiziellen Ämtern eher auf indirektem Weg geltend. Noch ausgeprägter erscheint der kooperative Führungsstil unter Jiang Zemin, der vor allem nach Dings Tod üblicherweise schon im Sinne des oben beschriebenen „Normalmodus“ regiert. Natürlich war es für jeden chinesischen Politiker unter Dings Ägide fast undenkbar, seinen Ratschlägen und Empfehlungen

---

<sup>2</sup> Vgl. Heilmann, Sebastian: „Das politische System der Volksrepublik China“, Wiesbaden, 2. Auflage, 2004, S. 42-44

<sup>3</sup> Ebd.

nicht zu folgen. Deng war nie Staatschef, Parteichef oder Ministerpräsident, trotzdem hat er die chinesische Politik vom Ende der siebziger bis Mitte der neunziger Jahre als „oberste Autorität“ dominiert.<sup>4</sup> Er war der „Primus inter pares“ ähnlich wie Augustus im alten Rom. Das bezeugt auch eine Geheimresolution des Zentralkomitees (ZK), die ihn auf dem XIII. Kongress der KPCh im Oktober 1987 informell zum „Höchsten Führer“ ernennt.<sup>5</sup>

Diese grundsätzlichen Erläuterungen sollten den Nachvollzug der folgenden Betrachtung der Entwicklung politischer Verhältnisse von der Machtübernahme Deng Xiaopings bis zum Regierungsantritt des aktuellen Staats- und Parteichefs Hu Jintao erleichtern.

## **2.1. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse bis 1989**

Bereits im Januar 1975 hatte der damalige Premierminister und Liuist Chou Enlai für die VR China die „Vier Modernisierungen“ gefordert, diejenige der Landwirtschaft, der Industrie, der Landesverteidigung sowie der Wissenschaft und Technik. Eine solche Modernisierungspolitik konnte sich jedoch innerhalb der KPCh erst nach dem Tode Mao Zedongs und dem Sturz der kulturrevolutionären linken Fraktion (Viererbande) Ende 1976 durchsetzen.<sup>6</sup>

Maos Nachfolger Hua Guofeng verband jedoch die „Vier Modernisierungen“ zunächst mit einer strikten Rezentralisierungspolitik nach dem herkömmlichen, an der marxistisch-leninistischen Doktrin orientierten, Muster. Neben völlig überzogenen und realiter nicht erfüllbaren Planvorgaben für die Zehn-Jahres-Periode 1976-85 hielten die Altmaoisten um Hua an der schwerindustriellen Modernisierung auf Kosten der Landwirtschaft und der Konsuminteressen der breiten Bevölkerung fest. Eine Politik, die der grundbedarfsorientierten Entwicklungsstrategie des Wirtschaftsexperten Chen Yun und damit der liuistischen Politik fundamental widersprach. In der Folge kam es erwartungsgemäß zu Hungersnöten in der Provinz und einer katastrophalen Grundversorgung in den Städten.<sup>7</sup> Diese anachronistische und verfehlte Wirtschaftspolitik verbunden mit dem starren Festhalten Hua Guofengs an der ultramaoistischen Politikdoktrin ermöglichte Deng Xiaoping, nach seiner Rehabilitierung Anfang 1977, Huas Machtposition zu

---

<sup>4</sup> Vgl. Bauer, Edgar: „Die unberechenbare Weltmacht“, Berlin, 1997, S. 152

<sup>5</sup> Vgl. Sabatier, Patrick: „Der letzte Drache“, Bonn; Berlin, 1991, S. 431

<sup>6</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 23

<sup>7</sup> Vgl. Awater, Laurenz: „Die politische Wirtschaftsgeschichte der VR China“, Münster, 1998, S. 211-213

untergraben, diesen schrittweise politisch zu marginalisieren und sich selbst an die Spitze von Partei und Staat zu setzen.<sup>8</sup>

Den eigentlichen Start in die Reformära markiert das 3. Plenum des XI. ZK vom 18.-22. Dezember 1978. Auf der im November abgehaltenen informellen Vorbereitungstagung konnte sich Deng Xiaoping nach 43 Tagen weitestgehend gegen Hua Guofeng durchsetzen.<sup>9</sup> So konnte er auf dem XI. ZK das endgültige, offizielle Ende der Kulturrevolution und der maoistischen Ära verkünden, von einer totalen „Entmaoisierung“ wolle er hingegen nichts wissen und bewertete die politischen Agitationen Maos als zu 30% schlecht, aber zu 70% gut. Anstatt des Klassenkampfes und des Personenkults um Mao standen aber von nun an der Wirtschaftsaufbau und die Modernisierung des Landes im Mittelpunkt der Parteipolitik.<sup>10</sup> Die Beschlüsse des XI. ZK reflektierten darüber hinaus die politischen und wirtschaftlichen Zwänge zu einer grundlegenden politischen Kurskorrektur. Die Landwirtschaft müsse vorrangig gefördert, die besorgniserregenden Disproportionalitäten zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren beseitigt werden, die „sozialistische Demokratie“ und das „sozialistische Rechtssystem“ seien zu entwickeln.<sup>11</sup>

Deng begann umgehend mit der Umsetzung seiner Auslegung der „Vier Modernisierungen“ und damit der Implementierung der (später im Detail noch zu besprechenden) gemeinsam mit Chen Yun entwickelten Reformen, zunächst experimentell in der Landwirtschaft. Diese durch Reprivatisierung, Dekollektivierung und Anreizschaffung gekennzeichneten ersten Reformschritte waren derart erfolgreich, was die Prosperität und den Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung betraf, dass ab 1980 das Modernisierungskonzept im vollen Umfang für die gesamte Wirtschaft in Angriff genommen werden konnte.<sup>12</sup> Im selben Zeitraum (1978-80) wurden umfangreiche Personalumbesetzungen zugunsten der Reformen um Deng und zulasten der Altmaoisten durchgeführt. So wurden zahlreiche Spitzenfunktionäre in der Provinz ausgetauscht sowie sechs der elf Oberbefehlshaber der elf Militärregionen. Anfang 1980 wurden vier Maoisten aus dem Politbüro entfernt und durch die dengtreuen Reformen Hu Yaobang und Zhao Ziang, aber auch Chen Yun als Chefökonom ersetzt; auf der dritten Tagung des V.

---

<sup>8</sup> Eine detailliertere Darstellung des Nachfolgekampfes zwischen Deng Xiaoping und Hua Guofeng findet sich in der vorgängigen Arbeit zur III. Lernwerkstatt: „Krise und Regulierung“

<sup>9</sup> Vgl. Weggel, Oskar: „China – Zwischen Marx und Konfuzius“, München, 1988, S. 85

<sup>10</sup> Vgl. Franz, Uli: „Deng Xiaoping – Chinas Erneuerer“, Stuttgart, 1987, S. 282

<sup>11</sup> Vgl. Awater, 1998, S. 216

<sup>12</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 24

Nationalen Volkskongress (NVK) vom 30.8.-10.9.1980 wurde Hua Guofeng als Ministerpräsident von Zhao Ziyang abgelöst.<sup>13</sup> Noch im selben Jahr übernimmt Hu Yaobang die Aufgaben des mittlerweile unter Hausarrest gestellten Hua Guofeng als Generalsekretär der KPCh. Deng, der seit seiner Rehabilitierung 1977 stellvertretender Vorsitzender des ZK, stellvertretender Ministerpräsident, stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission sowie Generalstabschef der Armee ist, verlässt am 30. April 1980 die Regierung, behält sich aber das Amt des Vorsitzenden der Militärkommission vor und bleibt selbstverständlich der informelle „erste Mann“ im Staat.<sup>14</sup> Somit befinden sich ab 1980 die wichtigsten politischen Ämter in der Hand der Reformer.

Parallel zu diesen Vorkommnissen begann, unmittelbar mit der Rehabilitierung Deng Xiaopings, im April 1977 der sog. „Pekinger Frühling“. Seit dem Vorabend der 4. Mai-Bewegung 1919 wird Demokratie als eines der wichtigsten Ziele im Rahmen der Modernisierung Chinas gefordert. Mit dem Ausgang der Kulturrevolution waren Demokratie und Menschenrechte erneut zum Thema geworden und innerhalb der gebildeteren Schichten wurde vorsichtig Kritik an Mao Zedong laut. Etwa zur Zeit des 3. Plenums des XI. ZK 1978 entstand in Peking eine „Mauer der Demokratie“, an der mit Wandzeitungen wirtschaftliche Reformen und Kritik an der bisherigen Politik geäußert wurden. An diesem Ort freien Meinungs-austausches wurden bald auch Stimmen laut, die eine politische Modernisierung und Demokratie einforderten.<sup>15</sup> Trotz der von Deng angekündigten „Vier Modernisierungen“, bei denen es im Grunde um eine sozialistische Modernisierung gehen sollte, und obwohl umfassende Reformen angekündigt wurden, gelang es nicht, die durch Menschenrechts- und Demokratiebewegung ausgelöste Unruhe zu beschwichtigen. Nachdem im Januar 1979 auch die Partei selbst Gegenstand offener Kritik geworden war, begann die Parteiführung unverzüglich mit Verhaftungen führender Vertreter dieser Bewegung und der Verfolgung einzelner Wandzeitungsautoren. Das eben erst verfassungsmäßig eingeräumte Recht, Wandzeitungen anfertigen zu dürfen, wurde aufgehoben und die „Mauer der Demokratie“ wurde geschlossen. Mit diesem offen zu Tage getretenen Vertrauensbruch zwischen der zaghaften Demokratiebewegung und der Regierung endete der kurze „Pekinger Frühling“. Der ehemalige

---

<sup>13</sup> Vgl. Philipp, Raimund: „Zum Charakter der Reformbestrebungen der Volksrepublik China 1978-1992“, Diss., Münster, 1992, S. 124

<sup>14</sup> Vgl. Sabatier, 1991, S. 302 u. 526

<sup>15</sup> Vgl. Schmidt-Glintzer, Helwig: „Das neue China“, München, 2004, S. 95-96

Rotgardist Wei Jingsheng, der seit 1976 als Dissident zu einer der zentralen Figuren der Protestbewegung wurde und zusätzlich zu den „Vier Modernisierungen“ öffentlich eine umfassende Demokratisierung als „Fünfte Modernisierung“ gefordert hatte, wurde mit seiner Verurteilung zu 15 Jahren Haft zu einer Symbolfigur für Hoffnung und Enttäuschung.<sup>16</sup>

Die sofortige Repression gegen diese Bewegung zeigt überdeutlich, dass auch Deng Xiaoping bei allen Reformabsichten auf keinen Fall an dem alleinigen Macht- und Führungsanspruch der KPCh rütteln lassen wollte. Dies bekräftigt er bereits am 30. März 1979 auf einer Sitzung der Volksversammlung. Hier verkündet er seine „Vier Prinzipien“: 1. den Weg des Sozialismus gehen; 2. die Diktatur des Proletariats aufrechterhalten; 3. die Führung der kommunistischen Partei bewahren; den Marxismus-Leninismus und 4. die Lehre Maos pflegen. Sie sind von nun an die ideologische Grundlage der Regierung bei der Verwirklichung der „Vier Modernisierungen“ Chinas und bekräftigen gleichzeitig einen Kompromiss mit den orthodoxen Gruppen der Partei. Die „Vier Prinzipien“ sind aber auch die Basis für die Zusammenarbeit mit dem ebenfalls in den ständigen Ausschuss des Politbüros beförderten Chen Yun. Der für Deng unverzichtbare Wirtschaftsexperte zählt zwar zu diesem Zeitpunkt zu den Reformern, ist aber deutlich marxistisch-leninistisch orientiert und misstrauischer gegenüber kapitalistischen Tendenzen.<sup>17</sup>

Ab 1980 fuhr die nun personell umbesetzte und konsolidierte Partei trotzdem stetig fort, die Modernisierungs- und Öffnungspolitik voranzutreiben. Vornehmliches Ziel war es dabei, durch marktwirtschaftliche Reformen eine Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Systems zu erreichen. Die Zulassung ausländischer Investitionen war das Hauptinteresse der wirtschaftlichen Öffnungspolitik. Um diese zu unterstützen, forderte Deng die Rehabilitierung der in der Kulturrevolution geächteten Intellektuellen und der sog. Rechtsabweichler. Eingeläutet wurde die Öffnungspolitik 1979 durch die Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Japan und den USA, die Erlassung eines Joint-Venture-Gesetzes und die Einrichtung einer zunehmenden Zahl von Wirtschaftssonderzonen mit optimalen, abgeschirmten Entwicklungsbedingungen ab 1980.<sup>18</sup>

Der XII. Parteitag der KPCh vom 1.-11.9.1982 machte zwar einerseits die Niederlage der maoistischen Fraktion um Hua Guofeng fast perfekt (nur im Militär verblieben einige Maoisten

---

<sup>16</sup> Vgl. Schmidt-Glintzer, 2004, S. 96

<sup>17</sup> Vgl. Sabatier, 1991, S. 348

<sup>18</sup> Vgl. Schmidt-Glintzer, 2004, S. 97-98

auf einflussreichen Posten), jedoch verlagerte sich das Konfliktpotential, insbesondere um die wirtschaftlichen und politischen Systemerneuerungen (Deng forderte erstmals offiziell eine politische Strukturreform), von der bipolaren Auseinandersetzung zwischen Maoisten und Reformern hin zu einer komplexer werdenden Fraktionsstruktur innerhalb der Partei. Diese setzte sich aus orthodoxen Marxisten-Leninisten (Chen Yun), aus Sowjetmodell-Sanierern<sup>19</sup>, aus konservativen (Deng) und radikalen (Hu, Zhao) Reformern zusammen.<sup>20</sup> Hua Guofeng, der ja 1980 schon das Amt des Ministerpräsidenten an Zhao Ziyang abtreten musste, verlor seinen Posten als Parteivorsitzender nun auch offiziell an Hu Yaobang und das einflussreiche Amt des Vorsitzenden der ZK-Militärkommission an Deng Xiaoping, der damit der Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee wurde. Damit hatten die Reformer endgültig die wichtigsten Partei- und Staatsämter inne. Um nun auch die ganze Partei, von der Führungsspitze bis hinunter zur untersten Führungsebene, auf Reformkurs zu bringen, wurde ebenfalls auf dem Parteitag eine dreijährige Ausrichtung des Parteiapparats beschlossen, die im Winter 1983 begann und bis zum Winter 1986 andauerte. In drei Etappen wurde die Partei von Mitgliedern und Funktionären gesäubert, die nicht hinter den Reformmaßnahmen standen.<sup>21</sup>

Darüber hinaus wurde die politische Linie Dengs im „Beschluss des ZK der KPCh über die Reform des Wirtschaftssystems“ zur offiziellen Politik Chinas erklärt.<sup>22</sup>

Auf einer Versammlung des Nationalen Volkskongresses am 27. Juni 1983 geht das eher repräsentative Amt des Staatspräsidenten vom greisen, aber kritischen Dengfreund vergangener Tage, Marshall Ye Jianying, auf Li Xiannian über. Li ist ein Mann Chen Yuns, der als unverzichtbarer Wirtschaftsfachmann in den Anfangsjahren zwar auf der Seite der Reformkräfte zu finden ist, eigentlich aber die Fraktion der Linkskonservativen anführt und deshalb in der Folgezeit zunehmend Opposition zu den Reformern um Deng betreibt. Die Wahl Lis schwächt zwar die politische Macht der Reformer kaum, aber Chens Fraktion beweist damit ihre nach wie vor vorhandene Präsenz.<sup>23</sup>

---

<sup>19</sup> Diese beiden Gruppen werden im Folgenden unter dem Begriff „Linkskonservative“ zusammengefasst.

<sup>20</sup> Vgl. Philipp, 1992, S. 130-131

<sup>21</sup> Ebd., S. 124-125

<sup>22</sup> Ebd., S. 131

<sup>23</sup> Vgl. Sabatier, 1991, S. 527

Im Oktober 1983 wurde gegen die mit der außenpolitischen Öffnung einhergehenden Einflüsse westlicher Kultur und der wieder zunehmenden Rufe nach mehr Freiheit und Demokratie die „Kampagne gegen geistige Verschmutzung“ ins Leben gerufen. Sie konnte aber letztlich nicht verhindern, dass sich angesichts der durch die Agrarreform enorm verbesserten Einkommen der stadtnahen Bauern Unzufriedenheit in den Städten über die eigenen Lebens- und Einkommensverhältnisse ausbreitete. Solch eine Unzufriedenheit machte breitere Kreise für die Forderungen nach mehr Freiheits- und Entfaltungsmöglichkeiten empfänglich. 1986 mündeten diese Forderungen sogar in Demonstrationen für Pressefreiheit. Trotz dieser Entwicklungen wurde aber die Intellektuellenverfolgung im Rahmen der Kampagne auf Drängen Hu Yaobangs bereits im November 1983 wieder eingestellt.<sup>24</sup>

Die Durchsetzungskraft solcher Kampagnen war nicht mehr zu vergleichen mit solchen der Maoära und als politisches Mittel zweifelhaft geworden. Auch aus diesem Grund setzte Deng alternativ auf die Vertiefung und Forcierung seiner Wirtschaftsreformpolitik. Deshalb erfolgte nach der Unterzeichnung der Einigung zwischen China und England über die Rückgabe Hong Kongs an China, am 26. September 1984, am 16. Oktober der Beschluss des ZK, die Reformen auf die Städte auszuweiten und weitere 14 Häfen für ausländisches Kapital zu öffnen.<sup>25</sup>

Das Jahr 1985 stand im Zeichen der Verjüngung der Partei, die alten Kader wurden von Deng als Reformbremsen stigmatisiert. Nach der Ablösung der Parteileitung in 29 Provinzen verkündet Hu Yaobang am 23. Mai die Ablösung von zwei Drittel der Provinzfunktionäre über sechzig. Das Kalkül ist klar, erstens sollte mit der Verjüngung der parteiinterne Widerstand der alten Kampfgefährten Maos gegen die Reformen geschwächt werden und zweitens wollte Deng die Stabilität seiner Nachfolgeregelung durch die Rekrutierung junger Reformer verbessern. Als Hu auch noch die Verjüngung von Politbüro und Zentralkomitee ankündigt, stellt sich der achtzigjährige, hinter Deng zweitmächtigste Mann in der Partei, Chen Yun, erstmals öffentlich gegen die Reformer und kritisiert die Reformpolitik auf das heftigste.<sup>26</sup>

1985 registrieren die Reformer aber auch erstmals die Kehrseite des schnellen wirtschaftlichen Wachstums, die Inflation und die Korruption wachsen in rasantem Tempo und die Schere

---

<sup>24</sup> Vgl. Schmidt-Glintzer, 2001, S. 104-105

<sup>25</sup> Vgl. Sabatier, 1991, S. 527

<sup>26</sup> Ebd., S. 405-412



zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Dengs Mittelweg zwischen den „Vier Modernisierungen“ und den „Vier Prinzipien“ wird zunehmend schwieriger.<sup>27</sup>

Obwohl Deng mit seiner Forderung nach der Trennung von Staat und Partei sowie der Dezentralisierung der Macht einen sichtbaren Vorstoß in Richtung Politikreform unternimmt, kommt es während des ganzen Jahres 1986 immer wieder zu Demonstrationen in verschiedenen Städten für Demokratisierung und politische Reformen.<sup>28</sup> Hu Yaobang, der sich mit der Bekämpfung der Korruption innerhalb der Partei Anfang des Jahres nicht viele Freunde macht und im Sommer auf einem informellen Treffen der politischen Führung, im Badeort Beidaihe, mit der Erklärung, dass die Pensionierung der „Altenbande“ unablässige Bedingung zum Gelingen der Reform ist, ohne Deng Xiaoping davon auszunehmen, noch mehr Sympathien verspielt, gerät gegen Ende des Jahres immer mehr unter Druck.<sup>29</sup> Als am 20. Dezember 60.000 Demonstranten, darunter viele Studenten, durch Shanghai ziehen, kehrt Deng, der die Dialektik von Modernisierung und Demokratisierung konsequent ignoriert, zu einem Kurs der Härte zurück. Auf einem, von Deng einberufenen, Treffen der Führungsspitze am 30. 12. 1986 befiehlt er die Demonstrationen durch ein Verbot sowie die Verhaftung der Rädelsführer niederzuschlagen. Außerdem kritisiert er Hu Yaobang, der sich zuvor geweigert hat, die Demonstrationen zu verurteilen und gegen die Bewegung vorzugehen, heftig, indem er ihm unter anderem einen zu laxen Umgang mit der erneuten Demokratisierungsbewegung vorwirft. Gleichzeitig ruft er zum Kampf gegen den „bürgerlichen Liberalismus“ auf.<sup>30</sup>

Unter der Oberfläche der Unruhen setzte sich der Kampf zwischen Reformern und Linkskonservativen fort. Um den Ausgleich mit seinen alten Kampfgenossen bemüht, entschied sich Deng deshalb zu einem Bauernopfer. Nach erneuten Studentendemonstrationen auf dem Tian`anmen wurde am 16.1.1987 auf einer Sitzung des erweiterten Politbüros Hu Yaobang, einer der treuesten Anhänger Dengs, seines Amtes als Generalsekretär enthoben. An seine Stelle trat zunächst kommissarisch Zhao Ziyang, während die Kampagne gegen bürgerliche Liberalisierung fortgeführt wurde.<sup>31</sup>

---

<sup>27</sup> Vgl. Sabatier, 1991, S. 413

<sup>28</sup> Ebd., S. 528-529

<sup>29</sup> Ebd., S. 415-417

<sup>30</sup> Ebd., S. 422-425

<sup>31</sup> Vgl. Schmidt-Glintzer, 2001, S. 105

Der XIII. Kongress der KPCh im Oktober 1987 stand ganz im Zeichen einer Bekräftigung der Wirtschaftsreformpolitik sowie des Ausgleichs mit den Linkskonservativen. Zhao Ziyang wurde offiziell zum Generalsekretär der Partei gewählt. In seiner Antrittsrede erklärte er ganz im Sinne Dengs: China stünde noch in der „Anfangsphase des Übergangs zum Sozialismus“<sup>32</sup>, deshalb sei die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor das Hauptkriterium der Politik. Er bekräftigte die Notwendigkeit von Reform und Öffnung und postulierte die Reform der Politik. Li Peng, Adoptivsohn von Zhou Enlai und Liebling der „Altenbande“ wegen seiner orthodoxen Haltung zur Ideologie und in Wirtschaftsfragen, wird Ministerpräsident. Drei der fünf Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros sind von nun an Linkskonservative.<sup>33</sup> Im Gegenzug überredet Deng die „Altenbande“ zum Rückzug. Er selbst ging als gutes Beispiel voran und gibt alle Posten im Politbüro auf, nur den Vorsitz der zentralen Militärkommission behält er noch. Ihm folgen Chen Yun, Li Xiannan und Peng Zhen sowie fast die Hälfte des Politbüros und des Zentralkomitees. General Yang Shangkun wird neuer Staatspräsident. Allerdings bleibt der Gegenreformer Chen Yun als Vorsitzender der Beraterkommission, einem 1982 neugeschaffenen Machtzentrum exklusiv für Revolutionsveteranen zur informellen und inoffiziellen Einflussnahme auf die Partei- und Regierungsführung, eine Macht im Schatten. Deng Xiaoping wird, wie bereits erwähnt, in einer Geheimresolution des ZK zum „Höchsten Führer“ ernannt, mit der Befugnis, die schwierigsten Probleme der Partei und der Nation zu lösen, und der Vollmacht, den Ständigen Ausschuss des Politbüros jederzeit einzuberufen. Deng regiert China jetzt, wie einst die Kaiserwitwe Cixi, „hinter dem Wandschirm“.<sup>34</sup>

## 2.2. Der Bruch – Die Demokratiebewegung am Tian`anmen

Der nächste Schritt der Wirtschaftsreform war für die politische Landschaft ein folgenschwerer. Als im Mai 1988, im Zuge der generellen Aufgabe der Preisbindungen die subventionierten Preise der Grundnahrungsmittel freigegeben wurden, explodierte die Inflation. Zusammen mit der stetig zunehmenden Korruption und dem rapiden Anwachsen der Schattenwirtschaft ergab sich ein Szenario, in dem immer mehr Gruppen die gesellschaftliche Koalition verließen, die bisher die Reformpolitik mittrugen. Politische und gesellschaftliche Brüche traten zutage. Die Auseinandersetzungen der politischen Fraktionen verschärften sich zusehends und in der

<sup>32</sup> Bemerkenswert ist hierbei, die ganz andere Lesart der chinesischen Situation im Vergleich zur Maoära.

<sup>33</sup> Vgl. Sabatier, 1991, S. 429-432

<sup>34</sup> Ebd.

städtischen Bevölkerung wuchs der Protest gegen die Teuerung, die Korruption und die unterschiedliche Entwicklung der Lebensverhältnisse.<sup>35</sup>

Im August findet wieder ein informelles Treffen der Führungsspitze in Beihaide statt. Diesmal ist Zhao Ziyang das Angriffsziel der erstarkten linkskonservativen Fraktion. Als er einen Fünf-Jahres-Plan zur grundlegenden Reform von Preisen und Löhnen vorlegt, wirft man ihm vor, China ins Chaos zu stürzen und das Regime in den Untergang zu führen. Er bekämpfe die Inflation nicht ausreichend, dulde die Korruption und, wie Hu Yaobang ein Jahr zuvor, vermeide Repressionen gegen die Demonstrationen und Protestkundgebungen. Außerdem beschuldigt man ihn der Zusammenarbeit mit der amerikanischen CIA. Wohl um den Unmut von sich selbst abzulenken, zieht sich Deng Xiaoping auch von seinem zweiten Schützling, mit den Worten „Ich protegiere niemanden, ein General, der scheitert, muß sein Kommando abgeben“, zurück. Daraufhin muss Zhao Selbstkritik üben, seine wirtschaftspolitischen Kompetenzen verliert er an Premier Li Peng und seine Preis- und Lohnreform wird auf Eis gelegt. Damit war die Tür für eine grundsätzliche Infragestellung von Reformpolitik und Öffnung für die Linkskonservativen aufgestoßen.<sup>36</sup>

Auf dem 3. Plenum des XIII. ZK vom 26.-23. September kam das deutlich zum Ausdruck. Es wurde eine „Adjustierungsphase“ von ein bis zwei Jahren für die Wirtschaftsreformen beschlossen, in der die Festpreise wieder eingeführt, die Investitionen drastisch eingeschränkt und die Elemente zentraler Wirtschaftsplanung nachhaltig gestärkt werden sollten. Damit war der Versuch Zhao Ziyangs, die Wirtschaftsreformpolitik zu erweitern, gescheitert. Mit der Verdichtung der Fraktionen war der Übergang vom „Stadium der Differenzierung“ zum „Stadium der Krise“ gekennzeichnet. Auf der einen Seite standen die Reformer, die mit sieben Stimmen im Politbüro rechnen konnten, auf der anderen Seite die Linkskonservativen, die über neun Stimmen verfügten, lediglich zwei Stimmträger waren noch unentschlossen.<sup>37</sup>

Aber die linkskonservative Blockade der Reform, der Versuch einer Rezentralisierung und nicht zuletzt das Abrücken Dengs von Zhao Ziyang verfehlten die gewünschte Reaktion der Bevölkerung. Im Gegenteil, die immer weiter wachsende Protestbewegung erweiterte ihre Forderungen um Liberalisierung, Reformen und die Absetzung von Deng Xiaoping.

---

<sup>35</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 64-65

<sup>36</sup> Vgl. Sabatier, 1991, S. 438-439

<sup>37</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 50-51

Anfang 1989 umfasste die zur aktiven Opposition bereite neue gesellschaftliche Koalition fast die gesamte jüngere wissenschaftliche Intelligenz, die Studenten, viele Lehrlinge, festangestellte Industriearbeiter, die Mehrheit der Angestellten in Handel und Dienstleistung, die Gelegenheitsarbeiter, Künstler, Schriftsteller, viele Journalisten und private Kleinunternehmer, die am meisten unter der neuen Rezentralisierungspolitik litten.<sup>38</sup>

Kurz gesagt, fast die gesamte städtische Bevölkerung der VR China trennte sich von der kommunistischen Regierungspartei.<sup>39</sup>

Im Großen und Ganzen muss man von einer Vertrauenskrise in der Bevölkerung, insbesondere unter den Studenten sprechen. Vorläufer der Demokratiebewegung des Frühjahres 1989 wurden jedoch nicht die Studenten, sondern intellektuelle Dissidenten. Am 6. Januar 1989 schrieb Fang Lizhi einen offenen Brief an Deng Xiaoping, in dem er diesen bat, anlässlich des 70. Jahrestages der „Bewegung des 4. Mai 1919“ und des 40. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik eine Generalamnestie für politische Gefangene zu erlassen. Vor allem aber forderte er die Entlassung von Wei Jingsheng, dem Aktivisten des „Pekinger Frühlings“. Der Brief Fangs wirkte als Signal. Wenige Wochen später richteten weitere 33 Intellektuelle einen Brief an den Ständigen Ausschuss des NVK und an das ZK der KPCh, in dem sie sich den Forderungen Fangs anschlossen. Am 17. Februar schlossen sich weitere 64 chinesische Intellektuelle aus dem In- und Ausland mit einer Proklamation an, die über Fungs Forderungen hinaus demokratische Reformen, uneingeschränkte Meinungs- und Informationsfreiheit, freie Gründung politischer Parteien, Konkurrenzahlen und die vollständige Trennung von Staat und Partei in der VR China verlangte.<sup>40</sup> Die Beunruhigung der Parteiführung über die Verbindung von chinesischen Intellektuellen mit denen im investitionsunworbene Ausland wuchs noch, als sich am 22. Februar 600 ausländische Künstler und Schriftsteller sowie chinesische Auslandsstudenten in den USA ebenfalls der Petition anschlossen. Die ablehnende Haltung der Parteiführung auf diese „Provokation“ begann in den ersten Apriltagen auf die Universitäten im Land zurückzuwirken. Die Diskussion in den oppositionell orientierten Studentenzirkeln an den großen Universitäten in

---

<sup>38</sup> Viele dieser Gruppen verfügten über feste Bezüge und waren damit der Inflation stärker ausgesetzt als Selbständige und korrupte Kader mit ihren Möglichkeiten, Ausgleich zu suchen.

<sup>39</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 65

<sup>40</sup> Ebd., S. 74

Peking, Nanking und Shanghai intensivierten sich, und die Diskussionsbeteiligung wuchs von Tag zu Tag.<sup>41</sup>

Der Umschwung zur Aktion erfolgte mit dem Tod des 1987 abgesetzten Hu Yaobang, am 15. April 1989. Hu Yaobang hatte sich im kollektiven Bewusstsein der Studenten als liberal und verständig gegenüber Chinas unruhigen Studenten erwiesen. Der zeitlebens unbestechliche Hu war damit zur Symbolfigur für die Hoffnung der Studenten auf ein offeneres und demokratischeres China geworden. Spontan marschierten sie nach der offiziellen Todesnachricht am 16. April in Gedenkmärschen durch Peking.<sup>42</sup> An den darauf folgenden Tagen kam es zunehmend zur Plakatierung von kritischen Wandzeitungen, zu Sit-ins sowie Kranzniederlegungen auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tian'anmen). Während die Parteifunktionäre am 22. April die offizielle Trauerfeier in der Großen Halle des Volkes abhielten, versammelten sich über 100.000 Menschen auf dem Tian'anmen, um Abschied zu nehmen. Gegen ihre ursprüngliche Absicht ließ die politische Führung den Platz aus Angst vor Krawallen nicht räumen.<sup>43</sup> Bereits in den Tagen zuvor wurden in Kundgebungen auf dem Tian'anman, an denen von Anfang an nicht nur Studenten, sondern Vertreter aller o.g. gesellschaftlichen Gruppen teilnahmen, die eigentlichen politischen Ambitionen der Demonstranten öffentlich deklariert. Ein ad hoc Ausschuss der Studenten formulierte die folgenden sieben Forderungen an die Regierung und gab sie der Menge bekannt.

1. Eine faire Neubewertung der Rolle Hu Yaobangs;
2. eine offizielle Erklärung der Herrschaftselite, dass die Kampagnen gegen die „geistige Verschmutzung“ von 1983/84 und gegen den „bürgerlichen Liberalismus“ von 1987 zu Unrecht eingeleitet worden seien;
3. die Erweiterung der Nachrichtenfreiheit;
4. eine Erhöhung der Haushaltsmittel für das Erziehungswesen;
5. die Gewährung uneingeschränkter Demonstrationsfreiheit;
6. die Veröffentlichung der Einkommen der „Führer des Staates“;
7. die Abschaffung der 1987 erlassenen, sehr restriktiven Bestimmungen für die Versammlungen und Demonstrationen.<sup>44</sup>

---

<sup>41</sup> Ebd., S. 74-75

<sup>42</sup> Vgl. Erling, Johnny: „China - der große Sprung ins Ungewisse“, Freiburg im Breisgau, 2002, S. 54

<sup>43</sup> Vgl. Erling, Johnny: „Der tiefe Sturz aus dem Traum der Freiheit in die Diktatur“, in: „Der kurze Frühling von Peking“, Frankfurt am Main, 1990, S. 10-13

<sup>44</sup> Diese Forderungsliste wurde im Fortgang der Unruhen immer wieder modifiziert und verändert, die politischen Kerninhalte Demokratie, Meinungsfreiheit und Korruption blieben aber bis zum Schluss Bestandteile.

Damit war klar, dass die Demonstrationen nicht mit der Beerdigung Hu Yaobangs aufhören würden.<sup>45</sup>

In den darauf folgenden Tagen traten die Studenten der Beida (Universität in Peking) in einen Vorlesungsstreik. Auf den Kundgebungen, an denen sich Delegationen aus Tianjin, Shanghai, Wuhan und Nanking beteiligten, wird ein Dialog mit der Staats- und Parteiführung über mehr Demokratie und Freiheit gefordert. Die Partei antwortet auf Veranlassung Deng Xiaopings am 26. April mit einem Leitartikel im Parteiorgan „Renmin Ribao“, in dem die Studenten der Verschwörung gegen das Volk, die Partei und das sozialistische System bezichtigt werden und provozierte damit, trotz des zwischenzeitlich erlassenen Verbotes, eine erneute Demonstration am nächsten Tag, bei der sich den 50.000 Studenten noch 100.000 Einwohner anschlossen. Das Fernsehen beschrieb am nächsten Tag die Lage auch in Shanghai als ernst.<sup>46</sup>

Ab dem 28. April werden in Peking und dann in über 20 Städten unabhängige Studentenverbände gegründet.

Als Parteichef Zhao Ziyang, der am 23. April zu einem offiziellen Besuch nach Nordkorea aufbrach (von wo aus er den Leitartikel vom 26. und den härteren Kurs gegen die Studenten noch billigte), am 29. April nach Peking zurückkehrt, reist er sofort nach Beidaihe weiter, um sich mit Deng zu beraten. Nachdem er sein Unbehagen über die überzogene Schärfe des Artikels zum Ausdruck gebracht hatte, beauftragt ihn Deng mit den Worten: „Wenn du die Lage wieder unter Kontrolle bringst, kannst du deine Pläne (reformpolitisch) durchführen, wenn sie sinnvoll sind, und zwar ohne Rücksicht darauf, was immer ich gesagt habe.“ Daraufhin gibt Zhao am 6. Mai die Anweisung, in Zukunft in den offiziellen Medien umfassend und sachlich über die studentischen Aktionen zu berichten und sich für die Pressefreiheit einzusetzen.<sup>47</sup>

Als am Gedenktag des 4. Mai 500.000 Demonstranten trotz des immer noch bestehenden Verbots auf den Tian'anmen strömen, erklärt Zhao, dass die Demonstrationen nicht im Widerspruch zur Stabilität des Landes stehen.

Aber die Lage eskalierte weiter. Um endlich den gewünschten Dialog mit der politischen Führung zu erzwingen begeben sich 3.000 Studenten auf dem Tian'anmen in den Hungerstreik

---

<sup>45</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 78

<sup>46</sup> Vgl. Grobe-Hagel, Karl: „Der Verlauf der Krise vom Tode Hu Yaobangs bis zum Sturz des Parteichefs“, in: „Der kurze Frühling von Peking“, Frankfurt am Main, 1990, S. 45-46

<sup>47</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 86-88

und zwar vor den Augen der Weltpresse, die zu dem anstehenden Gorbatschowbesuch vom 15.-18. Mai angereist war. Der Platz ist jetzt täglich 24 Stunden lang besetzt.<sup>48</sup>

Für die chinesische Führung, allen voran Deng, muss der Ablauf des sowjetischen Staatsbesuches einen ungeheuren Gesichtsverlust bedeutet haben. Schon die offizielle Begrüßung musste, wegen der Demonstranten auf den Tian`anmen, auf den Flughafen verlegt werden. Zum Staatsbankett in der Großen Halle des Volkes wird Gorbatschow durch den Nebeneingang geführt, während draußen die Chöre mit Rücktrittsforderungen an Deng und Rufen nach Freiheit erschallen. Am 17. wird wegen der Demonstranten auf den Besuch des Kaiserpalastes verzichtet. Tags darauf verlässt Gorbatschow China über Shanghai, wo 1 Million Demonstranten wiederum den Besuchsablauf beeinträchtigen.

Währenddessen versammelten sich ebenfalls 1 Million Demonstranten in Peking, darunter viele faktisch (nicht offiziell) streikende Arbeiter, Journalisten, Polizisten, Beamte und Militärpersonen. Zhao Ziyang, Li Peng und andere Politbüromitglieder besuchen derweil Hungerstreikende in den Krankenhäusern. In weiteren 20 Provinzhauptstädten finden Großdemonstrationen statt.<sup>49</sup>

Unter diesen Umständen schlägt die Stunde der linkskonservativen Fraktion. Sie bewegen Deng Xiaoping, sich erneut gegen seinen Schützling Zhao Ziyang zu wenden. Mit der Unterstützung der Revolutionsveteranen im siebenköpfigen Beratungsausschuss gelingt es den Linkskonservativen um Li Peng die moderate Politik Zhaos zu stoppen. Gegen seinen Widerstand wird auf Vorschlag Dengs, nachdem dieser bereits im Geheimen die Truppen mobilisiert hat, am 17. Mai intern die Verhängung des Ausnahmezustands über Peking beschlossen. Zhao bietet seinen Rücktritt an, was aber abgelehnt wird. In der Nacht begibt sich Zhao gegen alle Regeln der Parteidisziplin zu den Studenten auf den Tian`anmen. Unter Tränen spricht er ins Handmegaphon: „Studenten wir sind zu spät gekommen. (...) Es ist euer gutes Recht, dass ihr uns kritisiert.“ Es ist sein letzter Auftritt in der Öffentlichkeit, er wird entmachtet und unter Hausarrest gestellt (bis zu seinem Tod 2005).<sup>50</sup>

---

<sup>48</sup> Vgl. Grobe-Hagel, 1990, S. 46

<sup>49</sup> Vgl. Grobe-Hagel, 1990, S. 46-47

<sup>50</sup> Vgl. Bauer, 1997, S. 211-212

Um Mitternacht verkündet Li Peng im Staatsfernsehen den Ausnahmezustand und droht mit einem harten Durchgreifen bis zum Truppeneinsatz. Trotz der Drohung gehen die Demonstrationen nahezu unvermindert weiter. Der erste Versuch der Truppen, nach Peking vorzurücken, endet angesichts menschlicher Schutzwälle der Pekinger Bürger mit der Fraternisierung von Truppenteilen mit den Menschen. Die Truppen ziehen sich in Lager vor der Stadt zurück. Sieben alte Armeegeneräle protestieren im Namen von hundert Veteranen schriftlich gegen den Einsatz der Armee gegen das eigene Volk. Tagelang hört man nichts aus dem Regierungsviertel, aber die Entscheidung steht bereits fest. Deng und seine Veteranen sind entschlossen, mit neuen Truppen aus der Provinz gewaltsam auf den Tian`anmen vor zu dringen und den Platz zu räumen.<sup>51</sup>

In der Nacht von 3. auf den 4. Juni 1989 rücken die Soldaten der 27. Armee in die Stadt ein. Sie schießen sich rücksichtslos den Weg frei, feuern direkt auf Menschen und in die Menge. Panzer zermalmen Barrikaden und Menschen, die sie aufzuhalten versuchen. Am nächsten Morgen stehen Gefechtspanzer, Militärfahrzeuge und Soldaten dicht gedrängt auf dem Tian`anmen, dort wo wochenlang die Hoffnung der Studenten und der Bevölkerung auf ein besseres China keimte. Bis heute ist unklar, wie viele Menschen durch den Gewaltakt ums Leben gekommen sind. Offiziell war von 200 Toten die Rede, davon angeblich nur 36 Studenten. Verlässliche Informationen sprechen hingegen dafür, dass es einige hundert Todesopfer unter den Zivilisten gegeben hat.<sup>52</sup>

Der Gewaltschlag der Soldateska war keine pathologische Abirrung des Regimes, sondern konsequente Folge des Machterhaltungsdenkens. Die alten Revolutionäre wussten, dass mit den Unruhen die absolute Macht der Partei auf dem Spiel stand. Nur Gewalt konnte in der alten Kampflogik Dengs und seiner Mitstreiter den Herrschaftsanspruch wieder festigen.<sup>53</sup>

Und der Kampf war noch nicht vorbei, die Aufstände in Shanghai und Chengdu vom 5. Juni wurden ebenfalls mit staatsterroristischen Mitteln niedergeworfen. Am 9. Juni begann die Volksbefreiungsarmee (VBA), die bewaffnete Volkspolizei und die Geheimpolizei zuerst in Peking und ab dem 12. in den meisten Städten Chinas mit Massenverhaftungen von Aktionisten und Dissidenten. Bereits Anfang Juli sprachen offizielle Angaben von 10.000 verhafteten Anhängern der Demokratiebewegung, bis Ende November kann man nach ungesicherten, aber

---

<sup>51</sup> Ebd., S. 212-213

<sup>52</sup> Vgl. Bauer, 1997, S. 213-214

<sup>53</sup> Ebd., S. 216



vorsichtigen Hochrechnungen von 25-30.000 neuen politischen Gefangenen ausgehen.<sup>54</sup> Mit dieser Welle von Verhaftungen und Hinrichtungen gelang es tatsächlich, die oppositionellen Kräfte, bis auf ein paar ins Ausland geflohener Dissidenten, entscheidend zu schwächen und den offenen politischen Widerstand bis zum heutigen Tag zu brechen.

Auf dem 4. Plenum des XIII. ZK vom 23.-24. Juni 1989 wurden die personellen Umgestaltungen ratifiziert, wie sie im Vorfeld von den 16 Mitgliedern des Politbüros sowie den sieben Veteranen der Zentralen Beratungskommission<sup>55</sup> verhandelt wurden. So wurden Zhao Ziyang und Hu Quilli, ein weiterer Reformler in der politischen Führung, offiziell ihrer Ämter enthoben, als Kompromisskandidat der Fraktionen wurde der 63jährige Parteiführer von Shanghai, Jiang Zemin zum neuen Generalsekretär der ZK ernannt. Nach weiteren personellen Umstrukturierungen standen es nun im Politbüro 13 : 5 für die Linkskonservativen, bei einer neutralen Stimme. Dieses Verhältnis kam auch im neuen Wind der Reformpolitik zum Ausdruck. Trotz der Beteuerung, an den Reformen und an der Politik der offenen Tür festzuhalten, wurden nun die „Vier Prinzipien“ zum Fundament aller Tätigkeit im Lande erklärt. Zum Widerstand gegen die bürgerliche Liberalisierung wurden die repressiven Züge des Einparteiensystems wieder mehr betont. So wurden z.B. die Medien erneut einer schärferen und gründlicheren Zensur unterworfen.<sup>56</sup>

Das nun linkskonservative Entscheidungskombinat, das zudem um die Zentrale Beratungskommission mit den sieben Veteranen auf Dauer erweitert wurde, ließ in den konkreten politischen Maßnahmen die Beteuerung des Festhaltens an den Wirtschaftsreformen zum Lippenbekenntnis werden. In Wahrheit wurde das Reformprogramm hinter dem Stand vom Sommer 1988 eingefroren und stattdessen ein strengerer sozialistisch-wirtschaftspolitischer Kurs mit dem Primat der Ideologie, der Kontrolle des Bildungswesens, der Unterdrückung von Kritik und Dissidenz und der Betonung einer zentralisierteren Planung im Wirtschaftssystem gefahren.<sup>57</sup>

Am 10. Januar 1990 wird der Ausnahmezustand über Peking wieder aufgehoben. Am 22. März gibt Deng seinen letzten offiziellen Posten, den Vorsitz der Zentralen Militärkommission

---

<sup>54</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 133

<sup>55</sup> Nach wie vor war die Zentrale Beratungskommission ein informelles Gremium ohne offizielle Bedeutung und Legitimation. Sie wurde extra für diese Versammlung, wie schon zuvor bei der Entscheidung über den Militäreinsatz, mit einem Sonderstimmrecht für ihre Mitglieder ausgestattet.

<sup>56</sup> Vgl. Domes, 1990, S. 138-139

<sup>57</sup> Ebd., S. 138-141

zugunsten der neuen ZK-Generalsekretärs und Parteichefs Jiang Zemin auf. Li Peng ist weiter Ministerpräsident und General Yang Shangkun Staatspräsident.

### **2.3. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse ab 1989**

Die Linkskonservativen konnten die wirtschaftliche Rezentralisierung durch zentrale Befehlsplanung und die Beschneidung der Sektoren jedoch nur bis zu einem gewissen Grad durchsetzen. Wie wir später noch genauer sehen werden, hatten die bis dahin teilbefreiten Märkte bereits wirtschaftliche Interessengruppen hervortreten lassen, die nun die nominal unterlegenen politischen Reformkräfte insoweit stärkten, dass eine politische Pattsituation entstand. In dieser Situation war der antireformerische Kurs jedoch nicht mehr vollständig durchzusetzen. Auf dem 8. Plenum des XIII. ZK vom 25.-29.11.1991 wurde klar, dass die maroden Staatsbetriebe und der abnehmende Einfluss der Partei auf dem Lande, der als möglicher Verlust der eigentlichen Machtbasis wahrgenommen wurde, zur Fortsetzung und Weiterentwicklung der Reformen nötigte. Den wiedererstarkenden Reformkräften gelang es dann auch, die Fortsetzung der Reformen auf dem Lande zur Erhaltung der gesamt-gesellschaftlichen Stabilität auf dem Plenum festschreiben zu lassen.<sup>58</sup>

Anfang 1992 startete der mittlerweile 88jährige Deng Xiaoping seine letzte große Offensive gegen den massiven Widerstand der Linkskonservativen um Chen Yun und für die Reformpolitik. Heimlich reiste er in die von den Reformgegnern besonders stark kritisierten Wirtschaftssonderzonen im Süden (Guangdong, Shenzhen, Xiamen, Shanghai) und hielt mehrere besonders deutliche Reden für die alternativlose Fortsetzung der Wirtschaftsreformen und der Öffnung sowie der Notwendigkeit experimenteller Assimilation kapitalistischer Komponenten, wie z.B. die Marktkapitalisierung der Staatsbetriebe an der neuen Börse in Shanghai.<sup>59</sup>

Nach seiner Rundreise konnte sich Deng auf einer geheimen Sitzung der gesamten Führungsspitze in Shanghai, mit deutlichen Machtworten und Reformvorgaben, offenbar durchsetzen. Über Einzelheiten dieses Treffens ist zwar nichts bekannt, aber die mehrheitliche Übernahme seiner Positionen bei einer Zusammenkunft des Politbüros am 12. Februar in Peking, die Erklärung des erweiterten Politbüros zur wirtschaftlichen Entwicklung als zentraler Aufgabe, an der „auf hundert Jahre hinaus“ nicht gerüttelt werden dürfe, und vor allem die Ergebnisse des

---

<sup>58</sup> Vgl. Philipp, 1992, S. 139-140

<sup>59</sup> Vgl. Bauer, 1997, S. 376-378

XIV. Parteitages am 19. Oktober 1992 bezeugen das Wiedererstarken der Reformen.<sup>60</sup> Dort wurde Dengs Vorgabe der wirtschaftlichen Entwicklung als unwiderrufliche zentrale Aufgabe und seine „Theorie vom Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung“ unter dem neuen Begriff der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ im Parteistatut verankert. Diese Reformideologie hatte aber im politischen Bereich ihre eindeutige Grenze. Die chinesische Führung beharrte einheitlich, wohl auch unter dem Eindruck der Vorgänge in der Sowjetunion und Osteuropa, auf der absoluten kommunistischen Einparteienherrschaft und der „harten Hand“ gegenüber jedweder Opposition. Personell wurde die Reformfraktion durch die Entlassung mehrerer Linkskonservativer aus Politbüro und Zentralkomitee, die Berufung von Zhu Rongji in den Ständigen Ausschuss des Politbüros und vor allem durch die formale Auflösung der von Chen Yun angeführten Zentralen Beratungskommission gestärkt.<sup>61</sup>

Die in der Folge sprunghaft ansteigenden ausländischen Investitionen und die damit verbundene bemerkenswerte Prosperität der chinesischen Wirtschaft stabilisierte in den folgenden Jahren die steigende Dominanz der Reformfraktion, zumal viele Revolutionsveteranen, die Stütze der Linkskonservativen, verstarben.

So konnte die neue Führungsgruppe um Jiang Zemin seit 1993 eine Reihe von wichtigen Reformmaßnahmen durchsetzen, die zuvor am politischen Widerstand der Links-konservativen gescheitert waren, z.B. eine Neuordnung des öffentlichen Finanzsystems, eine Teilprivatisierung kleiner und mittlerer staatlicher Unternehmen, die umfassende Reorganisation der Zentralregierung und die Trennung der Armee von ihren kommerziellen Unternehmensablegern.<sup>62</sup>

Als Deng Xiaoping am 19. Februar 1997, 4 Monate vor der Rückgabe der neuen Sonderverwaltungszone Hong Kong und zwei Jahre nach seinem großen Gegenspieler Chen Yun, stirbt, übergibt er der 3. Führungsgeneration unter Jiang Zemin, der seit 1993 auch Staatspräsident ist, ein politisch einigermaßen geordnetes und stabiles China. Durch die Beförderung loyaler Gefolgsleute in Partei, Regierung und Armee gelang es Jiang dann auch

---

<sup>60</sup> Ebd., S. 378-382

<sup>61</sup> Ebd., S. 382-383

<sup>62</sup> Vgl. Heilmann, Sebastian: „Politik und Staat“, in: „Länderbericht China“, 2000(a), S. 77

nach Dengs Tod, eine robuste und handlungsfähige Machtposition auf- und beständig auszubauen.<sup>63</sup>

Mit Zhu Rongji, der 1998 Li Peng als Ministerpräsident ablöst, wurden auch erstmalig ernstzunehmende Ansätze einer Reform des politischen Systems in die Wege geleitet. So wurden zur Reorganisation der Regierung zahlreiche Ministerien und Kommissionen abgeschafft und die verbliebenen straffer strukturiert. In der Provinz Sichuan wurden vorerst noch testweise die ersten Direktwahlen auf Gemeindeebene abgehalten.

Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation 2001 trägt dabei ebenso zur Unumkehrbarkeit und Stabilität der Reformpolitik bei, wie die politisch „ruhige Hand“, mit der es dem, sich seit Dengs Tod zunehmend an Profil gewinnenden, Jiang Zemin gelang die 3. Führungsgeneration<sup>64</sup> in einen sachlicheren und konsultativeren Führungsstil zu leiten.<sup>65</sup>

Mit dem XVI. Parteitag der KPCh vom 8.-14. November 2002 leitet Jiang den ersten, seit mindestens zwei Jahren informell vorbereiteten, geordneten Übergang auf eine neue Führungsgeneration in der Geschichte Chinas ein. Zunächst erfolgte eine deutliche Verjüngung der Parteigremien, das Durchschnittsalter lag jetzt bei 55,4 Jahren, ein Fünftel der ZK-Mitglieder war unter 50. Das zu zwei Drittel neubesetzte Politbüro bestand nun zu einem Drittel aus Vertretern der Provinzen. Dem Beispiel Jiangs folgend, der ankündigte, wie schon Deng Xiaoping seine Ämter bis auf den Vorsitz der Zentralen Militärkommission aufzugeben, erklärten auch Zhu Rongji und der letzte der linkskonservativen Fraktion, Li Peng, bei der Besetzung ihrer Ämter nicht mehr anzutreten.<sup>66</sup>

Neuer Generalsekretär der KPCh wird der 59jährige Hu Jintao, den Deng 1992 bereits als zukünftigen Parteichef ausersehen hatte. Mit dem zunächst von Hu Yaobang geförderten und dann zielstrebig für die Führungsspitze aufgebauten Hu werden von Anfang an innovative Ideen für politische Reformen, vor allem hinsichtlich der Einleitung weiterer Demokratisierungsschritte, assoziiert. Wen Jinbao, der designierte Nachfolger Zhu Rongjis im

---

<sup>63</sup> Ebd.

<sup>64</sup> Im Gegensatz zu den revolutionären Führungsgenerationen besteht die jüngere chinesische Führung und ein Großteil der Kader wie Jiang Zemin selbst oder der heutige Staats- und Parteichef Hu Jintao aus naturwissenschaftlichen Akademikern, daher werden die Führer der 3. und 4. Generation häufig als Technokraten bezeichnet.

<sup>65</sup> Vgl. Grobe-Hagel, 1990, S. 121

<sup>66</sup> Vgl. Holbig, Heike: „Der XVI. Parteitag der KPCh - Teil I“, in: China Aktuell 11/2002, S. 1263 ff.

Amt des Ministerpräsidenten und damit prädestiniert für die Fortführung des wirtschaftlichen Reformkurses, wird Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros.<sup>67</sup>

Die von Deng festgeschriebene Politik der Reform und Öffnung und des Aufbaus einer „sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung“ bestätigt der Parteitag ausdrücklich und garantiert ihre Kontinuität. Symbolisch wird hierzu, erstmals offiziell, die Öffnung der Parteimitgliedschaft für Privatunternehmer erklärt.<sup>68</sup>

Mit der Aufnahme seiner „Drei Repräsentationen“ in das Parteistatut, wonach die KPCh 1. die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte; 2. die Richtung des Vorwärtsschreitens fortschrittlicher Kultur; 3. die grundlegenden Interessen der Mehrheit des chinesischen Volkes vertritt, gibt Jiang der nächsten Führungsgeneration sein ideologisches Vermächtnis mit auf den Weg.

Die „Drei Repräsentationen“ ergänzen somit die nach wie vor geltenden „Vier Modernisierungen“ und die „Vier Prinzipien“ und bildet als Jiang-Zemin-Doktrin gemeinsam mit dem Mao-Zedong-Denken und den Deng-Xiaoping-Theorien das ideologische Grundgerüst der KPCh.<sup>69</sup>

Der X. Nationale Volkskongress vom 15.-18. März 2003 komplettierte formal die Umbesetzung der Regierungsmannschaft. Der Generalsekretär der KPCh Hu Jintao wird Staatspräsident (im September 2004 erbt er auch den Vorsitz der Zentralen Militärkommission von Jiang Zemin) und ist somit neuer Staats- und Parteichef Chinas, Wen Jinbao folgt Zhu Ronjin im Amt des Ministerpräsidenten und Wu Bangguo wird zum Vorsitzenden des X. NVK. Obwohl Hu in der kontinuierlichen politischen Nachfolge Jiang Zemins steht, sieht er sich machtpolitisch dem sog. „Shanghai“-Lager gegenüber, die allesamt Schützlinge Jangs aus seiner Shanghaier Zeit und eher als radikale Reformen zu betrachten sind. Demgegenüber hat sich Hu Jintao bisher als „Hardliner“ der Einparteienherrschaft profiliert, der zwar die wirtschaftlichen, rechtlichen,

---

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Das heißt, im Parteistatut der KPCh wurde die bisherige Liste der potentiellen Parteimitglieder: Arbeiter, Bauern, Armeeangehörige und Intellektuelle um „Fortschrittliche aus anderen Gesellschaftsschichten“ erweitert.

<sup>69</sup> Vgl. Holbig, Heike: „Der XVI. Parteitag der KPCh - Teil II“, in: China aktuell, 12/2002, S. 1402 ff.

bürokratischen und zuletzt auch sozialen Reformen stützt, jedoch einen harten Kurs gegen Demokratisierungsbestrebungen fährt.<sup>70</sup>

Wie sieht die politische Landschaft Chinas nun, am Beginn des 21. Jahrhunderts, aus? Im Vergleich zu der Ära eines Mao Zedong oder Deng Xiaoping haben sich der Führungsstil und das Entscheidungssystem entscheidend geändert. Unter dem im Vergleich zu Mao und Deng machtpolitisch deutlich schwächer aufgestellten Jiang Zemin begann die Entwicklung weg von der charismatischen Autorität eines überragenden Parteiführers hin zu einem System der kollegialen Führung mit stärker formalisierten Verfahrensregeln. Die konkreten Entscheidungsabläufe innerhalb der engsten Führung über politisch sensible Fragen bleiben aber informell und intransparent. Sowohl das Bild einer Gerontokratie der „Betonköpfe“ als auch die Vorstellung eines ewigen Machtkampfes zwischen verschiedenen Lagern (z.B. Reformier vs. Linkskonservative) lassen sich mit Blick auf die Entscheidungsverfahren der politischen Machtzentrale aktuell nicht mehr begründen. Denn gerade die Mitglieder der 3. und 4. technokratisch geprägten Führungsgeneration zeichnen sich keineswegs durch Inkompetenz und Senilität, sondern durch ein hohes Bildungsniveau und eine zeitweise große Experimentier- und Reformbereitschaft im wirtschaftlichen und administrativen Bereich aus.<sup>71</sup>

Informelle Verfahren der Machtausübung sowie politisches Handeln, das offiziellen Regeln (Parteistatut, Verfassung, Gesetze) widerspricht, bleiben durchgängige Grundmerkmale der Regierungspraxis, allerdings sind unter Jiang Zemin und besonders unter Hu Jintao Bestrebungen zur Stärkung formalisierter Verfahren erkennbar. Dies dient zum einen dem Eigeninteresse, da die genannten nicht mehr über die persönliche Autorität der Revolutionsveteranen verfügen, zum anderen ist es im Sinne einer verlässlicheren Politik des mittlerweile in den internationalen Kontext eingebetteten Chinas.<sup>72</sup> Gestützt werden die informellen Verfahren von den sich immer deutlicher herausarbeitenden Patronage-Netzwerken, die sich im Vergleich zu den Bürgerkriegskampfgemeinschaften heute aus gemeinsamen Schulen rekrutiert. Zu nennen sind hier in erster Linie die Seilschaft der Qinghua-Universität, zu der sich z.B. Zhu Rongjin und Hu Jintao zählen und die Shanghai-Gruppe mit Jiang Zemins Proteges, Wu Bangguo und Zeng Qinghong

---

<sup>70</sup> Vgl. Holbig, Heike: „Chinas neue Regierung“, in: China Aktuell, 3/2003, S. 313 ff.

<sup>71</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 39

<sup>72</sup> Ebd., S. 55-57

(geschäftsführender ZK-Sekretär). Aber auch ökonomische Interessensgruppen aus dem In- und Ausland betreiben in jüngster Zeit zunehmend politische Lobbyarbeit.<sup>73</sup>

Im nach wie vor kommunistischen Regierungssystem Chinas sind Partei und Staat, trotz zeitweiliger Trennungsabsichten, immer noch kaum zu unterscheiden. Die KPCh stellt fast ausnahmslos das Personal für die Führungspositionen in Regierungs- und Verwaltungsorganen. Die Regierungsorgane sind in ihren Entscheidungskompetenzen den Parteikomitees grundsätzlich untergeordnet. Darüber hinaus ist die KPCh durch eine weitreichende und tiefe Kader- und Machthierarchie bis auf Gemeindeebene gekennzeichnet. Staatsverwaltung, Sicherheitsorgane, Justiz, Gewerkschaften und Unternehmerverbände werden von Parteifunktionären kontrolliert, eine Gewaltenteilung existiert nicht.<sup>74</sup>

Laut Parteistatut und Staatsverfassung ist die VR China ein hochzentralisierter Einheitsstaat. Die Entstehung regionaler Marktstrukturen erzwingen in der politischen Praxis zunehmend föderale Arbeitsweisen und nötigen vermehrt zu einer Reformierung.<sup>75</sup>

Hier wie fast überall wird ein Hauptwiderspruch des heutigen China deutlich. Das nach leninistischem Muster gebildete kommunistische Einparteienherrschaftssystem wird zunehmend mit den Liberalisierungsansprüchen der real existierenden und heute bereits dominierenden kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Komponenten und den internationalen ökonomischen Anforderungen konfrontiert. Trotz dieser ständig wachsenden Spannung zeigt sich nahezu die gesamte chinesische Führung in den grundsätzlichen politikstrukturellen Fragen radikal reformunwillig.

### **3. Die Reformen der sozioökonomischen Sphäre**

Im vorangegangenen Kapitel haben wir uns stärker auf die diachrone Darstellung der Entwicklung politischer Verhältnisse konzentriert. Um ein besseres Verständnis für die geschilderten Vorgänge entwickeln zu können, sollten wir jetzt die parallel verlaufende

---

<sup>73</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 58-63

<sup>74</sup> Ebd., S. 85 u. 90

<sup>75</sup> Ebd., S. 101

Entwicklung ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturen einer eher systematisch-synchronen Betrachtung unterziehen.

Im Folgenden beschäftigen wir uns daher zunächst mit der allgemeinen Begründung für die Notwendigkeit der Wirtschaftsreformen unter Punkt 3.1, in 3.2 folgen einige grundsätzliche Überlegungen zu dem geeigneten theoretischen Rahmen für die deskriptive Erfassung der Reformen selbst, die sodann in 3.3 näher betrachtet werden. Ab 4.0 sollen schließlich die wichtigsten Auswirkungen und erneuten Krisenpotentiale der Wirtschaftsreformpolitik Erwähnung finden.

### **3.1. Der Regulierungsversuch der postmaoistischen Krise durch Deng Xiaopings Reformen**

Versuchen wir kurz, die wesentlichen Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung vor 1978 zusammenzufassen. Der Maoismus hatte stets den Anspruch erhoben, der Landwirtschaft im Agrarland China besondere Aufmerksamkeit zu zollen. Tatsächlich orientierte man sich aber im Wesentlichen an einer stalinistischen Entwicklungstheorie des raschen Aufbaus einer schwerindustriellen Basis zu Lasten der Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors. Die beachtlichen Wachstumsraten, die China auch in der Maoära aufwies, stammen hauptsächlich aus der staatsfinanzierten Entwicklung der Schwerindustrie. Diese Überindustrialisierung ging nun nicht nur zu Lasten der Landwirtschaft und damit der ländlichen Bevölkerung, auch der konsumnahe leichtindustrielle Sektor in den Städten wurde vernachlässigt.<sup>76</sup> Damit wurde wiederum das ländliche Entwicklungspotential stark beschränkt, denn in der Schaffung leichtindustrieller Produktionskapazitäten hätte auch eine Chance für den ländlichen Strukturwandel gelegen. Obwohl der Spätmaoismus die ländliche Industrialisierung propagierte, legte er ihr Entwicklungspotential durch die Unterdrückung ländlicher Märkte in Fesseln. Dies hatte noch zusätzlich den Effekt der Verschärfung regionaler Disparitäten, da die verschiedenen Gebiete ihre komparativen Vorteile nicht mehr durch Spezialisierung nutzen konnten und durften und gleichzeitig ihre Nebenwirtschaft blockiert wurde.

Die Konzentration auf die Schwerindustrie zog darüber hinaus beträchtliche Mittel vom Aufbau leistungsfähiger urbaner Infrastruktur ab.<sup>77</sup>

---

<sup>76</sup> Vgl. Herrmann-Pillath: „Marktwirtschaft in China“, Opladen, 1995, S. 124

<sup>77</sup> Vgl. Herrmann-Pillath, 1995, S. 124



Die Volkskommunen trieben einen Keil zwischen individueller Leistung und Entlohnung, sodass die Arbeitsmotivation gering war. Die staatliche Ankauf- und Autarkiepolitik und die damit verbundene Ausschaltung flexibler Marktallokation hatte eine suboptimale Bodennutzung zur Folge, denn herkömmliche Anbauspezialisierung wurde unterbunden. Wegen der eigentümlichen institutionellen Struktur und der konkret wirksamen Anreize entstanden keine endogenen Faktoren zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums. Diese Faktoren führten allmählich zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktionsüberschüsse, was in Form einer sinkenden Akkumulation in diesem Sektor auf die Nachfrage für Produkte der heimischen Investitionsmittelindustrie zurückschlug und zur Verfehlung des Industrialisierungszieles insgesamt beitrug.<sup>78</sup>

Die bewusste Vernachlässigung der Leichtindustrie, die zudem jetzt auch mit Brennstoffen und Rohstoffen unterversorgt war, und der Landwirtschaft führten also zunehmend zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten und einem Mangel an Konsumgütern.<sup>79</sup>

Der Verbrauch von Getreide, Speiseöl und Baumwollstoffen war aufgrund der Stagnation landwirtschaftlicher Produktion vor allem im ländlichen Raum im Vergleich zu 1957 gesunken. Ferner bestanden 1978 große Unterschiede im Lebensstandard und in der Versorgung zwischen Stadt und Land. Schlechte Ernten der Jahre 1976/77 verschärften die Lage zusätzlich. Die politische Führung des Landes geriet dadurch unter Druck. Vor allem wenn man bedenkt, dass die bäuerliche Bevölkerung die eigentliche Machtbasis der Kommunisten war. Die Unzufriedenheit führte schließlich im Laufe der Jahre 1977/78 zu einem Machtverlust der Politiker um Hua Guofeng, der eine eher maoistische Entwicklungsstrategie vertrat.<sup>80</sup>

Die Bedeutung der Landwirtschaft kann in China aber nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie war 1978 Ernährerin für 1 Milliarde Chinesen, sie lieferte 70% der Rohstoffe für die Leichtindustrie, kam für 25% der Exporte auf, ersparte dem Staat gleichzeitig höhere Importe, stellte über 70% der Arbeitsplätze, hatte jahrelang als „Melkkuh“ für die industrielle Kapitalbildung gedient und trug durch die Landwirtschaftssteuer zum Staatshaushalt bei. Die Ernährung der Bevölkerung war und ist aber mit Abstand das Wichtigste. China muss mit 7% des

---

<sup>78</sup> Ebd., S. 111

<sup>79</sup> Vgl. Philipp, 1992, S. 109

<sup>80</sup> Vgl. Hüssen, Hans-Peter: „Ländliche Industrialisierung in der Volksrepublik China seit 1978“, Hamburg, 1991, S. 20-22

Ackerbodens der Erde über 20% der Weltbevölkerung ernähren und das bei einer durch Versiegelung für die Industrie schrumpfenden landwirtschaftlichen Nutzfläche. Eine Schere die nicht mehr durch Extensivierung (Neulandgewinn), sondern nur noch durch Intensivierung zu schließen ist und damit an die Grenzen des maoistischen Dogmas von der den Veränderung der Produktionsverhältnisse durch politischen Willen folgenden Entwicklung der Produktionskräfte stößt.<sup>81</sup> Genau an diesem Punkt setzten die eigentlichen und zunächst ideologischen Reformen Deng Xiaopings an.

Zunächst soll aber das Augenmerk auf einen Unstand gelenkt werden, der vor allem bei der späteren Einordnung in die Transformationsforschung nicht vergessen werden darf. Die Reformpolitik folgte in vielfacher Hinsicht spontanen Tendenzen des Wirtschaftens der bäuerlichen und urbanen Bevölkerung. So hatten sich die eigentlichen Inhalte der Landwirtschaftsreform (Bodenvergabe an die Haushalte) und private Wirtschaftstätigkeiten im Kleinhandel und -gewerbe in den Armutsgemeinden vielfach spontan etabliert und wurden erst, nachdem sie sich als höchst produktiv und erfolgreich erwiesen hatten, im Nachhinein von der Parteiführung als Reformprogramm landesweit installiert.<sup>82</sup> Die Dekollektivierung hatte sich z.B. zwischen 1979-1981 bereits im ganzen Land wie ein Flächenbrand ausgebreitet, obwohl sie 1981 noch streng verboten war. Die Einführung des Haushaltsverantwortlichkeitssystems Ende 1981 erfolgte ebenfalls erst, nachdem dieses schon weit verbreitet war. Die politische Führung hat also nur abgesegnet, was die Bauern ohne offizielle Sanktionierung in der Praxis bereits durchgesetzt hatten.<sup>83</sup> Der spontane Wandlungsprozess sprengte in seiner Dynamik auch in der Folgezeit immer wieder den von der Partei gesteckten Rahmen und setzte damit einen Prozess des sozialen Wandels in Gang, der von der Parteiführung in dieser Form ursprünglich nicht intendiert war und bis in die achtziger Jahre hinein sogar als häretisch galt.<sup>84</sup>

Die eigentliche Reformleistung der ersten Stunde lag also eher darin, die ideologischen Barrieren zur nachholenden Regulierung des in Gang gekommenen sozialen Wandels zu beseitigen. Deng Xiaopings bereits aus der Liuistenzeit stammende Überzeugung, dass die

---

<sup>81</sup> Vgl. Weggel, 1988, S. 30-31

<sup>82</sup> Vgl. Heberer, Thomas: „Transformation des chinesischen Systems oder sozialer Wandel“, in: „Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 1993, S. 3

<sup>83</sup> Vgl. Awater, 1998, S. 228

<sup>84</sup> Vgl. Heberer, 1993, S. 3

Produktivkraftentwicklung notwendige Vorbedingung zur Änderung der Produktionsverhältnisse ist, gepaart mit seiner pragmatischen Einstellung, derzufolge die Farbe einer Katze unerheblich ist, solange sie Mäuse fängt, ermöglichte den, als teilweise Entmaoisierung begriffenen, allmählichen Abbau der dogmatisch ideologischen Schranken. Die Reformer hatten die Interdependenz von Wirtschaftsentwicklung und Machterhalt begriffen.<sup>85</sup> Die von Deng resümierte Existenz einer „Dichotomie von kulturellem Anspruch und den ökonomischen Mitteln des chinesischen Volkes“, half ihm die Notwendigkeit des Primats der wirtschaftlichen Entwicklung vor allen anderen politischen Willensbekundungen innerhalb der KPCh durchzusetzen. Die neue Doktrin des „Anfangsstadiums des chinesischen Sozialismus“ sowie die Wiederherstellung der, in der Kulturrevolution verlorengegangenen, Machtposition der KPCh standen somit im Zeichen des Wirtschaftsaufbaus. Das von Marktkräften gestützte Wirtschaftswachstum unter einer gefestigten zentralstaatlichen Kontrollmacht wurde die neue Legitimationsebene der Partei.<sup>86</sup>

Mit dieser Implikation konnte nun 1978 mit der Regulierung der Vertrauenskrise der chinesischen Bevölkerung in ihre politische Führung durch eine flexible Wirtschaftsreformpolitik zur Anhebung des Lebensstandards durch permanentes Wirtschaftswachstum begonnen werden.

### **3.2. Der geeignete theoretische Rahmen zur Deskription der wirtschaftspolitischen Reformen**

Die Einordnung der wirtschaftlichen Transformation in einen entsprechenden theoretischen Rahmen bereitet einige Schwierigkeiten. Zum einen muss man sich davor hüten, angesichts der spezifischen chinesischen Eigenheiten in allzu eurozentristische Erklärungsmuster zu verfallen. Andererseits besteht die Gefahr, China das (im neoklassischen Mainstream verankerte) Wunschdenken derjenigen westlichen Beobachter überzustülpen, die in der marktwirtschaftlichen Transformation ein trojanische Pferd entdecken, welches zwingend zum Untergang des letzten großen sozialistischen Systems führt.

---

<sup>85</sup> Vgl. Heberer, 1993, S. 3

<sup>86</sup> Vgl. Cho, Hyekyung: „Chinas langer Marsch in den Kapitalismus“, Münster, 2005, S. 210-211

Drei Beobachtungen bereiten bei der Einordnung, vor dem Hintergrund der Erfahrungen der sowjetischen und osteuropäischen Transformation und der vermeintlich demokratisierenden Genese des westlichen Kapitalismus, besondere Probleme.

Ersten befindet sich die VR China scheinbar seit 1978 in einem Übergangsprozess von einem planwirtschaftlichen hin zu einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem aber die KPCh ein weiterhin intaktes Herrschaftsmonopol besitzt. Zweitens, die durch das konstant hohe Wirtschaftswachstum angeregte westliche Projektion von einer neuen Wirtschaftssupermacht China steht im krassen Gegensatz zur empirischen Feststellung, dass die VR China nach dem Pro-Kopf-Einkommen immer noch zu den armen Entwicklungsländern gehört. Drittens die Feststellung, dass Chinas Integration in die globalisierte Weltwirtschaft mit einer Hochkonjunktur des Nationalismus einhergeht.<sup>87</sup>

Außerdem handelt es sich bei der chinesischen Transformation um einen äußerst diversifizierten und langanhaltenden Prozess, der nicht in einem konsistenten und alles erfassenden theoretischen Rahmen zu fassen ist. Deshalb, und eingedenk der Tatsache bei weitem nicht alle existierenden theoretischen Ansätze zu erfassen, wollen wir im Folgenden drei Erklärungsmuster prüfen und sehen, welcher Rahmen am geeignetsten erscheint, die Wirtschaftsreformen darzustellen.

### **3.2.1. Marxistischer Entwicklungsdeterminismus und Sohn-Rethels Entwicklungstheorie**

Für die Entwicklung des Akkumulationsregimes und der Verfügung über die Produktionsmittel ist selbstverständlich die marxistische Theorie prädestiniert zur grundsätzlichen Einschätzung der jeweiligen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse.

Zu prüfen ist die Eignung des an den europäischen Verhältnissen entwickelten, historisch-deterministischen Entwicklungspfades für die chinesische Situation. Marx beschreibt im 24. Kapitel seines Kapitals den historischen Übergang von der ursprünglichen Akkumulation zur kapitalistischen. Die ursprüngliche Akkumulation ist der geschichtliche Scheidungsprozess von Produzent und Produktionsmittel, der im Wesentlichen aus der gewaltsamen Enteignung der leibeigenen, landwirtschaftlichen Produktionsmitteleigentümer durch den Adel ab dem 15. Jahrhundert besteht. Anstatt wie bisher den Produktionsmehrwert in Form von Naturalien an den Lehnsherren zur Schatzbildung abtreten zu müssen, eignen sich diese das Land jetzt direkt an und

---

<sup>87</sup> Vgl. Cho, 2005, S. 10-11

verpachten es. Die Pächter wiederum setzen nun den nicht vertriebenen Teil der ländlichen Bevölkerung als reine Arbeitskraft auf fremden Grund oder als „Mietlinge“ ein. Der größere, vertriebene Teil bildete das vogelfreie Proletariat der aufkeimenden städtischen Industrie.<sup>88</sup> Dieses aus Wucher, Handel und Kolonialismus hervorgegangene industrielle Kapital trifft nun auf ein von den Produktionsmitteln „befreites“ Arbeiterheer, das gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Somit sind ländliche Großgrundbesitzer entstanden, die mit dem industriellen Kapital in einem Entwicklungszusammenhang stehen, der beiderseitige Kapitalakkumulation ermöglicht und damit technischen Fortschritt. Die kapitalistische Wettbewerbslogik sorgt nun für eine zunehmende Monopolisierung, die wiederum den Wettbewerb aufhebt. Nach einer unbestimmten Zeit, aber, nach Marx, faktisch unabwendbar, erheben sich die verarmten Massen und enteignen wiederum die wenigen Großkapitalisten. Das Land wird wieder parzelliert und die nun vergesellschafteten Produktionsmittel sind auf der Basis der entwickelteren Produktionsweise wieder in der Verfügung der Produzenten. Voraussetzung dafür ist aber eine voll entwickelte kapitalistische Produktionsweise.<sup>89</sup>

Soweit die europäische Entwicklung. In China treffen wir von Beginn an auf andere Verhältnisse. Während des über 2.000 Jahre stabilen Kaisertums haben wir es mit landwirtschaftlichen Kleinstpächtern zu tun, die zwar über die Produktionsmittel verfügen, aber ähnlich wie im europäischen Feudalismus den Mehrwert ihrer Produktion an die Beamtschaft und den Landadel, der sog. „Gentry“, abtreten müssen. Das Kapital wird, wegen der eigenen prekären Verhältnisse dieser Klassen unter den willkürlich herrschenden Kaisern, konsumiert oder höchsten expansiv (zusätzlicher Landkauf) akkumuliert, städtische Manufaktur entsteht nicht. Die Maoisten marginalisieren nun die „Gentry“, ersetzen die Beamten lediglich durch ihre Kader und führen mit der Kollektivierung und der damit verbundenen Trennung von Produzent und Produktionsmittel quasikapitalistische Verhältnisse ein (von Sozialismus kann, wie wir später noch sehen, eigentlich zu diesem Zeitpunkt nicht die Rede sein). Der produzierte Mehrwert wird nun auch hier dem Bauern gänzlich vorenthalten. Hatte er vorher noch die Chance, seine Lage durch eine den abgabepflichtigen Teil übersteigende Mehrwertproduktion zu verbessern, geht nun jeglicher individuelle Anreiz verloren. Da im Gegensatz zum europäischen Flächenanbau die chinesische Landwirtschaft, aufgrund der natürlichen Bedingungen, durch eine gartenbauliche

---

<sup>88</sup> Vgl. Marx, Karl: „Das Kapital“, Paderborn, ungekürzte Ausgabe der 2. Auflage von 1872, S. 636-652

<sup>89</sup> Ebd., S. 667-678

Anbauweise gekennzeichnet ist und darüber hinaus der Mehrwert von Staats wegen in die Schwerindustrie investiert, also dort akkumuliert wird, kommt es auch in den monopolisierten landwirtschaftlichen Kollektiven zu keiner Intensivierung der Produktionsweise. Zumal der Wettbewerb wegen der sozialistischen Ideologie nicht existiert. Landwirtschaft und Industrie entwickeln somit auch keinen Entwicklungszusammenhang.<sup>90</sup>

Durch die Agrarreform erfolgt nun eine erneute Landparzellierung, die bedingte Rückübertragung der Produktionsmittelverfügung sowie der Verbleib der Überschussproduktion und damit eines Teils des Mehrwerts auf den bäuerlichen Haushalt, wenn auch nur als Langzeitpächter. Damit ist erstmals in der chinesischen Geschichte die Möglichkeit einer landwirtschaftlichen Kapitalakkumulation zur Intensivierung der Produktionsweise gegeben. Da man aber bei dem maoistischen Kollektivsystem wohl keinesfalls von einer voll entwickelten kapitalistischen Produktionsweise ausgehen kann, sind die Chinesen, gemessen an den Marxschen Kategorien, hinter die ursprüngliche Akkumulation zurückgegangen. Aus dieser Perspektive steht die chinesische Ökonomie nicht am Anfang des Sozialismus, sondern eher am Beginn der Entwicklung einer kapitalistischen Produktionsweise. Die immens einsetzende Migration der ländlichen Überschussbevölkerung mag hier als Indiz gelten.

Die Verortung des neuen Entwicklungspfades ökonomischer Verhältnisse seit dem Beginn der Reformen lässt sich im marxistischen Kontext aber noch anders beleuchten. Nämlich mit den Kategorien der Veränderung von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen nach Sohn-Rethel und der Adaption dieser Kategorien auf die chinesischen Verhältnisse in der Dissertation von Raimund Philipp. Aus der sohn-rethelschen Analyse vergangener und bestehender Ausbeutungsgesellschaften von der Antike bis zum modernen Spätkapitalismus (Hauptsächlich in seiner Abhandlung „Soziologische Theorie der Erkenntnis“) entnimmt Philipp zwei Ausbeutungsregime, die mit den jeweiligen Produktionsverhältnissen gleichgesetzt werden, die auch für unsere Untersuchung signifikant sein könnten. Zunächst das „primäre gesellschaftliche Ausbeutungsverhältnis“ als gentil organisierte Gesellschaftsformation, die dadurch charakterisiert ist, dass ein Gemeinwesen durch ein anderes als Ganzes beherrscht wird, wobei, wie z.B. im alten Ägypten, die beherrschte Gesellschaftsordnung einer Produktionsordnung folgt, die sie in die Lage versetzt, mehr zu produzieren, als zur eigenen Existenz nötig ist und somit die

---

<sup>90</sup> Vgl. hierzu die ökonomischen Erörterungen in den Lernwerkstattarbeiten I-III

Herrenschicht mit versorgt werden kann.<sup>91</sup> Die herrschende agrarmanageriale und bürokratische Gesellschaftsschicht instrumentalisiert den Überbau, z.B. die Zentralverwaltung des Staates, das Steuersystem und die Staatsreligion, als Faktor der Machtausübung. Sie organisiert auch Kopfarbeit zur Optimierung der Produktion, produziert selbst aber nicht. Das Ausbeutungsverhältnis dieser Gesellschaftsform wird als solches sowohl vom Ausgebeuteten als auch vom Ausbeuter praktisch und konkret wahrgenommen, trotz der Versuche einer ideologischen oder theologischen Verschleierung. Zusätzlich wird die Herrschaft durch die Organisation von Gemeinschaftsaufgaben, wie z.B. der Bau von Tempelanlagen oder Be- und Entwässerungsanlagen, legitimiert.<sup>92</sup>

Die große Ähnlichkeit dieser alt-ägyptischen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse mit den über 2000 Jahre im kaiserlichen China vorherrschenden überrascht nicht, wenn man bedenkt, dass Wittfogel beide als Prototypen hydraulischer Gesellschaften im Rahmen der Marxschen „asiatischen Produktionsweise“ klassifiziert und beschreibt.<sup>93</sup> Bemerkenswert ist allerdings, dass sich in China diese Produktionsweise und das damit verbundene Ausbeutungsverhältnis im Groben und zumindest auf dem Lande, mit der o.g. Akteursmodifikation der Kommunisten, jenseits aller ideologischen Absichtserklärungen tatsächlich bis 1978 erhält.

Philipp behauptet nun, mit dem Beginn der Reformmaßnahmen setze endlich die Auflösung des „primären gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisses“ auch auf dem chinesischen Lande ein. Mit der Einführung des Produktionsverantwortlichkeitssystems und des neuen Pachtsystems verändert der vorher in der Volkskommune tätige Produzent seinen Charakter als Produktivkraft in zweifacher Hinsicht. Entweder zum eigenverantwortlich produzierenden Bauern und somit wenigstens potentiell zum selbständigen und selbstarbeitenden Kapitalisten oder zum Lohnarbeiter in einem Kollektiv- oder Staatsunternehmen und damit zum Mehrwertschaffer für fremde Kapitalisten. Somit befände sich die chinesische Landwirtschaft seit 1978 im allmählichen Aufbruch in die andere, nicht nur, sohn-rethelsche Kategorie der „kapitalistischen Warenproduktion“.<sup>94</sup>

---

<sup>91</sup> Vgl. Philipp, 1992, S. 32-33

<sup>92</sup> Vgl. Philipp, 1992, S. 34-35

<sup>93</sup> Die Theorie Wittfogels haben wir bereits in der Lernwerkstattarbeit I detailliert betrachtet.

<sup>94</sup> Vgl. Philipp, 1992, 168-16

Obwohl uns dieser Ansatz zu allgemein und vereinfachend für die höchst diversifizierte und sowohl regional als auch sektoral sehr unterschiedliche Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse Chinas erscheint, relativiert er doch die vorhin getroffene Verortung dahingehend, dass China wohl doch nicht vor die ursprüngliche Akkumulation zurückgeht, sondern, zumindest in der Landwirtschaft, etliche Entwicklungsstufen überspringend direkt in kapitalistische Verhältnisse hineinwächst. Allerdings kann auch hier keine Rede von Dengs „Anfangsstadium des Sozialismus“ sein.

### **3.2.2. Das neoklassische Transformationsparadigma**

So hilfreich die marxistische Theorie zur Erfassung der grundsätzlichen Verhältnisse von Akkumulationsregimen und der Produktionsmittelverfügung ist, verbietet sich eine einfache Übertragung auf die chinesischen Verhältnisse. Schon wegen der Einbettung in eine sich globalisierende Weltwirtschaft mit ihrem ökonomischen, kulturellen und kommunikativen Austausch und den dies und die geschichtlichen Prozesse reflektierenden Herrschenden. Deshalb müssen wir auch noch andere theoretische Ansätze betrachten.

Die Entscheidung der Ostblockstaaten und Russlands mit dem alten sozialistischen System radikal zu brechen und kapitalistische Systeme nach dem westlichen Vorbild einzuführen, ging mit der schnellen Verbreitung eines theoretischen Ansatzes innerhalb der Transformationsforschung einher, der den goldenen Weg zur zügigen Assimilation dieser Staaten in das westliche Globalisierungsgefüge verspricht. Dieser Ansatz, den man mit Recht auch einen neo-liberalen nennen kann (und das nicht nur weil Milton Friedman zu den Hauptvertretern gehört), empfiehlt, mit einem sog. „Big Bang“ das alte System über Nacht aufzugeben und umgehend weitreichende Maßnahmen zur Marktliberalisierung, institutionellen Restrukturierung und makroökonomischen Stabilisierung einzuleiten. Den Rest erledigt dann die „Unsichtbare Hand“ der freigesetzten Marktkräfte. Für diese „Schocktherapie“ wird China der zügige Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, von einer Agrar- zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und eine umfangreiche Demokratisierung nach westlichem Muster verschrieben.<sup>95</sup> Diese Schlüsselemente der Transformation sozialistischer Staatswirtschaften verfolgen gleichermaßen wirtschaftliche und politische Ziele. So sollen die radikalen Reformen

---

<sup>95</sup> Vgl. Oberender, Peter: „China im Aufbruch - Hintergründe und Perspektiven eines Systemwandels“, Bayreuth, 2004, S. 17



der alten staatswirtschaftlichen Strukturen nicht nur der Belebung der Wirtschaft dienen, sondern werden auch als einzige erfolgversprechende Strategie verstanden, um die Macht der alten Eliten in Politik und Wirtschaftsleben zu brechen. Letztlich handelt es sich bei diesen Transformationsempfehlungen um die Imitation von Koordinierungs- und Regulierungsmechanismen der westlichen, liberal-marktwirtschaftlichen Systeme. Das Kopieren systemfremder Institutionen soll dabei die ansonsten unumgängliche Phase der allmählichen Adaption und Reorientierung verkürzen.<sup>96</sup> Die kopierten Institutionen müssen dabei aber zumindest anfangs ohne rechtliche und soziokulturelle Voraussetzungen auskommen. Die Gefahren des Scheiterns der „Schocktherapie“ sind vielfältig. Zunächst macht die zügige marktkonforme Reorganisation von Regierung und Verwaltung als integrativer Bestandteil des Reformpaketes Schwierigkeiten und wird meist vollkommen vernachlässigt, zumal sie nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Parteistaates unter schwerwiegenden ökonomischen Kontraktionen durchgeführt werden muss. Auf die zu schnellen und umfassenden Reformen kann aber auch ein abrupter Niedergang des Lebensstandards der Bevölkerung mit ungewisser Dauer, die Überforderung der gesellschaftlichen Anpassungsfähigkeit oder/und die Enttäuschung überzogener Erfolgserwartung folgen. Ein Beispiel für die schocktherapeutische Transformation sind die (nicht umsonst von der chinesischen Führung gefürchteten) chaotischen russischen Verhältnisse.<sup>97</sup>

Trotzdem wird der gradualisierte (wie wir gesehen haben oftmals sogar passive und mit sozialem Wandel verbundene) chinesische Transformationsweg von den Vertretern der „Schocktherapie“ eher als pathologische Verirrung angesehen und man wundert sich über den unleugbaren konstanten wirtschaftlichen Erfolg und das Ausbleiben der angeblich für jede Marktwirtschaft unverzichtbaren Demokratisierung.<sup>98</sup>

Das führt uns zu einem weiteren Grund, die neo-liberale Transformationstheorie als Betrachtungsrahmen für unseren Gegenstand abzulehnen. Sie geht von einer eindeutigen Zielsetzung des betroffenen Transformationslandes, hin zur demokratischen kapitalistischen Marktwirtschaft, aus. Die chinesische Führung hat aber zu keinem Zeitpunkt dieses Ziel verfolgt. Im Gegenteil sie bekannte sich von Anfang an zum Sozialismus und verfolgt bis heute das Ziel der Systemoptimierung durch die Integration kapitalistischer Elemente.

---

<sup>96</sup> Vgl. Heilmann, Sebastian: „Die Politik der Wirtschaftsreformen in China und Rußland“, Hamburg, 2000, S. 50-52

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 33-34

### 3.2.3. „Neue politische Ökonomie“ und „Interdisziplinäre Institutionenforschung“

Die chinesische Transformation lässt sich nur verstehen, wenn man die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen als Prozess mit offenem Ausgang versteht, diesen mit differenzierten Begriffen zu erfassen versucht und dabei dualistische Kategorien meidet.

Eine andere Betrachtungsperspektive auf die chinesische Transformation bietet der wirtschafts- und politikwissenschaftliche Forschungszweig der Neuen Politische Ökonomie. Hier lassen sich politische und wirtschaftliche Wandlungsprozesse in ihrer engen wechselseitigen Verzahnung integriert analysieren. Der Schwerpunkt liegt auf der Untersuchung von Anreizen und Beschränkungen, die auf politische und wirtschaftliche Akteure einwirken, sowie auf den davon hervorgerufenen formalen und informellen Verhaltensmustern für die Interaktion der beteiligten Akteure. Aus dieser Sicht lässt sich die Transformation als umfassende, hart umkämpfte Neuverteilung wirtschaftlicher und politischer Verfügungsrechte mit offenem Ausgang erfassen. Für die Untersuchung der chinesischen Wirtschaftsreformpolitik erscheint uns dieser Ansatz besonders fruchtbar, weil er Einsichten in die informellen Tauschbeziehungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren ermöglicht, die sich unterhalb der offiziellen Institutionen formiert haben.<sup>99</sup> Besonders die institutionenökonomische Betrachtungsweise innerhalb dieses Ansatzes, die auf der Meso-Ebene zwischen System- und Akteuranalyse liegt und sich mit den konkreten Regeln politischen und wirtschaftlichen Handelns beschäftigt, kann zur Differenzierung herkömmlicher vereinfachender Dichotomien wie Demokratie vs. Diktatur, Plan vs. Markt, Sozialismus vs. Kapitalismus beitragen.<sup>100</sup> Das macht diesen Ansatz noch interessanter für die Untersuchung der chinesischen Übergangsordnung.

Die Schwäche dieses Ansatzes, die in der adäquaten Erfassung von traditional, ideologisch, oder personenbezogenen Bestimmungen des Akteursverhaltens jenseits ökonomischer Handlungsanreize liegt, bewegt uns jedoch zu einer Erweiterung dieses theoretischen Rahmens um die Sicht der formal von der politischen Macht ausgeschlossenen Bevölkerung.<sup>101</sup> Da wir bereits feststellen konnten, dass der spontane soziale Wandel von unten nach oben nicht unerheblich für den chinesischen Transformationsprozess ist.

---

<sup>99</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 34-35

<sup>100</sup> Vgl. Heilmann, 2000, S. 27

<sup>101</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 35

### 3.3. Der Charakter der Reformpolitik

Im Gegensatz zur Strategie des „Big Bang“ führen die Chinesen exemplarisch einen Entwicklungspfad der kleinen Schritte vor. Diesen kennzeichnet eine Verbindung aus teilweiser Preisfreigabe, Bewahrung der Staatsunternehmensstruktur und Liberalisierung privatwirtschaftlicher Aktivitäten. Da der transformatorische Gradualismus darauf abzielt, den nicht-staatlichen Sektor zur Entfaltung zu bringen und gleichzeitig die Staatsunternehmen, unter anderem auch durch Handelsbarrieren, zu bewahren, wird dieser chinesische Ansatz als „zweigleisige“ Strategie bezeichnet.<sup>102</sup> Die ersten fünf Jahre (1978-84) bestand die reformerische Wirtschaftspolitik zunächst jedoch hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Innovationen. Endlich hatte sich die Erkenntnis auch handlungsrelevant durchgesetzt, dass die Landwirtschaft, von der damals 800 Millionen Chinesen direkt abhingen, das wichtigste Schwungrad der Wirtschaftsentwicklung ist. Daraufhin erfolgte eine Umstellung der Ziele staatlicher Investitionen. Die Landwirtschaft und die konsumnahe Leichtindustrie wurden von nun an mit dem Löwenanteil der Investitionssumme, zu Lasten der Schwerindustrie, bedacht. Erst nachdem sich die neue Agrarpolitik als Mittel für ein veritables „Wirtschaftswunder“ erwiesen hatte und damit der politische Widerstand der Reformgegner zurückging, wurden die Erfahrungen mit den Bauern auf die Industrie übertragen, die dann ab 1984 wieder den programmatischen Schwerpunkt bildete.<sup>103</sup>

Die bereits erwähnte Vorwegnahme erster Reformschritte durch den spontanen sozialen Wandel auf dem Lande erzwang immer wieder die nachholende offizielle Regulierung der entstandenen Reformexperimente. Damit entstammt der chinesische Gradualismus keiner konsistenten transformationspolitischen Strategie, sondern entfaltete sich als pfadabhängiger evolutionärer Prozess nach dem Prinzip „Trial and Error“. Nicht die Suche nach der optimalen ökonomischen Effizienz, sondern die Rücksicht auf vielfältige politische Widerstände gegen eine umfassende Restrukturierung der staatswirtschaftlichen Institutionen führte „ex post“ zu einer pareto-optimierenden Transformationsstrategie zwischen politischen und ökonomischen Faktoren.<sup>104</sup>

Dies führte, bis in die neunziger Jahre hinein, zu der zweigleisigen Reformpolitik, die durch das Nebeneinander eines zwar ineffizienten, aber die soziale Lage in den Städten stabilisierenden

<sup>102</sup> Vgl. Sachs, Jeffrey und Woo, Wing Thye: „Zum Verständnis der Reformverfahren in China, Osteuropa und Russland“, in: „Der lange Marsch in die Marktwirtschaft“, Berlin, 1999, S. 19

<sup>103</sup> Vgl. Weggel, Oskar: „Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert“, Hamburg, 1989, S. 320 u. 325

<sup>104</sup> Vgl. Heilmann, 2000, S. 77

geplanten Staatssektors und einem sich dynamisch entwickelnden marktorientierten, nicht-staatlichen Sektor charakterisiert ist. Erst mit der Entscheidung für die „Sozialistische Marktwirtschaft“ (1992) kam dann der Durchbruch für marktorientierte Reformen in allen Wirtschaftsbereichen. Allerdings sind diese bis heute noch lange nicht abgeschlossen, so stellen z.B. zur Zeit der Abbau des Staatssektors und die Kommerzialisierung des Banksektors wegen ihrer negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt mit die größten Herausforderungen an die soziale Stabilität dar.<sup>105</sup>

Heute haben nach offizieller Rhetorik die Wirtschaftsentwicklung als Hauptthema, wirtschaftliche Restrukturierung als Hauptkurs, Reform, Öffnung nach außen und wissenschaftlich-technologischer Fortschritt als Hauptantriebskräfte sowie die Verbesserung des Lebensstandards als der grundlegende Ausgangspunkt zu gelten. Wie man sieht, haben sich die grundlegenden Forderungen an die Wirtschaftspolitik, hier aus der Einleitung des X. Fünf-Jahres-Plans (2001-2005), seit dem Beginn der Reformen 1978 nicht mehr verändert. Wohl aber der, in diesem Plan beschriebene, konkrete Maßnahmenkatalog, dessen Hauptpunkte zur Verdeutlichung heutiger wirtschaftspolitischer Visionen der chinesischen Führung hier kurz aufgeführt werden:

1. Konsolidierung und Stärkung der Landwirtschaft als dem volkswirtschaftlichen Fundament.
2. Beschleunigung der industriellen Restrukturierung der Transformation.
3. Zügige Entwicklung des Dienstleistungssektors.
4. Beschleunigte Anwendung von Informationstechnologie in wirtschaftlichen und sozialen Belangen.
5. Intensiverer Ausbau wasserwirtschaftlicher, Verkehrs- und Energieinfrastruktur.
6. Breit angelegte Entwicklung Westchinas und Förderung einer koordinierten regionalen Entwicklung.
7. Aktive und stetige Unterstützung der Urbanisierung.
8. Förderung von Fortschritten und Innovationen auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet.
9. Tatkräftige Entwicklung von Humanressourcen und beschleunigte Entwicklung des Bildungssektors.

---

<sup>105</sup> Vgl. Schüller, Margot: „Wirtschaft“, in: „Länderbericht China“, Darmstadt, 2000, S. 135

10. Intensivierung der Wirtschaftsreformen und Vervollkommnung des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft.
11. Weitere außenwirtschaftliche Öffnung und Entwicklung einer offenen Wirtschaft.
12. Aktive Ausweitung der Beschäftigung und Verbesserung des sozialen Sicherungssystems.
13. Verbesserung des Lebensstandards der ländlichen und städtischen Bevölkerung.
14. Verstärkter Aufbau einer sozialistischen Demokratie und eines Rechtssystems.<sup>106</sup>

An die Adresse derjenigen Globalisierungsoptimisten, die China als Absatzmarkt westlicher Produktionsgüter für die nächsten Jahrzehnte sehen, ist zu vervollständigen, dass die Entwicklung und Stärkung heimischer Innovationskapazitäten unter Hu Jintao seit 2004 zu einem Agendapunkt höchster Priorität avanciert ist.<sup>107</sup>

### **3.3.1. Die institutionellen Voraussetzungen der Reformen**

Die Reformen fußten von Anfang an, durch das Erbe der Maoära, auf einer Reihe von Voraussetzungen, die den erfolgreichen gradualistischen Reformkurs Chinas eventuell sogar zu einer Singularität innerhalb der Transformationsforschung werden lassen. China verfügte über einen vergleichsweise kleinen staatlichen Industriesektor, bei einem geringen Grad an interregionaler Arbeitsteilung. Damit war die Wirtschaft nicht sonderlich verwundbar bei der Demontage der zentralen Plankoordination und bot darüber hinaus Raum für dezentrale Eigeninitiative. Die Reformen wurden außerdem zu einem Zeitpunkt eingeführt, zu dem sich China noch einer relativen makroökonomischen Stabilität, mit einer niedrigen Inflationsrate und geringen Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten, erfreute. Der landwirtschaftliche Arbeitskräfteüberschuss ermöglichte es, die steigende Nachfrage des nicht-staatlichen Sektors in den Städten zu befriedigen, ohne die Staatsunternehmen ausbluten zu lassen. Die Verwaltung war, im Gegensatz zum sowjetischen Modell, ebenso wie die Planwirtschaft dezentralisiert und wesentlich stärker auf regionale Autarkie ausgerichtet, was es dieser ermöglichte, flexibel auf die jeweiligen regionalen Bedürfnisse einzugehen.<sup>108</sup>

Die zentralen Planungsbürokratien wurden in der Kulturrevolution in einem Maße geschwächt, dass die politisch-bürokratischen Reformwiderstände 1978 relativ gering waren. Bei der

---

<sup>106</sup> Vgl. Holbig, Heike: „Reformanlauf ins neue Jahrhundert - offizielle und inoffizielle Agenda der 5. Plenartagung des XV. ZK“, in: China aktuell, 10/2000, S. 1167 ff.

<sup>107</sup> Vgl. Holbig, Heike: „Wissenschaftliches Entwicklungskonzept, Harmonische Gesellschaft und Eigenständige Innovation: Neue parteipolitische Prioritäten unter Hu Jintao“, in: China aktuell, 6/2005, S. 13 ff.

<sup>108</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 163

Reprivatisierung der Landwirtschaft kam den Reformern die, nur durch 20 Jahre der Zwangskollektivierung unterbrochene, Tradition eines familiengestützten Unternehmertums entgegen.

Nicht zu vergessen das dynamische asiatisch-pazifische Umfeld, das die Öffnungspolitik besonders durch die Investitionen der Auslandschinesen, vor allem des ökonomisch dicht verflochtenen chinesischen Auslands (Hong Kong, Taiwan), zu einem Erfolg werden ließ.<sup>109</sup>

Hinzu kommt die Kontinuität der politischen und wirtschaftlichen Institutionen, die in China zumindest mittelfristig Sicherheit im Hinblick auf Verfügungsrechte und Investitionserwartungen schuf. Dazu trugen zu Beginn der Reformära die unangefochtene Autorität Deng Xiaopings mit seinem unverbrüchlichen Beharren auf die Wirtschaftsreformen und der hohe Grad innerparteilicher Folgsamkeit gegenüber der Parteispitze bei. Die formelle Führungsrolle der kommunistischen Partei stand zudem, trotz der Erosionserscheinungen im Hinblick auf die Integrität der Parteiorganisation und Parteidisziplin seit den späten achtziger Jahren, zu keinem Zeitpunkt in Frage. Das Festhalten der Parteiführung an den leninistischen Institutionen der personellen und organisatorischen Kontrolle konnte erfolgreich verhindern, dass die wirtschaftlichen Strukturreformen die Steuerungskapazität der politischen Institutionen sprengte. Der chinesische Gradualismus lässt sich von hier aus als Strategie verstehen, die durch aktive Einleitung begrenzter reformerischer Regulierung zu verhindern sucht, dass die Krise eines institutionellen Kollaps stattfindet und ein politisch nicht mehr zu kontrollierender „Big Bang“ der einzige katastrophale Ausweg wird.<sup>110</sup>

### **3.3.2. Die Reformen ab 1978**

Die chinesischen Wirtschaftsreformen wurden in der ersten Phase von 1978-84 genau in jenen beiden Bereichen eingeleitet, wo einerseits die Probleme am größten waren, andererseits aber der zu erwartende Effekt am größten war, nämlich in der Landwirtschaft und in der Außenwirtschaft. Mit der Landwirtschaft befassen wir uns detailliert im folgenden Punkt. Die wesentlichen Schritte im Außenwirtschaftsbereich waren zunächst die Gründung der berühmten Sonderwirtschaftszonen Südchinas und die Dezentralisierung der Außenhandelsorganisation in Gestalt von Außenhandelsgesellschaften der Provinzen. Die Sonderrechte der Zonen betrafen bald auch deren Binnenwirtschaftspolitik, so durfte z.B. die Provinz Guangdong wegen ihrer drei

---

<sup>109</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 163

<sup>110</sup> Vgl. Heilmann, 2000, S. 85-86

Wirtschaftssoonderzonen die Preise für landwirtschaftliche Güter früher liberalisieren als andere Provinzen.<sup>111</sup> Die Gründung der Sonderwirtschaftszonen war anfänglich nicht mit einer unmittelbaren positiven wirtschaftlichen Wirkung verbunden, vor allem wegen der Höhe der benötigten infrastrukturellen Investitionen. Sie sind in der Anfangszeit aber auch vor dem Hintergrund einer aktiven Politik nationaler Wiedervereinigung zu sehen, waren sie doch auch eindeutig darauf orientiert, einen geeigneten Rahmen für die wirtschaftliche Integration des Festlandes mit Hong Kong, Macau und Taiwan zu schaffen. Damit wurden sie auch zu Schleusen zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen China.<sup>112</sup>

Obwohl bereits Mitte der achtziger Jahre eine deutliche Erhöhung des Außenhandelsvolumens und eine positive Veränderung der Außenhandelsstruktur eintrat, blieben die Unternehmen noch auf den Binnenmarkt orientiert. Mit zunehmender Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und der damit verbundenen Überwindung der inländischen Güterknappheit kam primär in den Küstenregionen eine stärker exportorientierte Entwicklungsstrategie zur Anwendung. Die Küstenregionen und später auch die Inlandsregionen sollten dabei ihre komparativen Kostenvorteile, insbesondere die niedrigen Löhne, zur Integration in die Weltwirtschaft nutzen, um Rohstoffe und Halbfertigwaren einzuführen und die fertigen Produkte auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Die weitergehende Liberalisierung des gesamten Außenwirtschaftssystems (z.B. die Zulassung von Unternehmen mit Auslandskapital und Außenhandelsrechten) in den neunziger Jahren verbesserte zwar die außenwirtschaftliche Integration der Inlandsprovinzen, doch die Küstenregionen blieben bei weitem stärker mit der globalen Wirtschaft verflochten als das Inland.<sup>113</sup>

Obwohl der Anteil der Hightechproduktion in den Sonderwirtschaftszonen im Vergleich zu der arbeitsintensiven Veredelung von Halbfertigprodukten (z.B. Textilien, Spielzeug usw.) 1999 bereits 45% des Exportvolumens ausmachte, ist der Beitrag zur Entwicklung neuer Technologien aber noch relativ gering. Die Konzentration der Außenwirtschaftsentwicklung auf den sog. „process trade“, also der Zulieferung von Teilen und Zwischenprodukten zur Endmontage, hat neben dieser Innovationsträgheit noch zur Folge, dass die Sonderwirtschaftszonen keine engen Wirtschaftsbeziehungen zum Inland aufbauen, da die Zulieferer aus dem Ausland stammen.<sup>114</sup>

---

<sup>111</sup> Vgl. Herrmann-Pillath, 1995, S. 130-131

<sup>112</sup> Ebd.

<sup>113</sup> Vgl. Schüller, 2000, S. 171

<sup>114</sup> Vgl. Schüller Margot und Diep, Luong: „Shanghai - Modell für Chinas Wirtschaftsentwicklung?“, in: China aktuell, 10/2001, S. 1101 ff

Trotzdem sind die ausländischen Direktinvestitionen (ADI), als wesentlicher Bestandteil des Zustromes von Auslandskapital, für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Chinas von herausragender Bedeutung. Zumal damit gleichzeitig der Transfer von Humankapital in Form von technischem Wissen, Managerfähigkeiten und Weltmarktkompetenzen verbunden ist. In den Jahren 1991-97 trugen die ausländischen Unternehmen in zunehmendem Maße zu den gesamten inländischen Anlageinvestitionen, zu den Exporten und zur Beschäftigung bei. Den Löwenanteil der ADI stellen die Auslandschinesen in Hong Kong und Taiwan, die durch die geographische und kulturelle Nähe geradezu prädestiniert sind, die damit verbundenen niedrigen Transaktionskosten für ihre Investitionen in Produktionsanlagen zu nutzen.<sup>115</sup>

Der Beitrag der Außenwirtschaft ist für die wirtschaftliche Reformpolitik und das benötigte Wachstum unverzichtbar (Das Außenhandelsvolumen Chinas betrug 2002 621 Milliarden US-Dollar und damit 50% des BIP). China ist damit in viel stärkerem Maße als jemals zuvor auf die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit angewiesen. Die damit verbundene Ökonomisierung der Außenpolitik zeigte sich bereits deutlich am Interesse der Volksrepublik an der Aufnahme in die bisher gemiedenen Bretton-Woods-Institutionen wie Weltbank und internationaler Währungsfonds sowie den Beitritt zur Welthandelsorganisation 2001.<sup>116</sup>

Ermutigt von den Erfolgen der Privatisierung in der Landwirtschaft und ab 1984 in der Industrie begannen die Reformer mit der allmählichen Öffnung für den privaten Sektor, der sich schnell zu einem weiteren Träger der Gesamtwachstumsdynamik entwickelte. Dieser nicht-staatliche Sektor besteht, neben den „Joint Venture“-Unternehmen in kollektivem Besitz von staatlichen und privaten Investoren, aus Einzelgewerben des Handels, Handwerks und Dienstleistungen und ausländischen Unternehmen. Nach der verfassungsrechtlichen Verankerung der Privatunternehmen 1988 (grundsätzliche Anerkennung der privatwirtschaftlichen Eigentumsrechte) und der Etablierung der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ 1992 explodierte der private Sektor förmlich. 1990 wurden bereits 1,3 Millionen Einzelgewerbe und 9.800 Privatunternehmen, mit einem Anteil von 10% am gesamten Industrieoutput, gezählt.

---

<sup>115</sup> Vgl. Schüller, 2000, S. 174-175

<sup>116</sup> Vgl. Friedrich, Stefan: „Außenpolitik“, in: „Länderbericht China“, Darmstadt, 2000, S.120



Bis 1999 wurden daraus 6,12 Millionen Einzelgewerbe und 91.800 Privatunternehmen, mit insgesamt 40% des industriellen Produktionsanteils.<sup>117</sup>

Diese Entwicklung wird kontinuierlich durch institutionelle Reformen abgestützt. So wurde im März 1999 der verfassungsrechtliche Status der Privatwirtschaft von der vorgängigen Formulierung „Die Privatwirtschaft ist eine Ergänzung der sozialistischen Gemeineigentumswirtschaft...“ in „Die Wirtschaftssektoren der Individualwirtschaft und Privatwirtschaft sind wichtige Bestandteile der sozialistischen Wirtschaft...“ geändert. Mit dieser Änderung wurde die Rolle des Privatsektors erheblich aufgewertet. Weiter verstärkt wurde der Trend durch den Parteitagbeschluss im November 2002 zur Öffnung der Parteimitgliedschaft für Privatunternehmer, der wiederum ihren Status erheblich hob und ihnen gleichzeitig neue Möglichkeiten der informellen Zusammenarbeit mit den Parteikadern eröffnete.<sup>118</sup>

Problematisch für die Entwicklung des Privatsektors waren bis 1999 die vielfältigen künstlichen Marktzugangsbarrieren der Provinzregierungen zum Schutz der lokalen Staatsindustrie, wie z.B. Lizenz- und Zertifikatvergabe oder direkte Marktsperren für Wirtschaftsbereiche mit Ressourcenknappheit oder mit zentraler Bedeutung für die Gesamtwirtschaft bzw. Staatssicherheit. Durch die Beseitigung unscharfer Gesetzesformulierungen, die den Spielraum der Lokalbehörden schuf, gelang es der Zentralregierung zwischen 1999-2001 jedoch, einen Großteil dieser Hindernisse zu beseitigen. Ein anderes Problem für die Entfaltung privatwirtschaftlicher Unternehmungen ist die zögerliche Kreditvergabe des immer noch staatlichen Bankwesens aufgrund fehlender Kreditbürgschaften, mangelnder persönlicher Beziehungen, nach wie vor bestehender politischer Restriktionen und der geringen Unternehmensgröße. Dieses Hindernis wird sich aber erst mit dem, bislang nur angekündigten, Rückzug des Staates aus dem Bankwesen beseitigen lassen.<sup>119</sup>

### **3.3.2.1. Die Agrarreform**

Wenn man die erste Phase der Agrarreformen von 1978-82 abgrenzt, lassen sie sich im Wesentlichen auf zwei Maßnahmen reduzieren. Zum einen die Anhebung der Ankaufspreise innerhalb des staatlichen Ankaufsystems bei gleichzeitiger schrittweiser Öffnung der vorher unterdrückten ländlichen Märkte und zum anderen die Einführung eines Pachtsystems, bei dem

---

<sup>117</sup> Vgl. Cho, 2005, S. 38-39

<sup>118</sup> Vgl. Schüller, Margot: „Chinas Privatunternehmen“, in: China aktuell, 08/2003, S. 973 ff.

<sup>119</sup> Ebd.

die Pflichten der einzelnen bäuerlichen Haushalte gegenüber dem landbesitzenden Kollektiv (Dörfer und Gemeinden) vertraglich festgelegt wurden, die ihnen im Gegenzug die Nutzungsrechte am Land übertrugen. Diese Phase war formell mit der Abschaffung der Volkskommunen durch eine Verfassungsänderung 1982 abgeschlossen. Da die Bauern gleichzeitig mit einer rasch zunehmenden Menge an staatlichem Kunstdünger versorgt wurden, war eine schnelle Ausweitung der Agrarproduktion, zumindest bis Mitte der achtziger Jahre, die Folge, was wiederum auch die politischen Skeptiker zu einer Fortführung der Reformpolitik bewog.<sup>120</sup>

Auch nach der Abschaffung der Volkskommunen blieb Grund und Boden ausschließlich kollektives Eigentum der Gemeinden und Dörfer, bewirtschaftet wurde er aber durch die Haushalte nach dem „Produktionsverantwortungssystem“. Der in der Regel auf 15 Jahre (mit Verlängerungsoption) verpachtete Boden wurde eigenverantwortlich bewirtschaftet und die Produktion selbst vermarktet. Es mussten jedoch eine Landwirtschaftssteuer und eine feste Liefermenge an den Staat (zu Festpreisen) sowie eine Abgabe an das Kollektiv abgeführt werden. Die benötigten Betriebsmittel und Dienstleistungen mussten die Haushalte selbst bezahlen. Obwohl es den Dörfern und Gemeinden überlassen blieb, ob ihre Landbewirtschaftung weiterhin kollektiv oder in kleinbäuerlichen Familienbetrieben erfolgte, praktizierten 1981 bereits 96% aller Produktionsteams das „Verantwortlichkeitssystem“.<sup>121</sup> Die durch die Auflösung der Volkskommunen freigesetzten Arbeitskräfte durften jetzt selbst die Art und den Ort ihrer Beschäftigung bestimmen. Allerdings mussten für einen Ortswechsel sowohl das bisherige als auch das zukünftige Kollektiv zustimmen, eine unkontrollierte Abwanderung in die Städte wurde so vermieden. Für infrastrukturelle Aufgaben durften die Kollektive für einige Tage im Jahr über ihre Mitglieder ohne Bezahlung verfügen. Die vor 1978 angeschafften Produktionsmittel wurden entweder weiterhin als Gemeinschaftseigentum genutzt oder den Haushalten direkt verpachtet bzw. verkauft. Das landwirtschaftliche Planungssystem entwickelte sich von der anfänglich noch beibehaltenen imperativen staatlichen Produktmengenplanung, die in den Pachtverträgen fixiert war, über einen mehr indikativen Plan mit staatlichem Zwangs- bzw. Quotenankauf für bestimmte Güter, zu einem System „gekoppelter Ankaufsverträge“ ab 1987, bei dem der Verkauf von Handelsgetreide an den Staat zu Preisen unter dem Marktwert für den vorgeschossenen

---

<sup>120</sup> Vgl. Herrmann-Pillath, 1995, S. 130

<sup>121</sup> Vgl. Kollin-Hüssen, Verena: „Agrarreformen in der Volksrepublik China seit 1978“, Hamburg, 1990, S. 51-53

Bezug von Kunstdünger und Dieseltreibstoff mit staatlich stark subventionierten Preisen berechnete.<sup>122</sup>

Ab 1980 rückte die Entwicklung der landwirtschaftlichen Industrie zunehmend in den Vordergrund. Zum einen wegen ihrer Bedeutung für die notwendige Intensivierung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Entwicklung überhaupt, aber auch wegen der neuen Beschäftigungsmöglichkeiten der ländlichen, zunehmend überschüssigen Arbeitskräfte und der Steigerung des allgemeinen ländlichen Lebensstandards. Zunächst wurden die Betriebe vom Volkseigentum in das der Kollektive überführt und die Bildung von Individualunternehmen, auf der Grundlage des Handwerks und der seit 1978 wieder zugelassenen bäuerlichen Nebengewerbe, genehmigt und gefördert.<sup>123</sup> Die „gesunde“ Entwicklung der ländlichen Industrie sollte ab 1987 durch die Koordination einer „geplanten Führung“ mit der Regulierung durch den Markt erreicht werden. Das bedeutet, die Entwicklung der ländlichen Industrie wurde von da ab durch Angebot und Nachfrage auf den Faktor- und Produktmärkten geregelt. Im Gegensatz zu der Zeit vor 1978, mit der Beschränkung auf örtliche Beschaffungs- und Absatzmärkte, hatten die Unternehmen mittlerweile einen unbeschränkten Zugang zu nationalen und internationalen Märkten. Die „geplante Führung“ betraf weiterhin die Bereiche: Allgemeine Richtlinien (z.B. ein Konkurrenzverbot ländlicher mit städtischer Industrie), Zulassungsbeschränkungen (z.B. verbotene Branchen), Mengenplanung und Preisplanung.<sup>124</sup> 1987 wurde auch für die ländliche Industrie ein „Verantwortlichkeitssystem“ eingeführt. Hier bedeutete dies den Rückzug der Partei aus der Unternehmensführung, das Einräumen unternehmerischer Freiheit und die Demokratisierung der Betriebsführung. Die kollektiven Eigentümer schlossen mit der Betriebsleitung einen Vertrag über die Unternehmensziele ab, das Management entschied während der Vertragszeit über Produktion, Beschaffung und Absatz. Bei Übererfüllung der Ziele bekam die Betriebsleitung Einkommensprämien, bei Untererfüllung Einkommensabzüge.<sup>125</sup> Zur finanziellen Unterstützung des Investitionsbedarfes der ländlichen Industrie legte der Staat Schuldverschreibungen auf, vergab Darlehn und gewährte

---

<sup>122</sup> Ebd., S. 54-60

<sup>123</sup> Vgl. Hüssen, 1991, S. 25-27

<sup>124</sup> Ebd., S. 36-39

<sup>125</sup> Ebd., S. 45-49

Steuervergünstigungen. Außerdem wurden ländliche Kleinstädte aufgebaut, in denen sich die ländliche Industrie von „innen“ heraus weiterentwickeln sollte.<sup>126</sup>

Parallel zu den Reformmaßnahmen in der Landwirtschaft und ländlichen Industrie wurden auch die ländlichen Märkte für den Privathandel, als unverzichtbare Strukturkomponente für die Entwicklung der Erstgenannten, ab 1978 wieder zugelassen und in der Folge konsequent aufgebaut. Die Beschränkungen für den überregionalen Fernhandel wurden aufgehoben, das staatliche An- und Verkaufssystem schrittweise abgeschafft und die Preise von landwirtschaftlichen und kleinen industriellen Produkten schrittweise freigegeben. Die Herstellung günstiger Rahmenbedingungen für die Entwicklung ländlicher Märkte war in der Folge sowohl quantitativ (Verdoppelung der absoluten Anzahl 1978 bis 1993 auf 33.300 Märkte) als auch qualitativ (mehr Spezial- und Großhandelsmärkte) erfolgreich. Ebenfalls im Zeitraum 1978-1993 verzehnfachte sich das gesamte Umsatzvolumen von 17 Mrd. Yuan auf 195 Mrd. Yuan.<sup>127</sup>

Nach dem, durch Dekollektivierung und Anreizschaffung generierten, anfänglich äußerst starken Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion nahm dessen Dynamik bereits Ende der achtziger Jahre spürbar ab. Ein altes Problem der chinesischen Landwirtschaft stellte sich wieder ein, die durch Pachtlandvergabe an die Haushalte restaurierte Parzellierung der Anbaufläche. Seitdem macht die, auch durch die naturgegebene Gartenanbauweise bedingte, Bewirtschaftung mit kleinsten Bauernhöfen wieder Schwierigkeiten bei der Intensivierung der Landwirtschaft, da es nicht zu investitionsrelevanten Kapitalakkumulationen kommt und der Einsatz von Maschinen auf den unebenen Parzellen oftmals weder lohnend noch sinnvoll ist. Das macht die chinesische Landwirtschaftsproduktion auf dem Weltmarkt nicht besonders wettbewerbsfähig, zumal sich die Lage seit dem WHO-Beitritt und der damit verbundenen Öffnung der Agrarmärkte noch verschärft. Da aber, im Gegensatz zum relativen Anteil am BIP (der aufgrund der industriellen Prosperität schwindet), der Agrarsektor 2002 immer noch 50% der gesamten Arbeitsplätze Chinas stellt, wird die Landwirtschaftsreform die chinesische Politik noch lange intensiv beschäftigen.<sup>128</sup>

---

<sup>126</sup> Ebd., S. 52 u. 56-57

<sup>127</sup> Vgl. Zhu, Hongxing: „Das System der ländlichen Märkte in der Volksrepublik China“, Hamburg, 2000, S. 43-47

<sup>128</sup> Vgl. Schüller, Margot: „Chinas Landwirtschaft – Neue Entwicklungstrends nach dem WTO-Beitritt“, in: China aktuell, 05/2004, S. 515 ff.

### 3.3.2.2. Die Industriereform

Für die städtische Industrie bestanden die ersten Schritte der Reform ab 1978 zunächst einmal aus der Reformierung des hochzentralisierten maoistischen Verwaltungssystems, durch das die Betriebe derart eingeschränkt waren, dass von ihnen keine Aktivitäten zur Belebung der Wirtschaft ausgehen konnten. Die Betriebe waren in die starren Plankennziffern einer staatlichen Planungskommission eingebunden, ohne die Marktnachfrage berücksichtigen zu können. Das führte in der Regel zu Planungsengpässen und zur Überbetonung von Produktionsmengen auf Kosten der Qualität. Die theoretische Grundlage der Reform des Planungssystems war die Erkenntnis, dass im chinesischen Sozialismus eine marktgerechte Warenproduktion bestehen müsse, um die Entwicklung der Wirtschaft bestärken und beschleunigen zu können.<sup>129</sup> In der „Erweiterung der Eigenverantwortung von Industriebetrieben“ kam die neue Anerkennung der Betriebe als unabhängige Warenproduzenten mit eigenen Wirtschaftsinteressen zum Ausdruck. Bis 1984 wurde zunächst in einigen Betrieben der Provinz Sichuan und dann zunehmend in immer mehr Betrieben verschiedener Provinzen eine neue Managementform getestet, die den Betrieben das Recht zugestand, bei Erfüllung des Gewinnplans 5% und bei Übererfüllung 20% des Planüberschusses einzubehalten. Das günstige Abschneiden der Testbetriebe, die 1980 bereits über 35,2% mehr Finanzmittel verfügten als 1978, ermöglichte den Reformern die Erweiterung der Sonderrechte in der Disposition, Distribution und Investition.<sup>130</sup>

Der reformerische Durchbruch für die industriellen Staatsunternehmen kam dann mit dem Beschluss des 3. Plenums des XII. ZK im Oktober 1984 zu einer umfassenden Markt- und Wirtschaftsstrukturereform. Die positiven Erfahrungen mit der Agrarreform und der ländlichen Leichtindustrie (die Staatsunternehmen kamen auch zunehmend durch die privaten Unternehmen unter Wettbewerbsdruck) sollten nun auf die städtische Wirtschaft übertragen werden. Gleichzeitig wurde das Schwergewicht der Reformpolitik wieder auf die städtische Industriewirtschaft (nicht wie vor 1978 ausschließlich Schwerindustrie) gelegt. Die Reformbeschlüsse des XII. ZK gliedern sich in die folgenden 10 Punkte<sup>131</sup>:

1. Das Dorf ist Reformvorbild für die Städte. Hier ist insbesondere an die Verbreitung des vertraglichen „Verantwortungssystems“ in der städtischen Industriewirtschaft zu denken.
2. Mehr Markt, weniger Staat

<sup>129</sup> Vgl. Braumann, Freddy: „Die Erweiterung der Eigenverantwortung staatlicher Industriebetriebe Chinas“, in: „Wirtschaftsreformen in der VR China 1978-1982“, Frankfurt am Main, 1983, S. 8-10

<sup>130</sup> Ebd., S. 14-20

<sup>131</sup> Vgl. Awater, 1998, S. 295

3. Die Staatsbetriebe erhielten Autonomie bei der Erstellung von Produktionsplänen, bei der Rohstoffbeschaffung, der Produktionsdurchführung, der Preisgestaltung, der Personalpolitik sowie bei den Finanzen. Sie sollten eigenverantwortlich sein für Gewinn und Verlust.
4. Ziel der Reform ist die Schaffung einer „geplanten sozialistischen Warenwirtschaft“. Die Befehlsplanung soll nach Möglichkeit durch eine Rahmendaten setzende Indikativplanung ersetzt werden.
5. Die durchzuführende umfassende Reform des staatlich administrierten Preissystems müsse von Unternehmens-, Steuer-, Banken- und Finanzreformen begleitet sein.
6. In den Betrieben soll der Bürokratismus durch ein echtes betriebliches Management abgelöst werden.
7. Das Leistungsprinzip soll den maoistischen Egalitarismus ablösen. Einige (Regionen, Betriebe, Individuen) sollen schneller reich werden dürfen als andere.
8. Pluralismus der Eigentumsformen: Neben Staats- und Kollektivbetrieben sollen verstärkt Privatbetriebe treten, die eine wichtige Ergänzungsfunktion im Wirtschaftssystem ausüben. Auch eine Verpachtung (kleinerer) Staatsbetriebe an Privatpersonen oder die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen zwischen öffentlichen und privaten Betrieben ist möglich.
9. Die Ausbildung von qualifiziertem Fachpersonal wird vorangetrieben.
10. Die Durchführung der Reformen muss unter der Führung der KPCh erfolgen.<sup>132</sup>

Wenn die Regierung hierbei nicht von einer Reform des Wirtschaftssystems, sondern von Wirtschaftsstrukturen spricht, so ist dies ein Hinweis darauf, dass das Ziel der Reformen eine Sanierung der Staatswirtschaft war und eine konsequente Privatisierungspolitik dagegen grundsätzlich ausgeschlossen blieb. Der Staatssektor sollte vielmehr unverändert die Grundlage des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sein und durch die Reformen wettbewerbsfähig gemacht werden. Als unveränderliche Basis des Sozialismus galten also den Reformern um Deng Xiaoping die Dominanz des öffentlichen (staatlichen und kollektiven) Eigentums an den Produktionsmitteln und insbesondere die Dominanz des Staatseigentums in industriellen Kernsektoren.<sup>133</sup>

---

<sup>132</sup> Vgl. Awater, 1998, S. 295-296

<sup>133</sup> Ebd., S. 296

Hier am Grundstock der „zweigleisigen“ Transformationsstrategie wird, mit Blick auf die konkreten Reformmaßnahmen im Vergleich zur Zielsetzung, eine der Ursachen der immer wieder zutage tretenden Widersprüche der Reformpraxis zwischen den dichotomen Systemen deutlich. Diese Widersprüche manifestieren sich, wie wir noch sehen werden, auch in den periodisch anwachsenden sozialen Spannungen.

Da die Staatsunternehmen trotz der tiefgreifenden Veränderungen der internen und externen Bedingungen und der Einführung des „Verantwortungssystems“ für die Betriebsleitung nach dem Muster der ländlichen Industrie weiterhin ein Anhängsel der Behörden geblieben war (wegen der zahlreichen informellen Beziehungen zwischen Unternehmensleitung und Parteikadern), wurde Anfang der neunziger Jahre zunehmend die Umwandlung der Betriebe in Kapitalgesellschaften gefordert. Rückläufige Gewinne und Steuerzahlungen der Staatsunternehmen bei steigendem Subventionsbedarf belasteten den Staatshaushalt und das Bankensystem mit der Zeit immer stärker. Vor diesem Hintergrund wurde auf dem XV. Parteitag der KPCh im September 1997 für die weitere Reform der staatlichen Industrie die Privatisierung von mittleren und kleinen Staatsunternehmen sowie die Umstrukturierung von Unternehmen in Kapitalgesellschaften (mit staatlicher Anteilsmajorität) bzw. die Fusion zu Unternehmensgruppen sowie die Möglichkeiten der Insolvenz und der Entlassung überschüssiger Arbeitskräfte beschlossen.<sup>134</sup> Um den unkontrollierten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu begrenzen, wurde jedoch 1998 das Tempo der Privatisierung zurückgenommen.

Überkapazitäten und ein extremer Preiswettbewerb bei schwacher Konsumgüternachfrage kennzeichnet nach wie vor die Situation vieler staatlicher Industriebetriebe. Als Ursache dieser Entwicklung gelten Überkapazitäten der Produktion, veraltete Produktionsausrüstungen und Technologien sowie niedrige Skalenerträge. Die schnelle Steigerung der chinesischen Exporte seit Anfang der neunziger Jahre weisen zwar auf eine Anpassung der Produktion, zumindest eines Teils der Industrie, an internationale Standards hin. Dazu haben aber vor allem die nicht-staatlichen Unternehmen und die mit ausländischem Kapital beigetragen, deren Anteil an der industriellen Produktion (1999; 74%) permanent steigt.<sup>135</sup>

---

<sup>134</sup> Vgl. Schüller, 2000, S. 162-164

<sup>135</sup> Ebd., S. 164-165

Obwohl der Anteil des Staatssektors an der Industrieproduktion stetig zurückgeht, spielt er im Bezug auf Beschäftigung und industrielle Wertschöpfung weiter eine dominierende Rolle. Der Umfang des Staatssektors hinsichtlich Vermögen, Investitionen, Beschäftigung und Produktion wurde auch in der Reformära bis 1995 kontinuierlich erhöht. 1995 waren ca. 60% der gesamten städtischen Beschäftigung (112,6 Mio.) in den 127.600 Staatsbetrieben verortet. Der Staatssektor besitzt auch nach wie vor den größten Anteil am staatlichen Nettoanlagevermögen und den Anlageinvestitionen. Deshalb werden die großen Staatsunternehmen in den Schlüsselbereichen (Verkehr, Telekommunikation, Hochtechnologie und Finanzsektor) weiterhin vom Staat, der hier seine Eigentumsrechte nicht aufgibt, gefördert und geschützt.<sup>136</sup>

### **3.3.2.3. Die makroökonomische Steuerung**

Im Verlauf der Transformation des Wirtschaftssystems nahm die Bedeutung der dezentralen gegenüber der zentralen Planung und der Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten durch den Marktmechanismus gegenüber administrativen Anweisungen zu. Mit der schrittweisen wirtschaftlichen Liberalisierung gewannen Knappheitspreise an Bedeutung und die Reform des Preissystems rückte in den Mittelpunkt reformpolitischer Anstrengungen. Ging es in der ersten Preisreformphase (1979-84) noch um die Anpassung der staatlich festgelegten Preise (hauptsächlich in der Landwirtschaft) an die tatsächlichen Produktionskosten, lag der Schwerpunkt bereits 1985 auf der schrittweisen Freigabe und der Einführung eines zweigleisigen Preissystems mit staatlich bestimmten Preisen, vor allem für Grundnahrungsmittel und wichtige industrielle Rohstoffe, sowie marktbestimmte Preise, für nicht lebensnotwendige Konsumgüter.<sup>137</sup> Zu den Preiskategorien im dualen Preissystem zählten die staatlich fixierten Preise neben sog. Leitlinienpreisen, bei denen die Unternehmen ihre Preise innerhalb einer oberen und unteren Preisgrenze selbst bestimmten. Die dritte Kategorie waren freie Marktpreise. Anfangs war dieses Preissystem auf wenige Warengruppen und auf die Überschussproduktion der Unternehmen begrenzt. 1985 wurde das duale Preissystem umfassend eingeführt und es gab von da an für die meisten Produkte einen staatlichen Preis der geplanten Abliefernengen und einen Marktpreis für Überschussproduktionen, der dann den staatlichen Preis bis zum Dreifachen übersteigen konnte. Ab 1990 verschwanden die staatlich fixierten Preise mit der zunehmenden

---

<sup>136</sup> Vgl. Cho, 2005, S. 39 u. 45

<sup>137</sup> Vgl. Schüller, 2000, S. 148-149



Freigabe der meisten Produkte zugunsten der Leitlinien- und Marktpreise, 1992 waren nur noch 89 Produkte der staatlichen Preisfestlegung unterworfen.<sup>138</sup>

1978 war die Chinesische Volksbank die einzige Finanzinstitution in China. Die nach Verwaltungsbezirke verteilten Zweigstellen führten ihre Geschäfte unter der zentralen Führung und mit einheitlichem Plan. Alle Aktivitäten der Bank waren in aggregierten Konten für Kreditvergabe, Ausgaben und Einnahmen auf zentraler Ebene zusammengefasst. Die Chinesische Volksbank war Finanzverwaltungsbehörde und zugleich eine Institution für konkrete Bankgeschäfte, sie vereinte die Funktionen von Zentralbank und Geschäftsbank unter einem organisatorischen Dach.

Bei der Leitung des Finanzwesens stütze sie sich auf Verwaltungsmethoden und nicht auf ökonomische Kriterien.<sup>139</sup> Seit Beginn der Reformen hat sich das chinesische Finanzsystem grundlegend verändert und die Chinesische Volksbank ist funktional neu gegliedert worden. Sie besteht heute aus der Zentralbank, den staatlichen Spezialbanken und den staatlichen Geschäftsbanken. China verfügt damit über ein staatliches zweistufiges Bankwesen. Die Chinesische Volksbank fungiert als Zentralbank und weist die gängigen Charakteristika der westlichen Zentralbanken auf. Sie ist Emissionsbank, Bank der Banken und Bank der Regierung. Neben der Chinesischen Volksbank umfasst die inländische Struktur des Finanzwesens drei spezielle staatliche Förderbanken (Staatliche Förderbank, Chinesische Im- und Exportbank, Chinesische Bank für Landwirtschaftliche Entwicklung), vier staatliche eigenständige Geschäftsbanken (Chinesische Industrie und Handelsbank, Chinesische Landwirtschaftsbank, Bank von China, Chinesische Aufbaubank) sowie ca. 20 weitere Geschäftsbanken, Wertpapierfirmen, Treuhand-Investitionsgesellschaften, Leihhäuser, städtische und ländliche Kreditgenossenschaften und zehn Versicherungsgesellschaften. Hinzu kommen seit 1985 zugelassene ausländische Bankniederlassungen, hauptsächlich in den Wirtschaftssoonderzonen. Obwohl der Anteil an der gesamten Kreditsumme der vier staatlichen Geschäftsbanken sinkt, haben sie immer noch Monopolcharakter auf dem chinesischen Kapitalmarkt.<sup>140</sup>

Weitere Strukturreformschritte erfolgten 1998. Zum einen wurde die noch bestehende Kreditobergrenze für die vier staatlichen Geschäftsbanken vollständig abgeschafft, die

---

<sup>138</sup> Ebd., S. 150

<sup>139</sup> Vgl. Feng, Zhaobai und Cao Tinggui: „Über einige Probleme des chinesischen Banksystems“, in: „Der lange Marsch in die Marktwirtschaft“, Berlin, 1999, S. 139

<sup>140</sup> Ebd., S. 140-141

Refinanzierung sollte nunmehr nur noch marktkonform erfolgen. Zum anderen gab die Zentralbank die Senkung der gesetzlichen Mindestreservesätze von 18-20% auf 8% bekannt, um sich schrittweise an das internationale Niveau der Mindestreservehaltung anzunähern.<sup>141</sup>

Eines der Hauptprobleme für die weitere marktwirtschaftliche Transformation stellt die große Summe uneinbringlicher bzw. gefährdeter Kredite an die Staatsunternehmen aus der planwirtschaftlichen Zeit dar. Die mit der Bedienung ihrer schlechten Kredite im Rückstand befindlichen Staatsbetriebe schwächen die Fähigkeit der Zweigstellen aller chinesischen Geschäftsbanken, marktwirtschaftlich zu handeln, besonders wenn der staatliche Ausgleich durch den Haushalt entfiel.<sup>142</sup>

#### **3.3.2.4. Das Rechtswesen**

In der chinesischen Rechtstradition ist das Gesetzeswerk kein Instrument zum Schutz des einzelnen Individuums, beispielsweise zum Schutz gegen Übergriffe der Obrigkeit, und auch kein Medium zur Regelung zwischenmenschlicher Beziehungen aller Art, sondern ein Werkzeug der Obrigkeit zur Wahrung der kosmisch-ethisch-sozialen Ordnung, zur Disziplinierung der Bevölkerung und zur Reglementierung der Bürokratie. Die Bevölkerung stand gewissermaßen außerhalb des Gesetzesrechts und demzufolge dem Gesetz, das ja nicht ihr, sondern der Obrigkeit diene, mit Desinteresse, Furcht und Abneigung gegenüber. Während drei Jahrtausenden fehlte in China eine eigentliche Rechtswissenschaft und die Allmacht der Behörden blieb vom juristischen Sachverstand unangefochten.<sup>143</sup> In der VR China wurde unmittelbar nach der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik 1982 eine neue Verfassung verabschiedet, die das Interesse der nachmaoistischen Führung an einer Konsolidierung des in der Kulturrevolution stark geschwächten Staatsapparates widerspiegelte. Die politische Führungsrolle der Partei, die unitaristische Staatsorganisation, die Gewaltenkonzentration und der „Demokratische Zentralismus“ bilden die Kernprinzipien dieser chinesischen Verfassung.<sup>144</sup> Ihrem Wesenskern nach ist sie demnach ein Instrument der KPCh zur Festigung ihrer Herrschaft. Der alleinige Führungsanspruch der Partei wird in der Präambel und in Art. 1 rechtlich abgesichert, ebenso wie

---

<sup>141</sup> Vgl. Pan, Deping: „Anmerkungen zur Strukturreform des chinesischen Finanzwesens“, in: „Der lange Marsch in die Marktwirtschaft“, Berlin, 1999, S. 171

<sup>142</sup> Ebd., S. 171-172

<sup>143</sup> Vgl. von Senger, Harro: „Einführung in das chinesische Recht“, München, 1994, S. 21-22

<sup>144</sup> Vgl. Heilmann, 2000, S. 120

Deng Xiaopings „Vier Prinzipien“ in der Präambel Abs. 7. An diesen Grundbestimmungen der Verfassung von 1982 hat sich bis heute dem Wesen nach nichts geändert. Auf der anderen Seite ist die Verfassung der VR China das juristische Echo der jeweiligen politischen Linie. Deshalb wurden entsprechend der Entwicklung des „Sozialistischen Modernisierungsaufbaus“ zwei Teilrevisionen durchgeführt. Erstens wurde im April 1988 in einem Zusatz des Art. 11 die Privatwirtschaft im Sinne einer Ergänzung der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ und die Übertragung des Nutzungsrechts an Grund und Boden erlaubt. Zweitens wurde die Präambel im März 1993 dahingehend geändert, dass sich China in der „Anfangsphase des Sozialismus“ befinde, sich nach der Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung richte, an Reform und Öffnung festhalte und das System der Mehrparteienzusammenarbeit unter der Führung der KPCh befolge.<sup>145</sup>

In Art. 32 und 50 werden die legitimen Rechte und Interessen der Ausländer, der im Ausland ansässigen chinesischen Staatsbürger sowie deren Familienangehörigen im Inland und der zurückgekehrten Auslandschinesen explizit geschützt. In der VR China steht das Recht der internationalen Verträge über dem nationalen chinesischen Recht. Bis Ende 1992 war China bereits Vertragspartei von mindestens 176 multilateralen und mehreren tausend bilateralen internationalen Übereinkünften.<sup>146</sup>

Wenn wir Europäer den Ausdruck „Rechtsstaat“ gebrauchen, so meinen wir damit einen Verfassungsstaat, der von Anfang an auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut und im Sinne der Verhinderung von Machtkonzentration organisiert ist, um so den Staatszweck, die Garantie von Freiheit, zu ermöglichen.

Wie sieht es nun mit der Umsetzung von Recht und der Beschränkung von staatlicher Willkür in der VR China aus?

1999 wurde die Verfassung dahingehend geändert, dass die Verwaltung „gemäß den Gesetzen“ erfolgen und ein „Sozialistischer Rechtsstaat“ aufgebaut werden soll. Diese Formulierungen fassen konzeptionelle und legislatorische Bestrebungen zusammen, die bereits 1979 mit dem Erlass des Strafgesetzbuches und des Strafprozessgesetzes begonnen hatten und einen ersten Schritt weg von der totalen Beliebigkeit der maoistischen Strafgewalt bedeuteten.<sup>147</sup> 1989 stieß

<sup>145</sup> Vgl. von Senger, 1994, S. 50-51

<sup>146</sup> Vgl. von Senger, 1994, S. 43 u. 51

<sup>147</sup> Vgl. Heuser, Robert: „Der Weg des ‚chinesischen Rechtsstaats‘: In neuen Schuhen auf alten Pfaden?“, in: China aktuell, 11/2004, S. 1221 ff.

das Verwaltungsprozessgesetz mit dem Grundsatz „Verwalten nach den Gesetzen“ hinzu und ermöglichte es den Bürgern, gewisse, im Gesetz als klagbar aufgeführte, Verwaltungsentscheidungen, durch die sie beschwert waren, gerichtlich überprüfen zu lassen. Das Mitte der neunziger Jahre eingeführte Staatshaftungsgesetz zur Haftung für durch rechtswidriges Handeln der Beamten entstandene Schäden, Anhörungsrechte im Verwaltungsstrafverfahren und im Verwaltungsgenehmigungsverfahren zielen ebenfalls auf die Bindung staatlicher Willkür ab.<sup>148</sup>

Es sind im Wesentlichen diese Neubildungen, die bei westlichen Beobachtern die Vorstellung des chinesischen Rechtsstaats wach rufen. Einerseits deutlich zu unrecht, weil die rechtsstaatsassoziativen Konstruktionen nicht auf Gewaltenteilung beruhen, die Verfassung, im Gegenteil, die Gewalteneinheit als Prinzip leninistischer Staatslehre verkörpert. Damit macht die Garantie der Freiheitsrechte nicht das Essentielle der Staatsorganisation aus, was in westlicher Begrifflichkeit China als Verfassungsstaat ausschließt. Die neugebildeten Institutionen sind somit nicht Zeichen einer Rechtsstaatstendenz, sondern Ausdruck einer modernen Variante traditionschinesischer Herrschaftsordnung und Herrschaftstechnik. Es geht vielmehr um den „Gesetzesstaat“ und die Methode der Gesetzesherrschaft mit der Instrumentalisierung der Gesetze für die Zwecke der chinesischen Staatspartei. Diese Zwecke sind erstens die Sicherung der eigenen Herrschaft und zweitens die Wirtschaftsreform. Unter den Bedingungen fehlender Gewaltenteilung ist die Justiz nicht als „dritte Gewalt“ organisiert, sondern als eine Staatsbehörde, die keine Praxis und keinen Ethos der Eigenständigkeit entwickelt hat. Stattdessen versteht sie sich als Instrument der Exekutive.<sup>149</sup>

Wenn man andererseits den manchmal hinderlichen Erfahrungshorizont jahrhundertelanger europäischer Entwicklung abstreift, könnte auch die Möglichkeit bestehen, dass sich der Rechtsstaat nicht zwingend nach dem westlichen Modell, auf der Grundlage eines gewaltenteilenden Staates entfaltet, sondern sich als Ergebnis eines längeren Entwicklungsprozesses allmählich ein Mechanismus von Machtmäßigung und Rechtsschutz herausbildet. Wenn man die historischen Gegebenheiten Chinas bedenkt, kann der chinesische Weg zur Kontrolle staatlicher Willkür eventuell gar nicht anders, als zunächst an legistische

---

<sup>148</sup> Ebd.

<sup>149</sup> Vgl. Heuser, 11/2004, S. 1221 ff.

Ordnungskonzepte anzuknüpfen. Rechtssicherheit gegenüber staatlicher Willkür, Vorhersehbarkeit und Transparenz staatlichen Handelns dienen zunächst der Effizienz der Wirtschaftsreform, bedeuten aber gegebenenfalls gleichzeitig Schritte der Liberalisierung und Emanzipation der Gesellschaft überhaupt. So wächst bereits der gesellschaftliche Druck, die Klagbarkeit von Behördenentscheidungen über den bisherigen vornehmlich wirtschaftsbezogenen Rahmen zu erweitern.<sup>150</sup>

Das chinesische Wirtschaftsrecht folgt der politischen Linie der KPCh und erklärt die „sozialistische“, das heißt die Stellung der KPCh auf keinen Fall gefährdende, Modernisierung Chinas bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts zur Hauptaufgabe des chinesischen Volkes.<sup>151</sup> Wie immer geht die chinesische Führung auch bei der Gestaltung des Wirtschaftsrechts ideologisch ausgesprochen pragmatisch vor. Deutlich sichtbar wird dies z.B. an den Bemühungen, die Forderung ausländischer Investoren nach mehr Rechtssicherheit mit den Bedürfnissen der teilweise immer noch planwirtschaftlichen Binnenwirtschaft zu vereinen. Das chinesische Vertragsgesetz von 1999 lässt beispielsweise erkennen, dass die Verfasser sich stark mit dem deutschen BGB auseinandergesetzt haben. Zugleich werden jedoch auch völlig eigene Rechtsstrukturen geschaffen. Die Regelungen zum Eigentum in seinen vielen, auch besonderen chinesischen Formen sind noch rudimentär. Das Insolvenzrecht ist sowohl für private Unternehmen als auch für staatseigene Betriebe nur in geringem Umfang geregelt. Obwohl Unternehmen und Rechtsanwälte nach wie vor dazu tendieren, die chinesische Rechtssprechung nach Möglichkeit zu vermeiden, werden in repräsentativen Unternehmensbefragungen gerade für die praktischen Verträge des Unternehmensalltags keine Schwierigkeiten mit dem chinesischen Recht berichtet. Probleme werden vor allem auf lokaler Ebene gesehen. Dort sind Mitarbeiter häufig mit der korrekten Anwendung bestehender Vorschriften überfordert, deswegen wird der größte Handlungsbedarf in der verstärkten Ausbildung der Mitarbeiter von Gerichten und Verwaltungen gesehen.<sup>152</sup>

Mit der bisher umfangreichsten Verfassungsänderung auf der 2. Plenarsitzung des X. NVK im März 2004 wurden wiederum hauptsächlich die beiden Prämissen der chinesischen Verfassung, die Legitimation des parteilichen Führungsanspruches und die Wirtschaftsreform,

---

<sup>150</sup> Ebd.

<sup>151</sup> Vgl. von Senger, 1994, S. 103

<sup>152</sup> Vgl. Julius, Hinrich: „Die Praxis des chinesischen Wirtschaftsrechts“, in: China Aktuell, 07/2003, S. 852 ff.

weiterentwickelt. Die Aufnahme der „Drei Repräsentationen“<sup>153</sup> Jiang Zemin und die Öffnung der KPCh für Privatunternehmer bedeutet die Umorientierung der Partei von der vormals reinen Interessensvertretung der ehemaligen „revolutionären Klassen“ von Arbeitern und Bauern zu der Repräsentation der chinesischen Bevölkerung in ihrer ganzen Breite, mithin auch der neuen wirtschaftlichen Eliten. Die KPCh mutiert damit von der revolutionären Klassenpartei zu einer Volkspartei, die beansprucht, die Modernisierung der gesamten Nation anzuführen.<sup>154</sup>

Die Revision des Art. 11, Abs. 2 trägt dem Staat jetzt an erster Stelle explizit auf, die nicht-staatlichen Wirtschaftsformen zu „ermuntern“ und zu „unterstützen“, erst an zweiter Stelle folgen die staatlichen Aufgaben der Anleitung, Aufsicht und Regulierung. Damit findet sich nun in der Verfassung anstatt der bisherigen bloßen Duldung erstmals das Bekenntnis zur aktiven Förderung des nicht-staatlichen Sektors. Dazu passt auch der erweiterte Schutz des privaten Eigentums. In Art. 13 heißt es nun: „Das legale Privateigentum der Bürger ist unverletzlich“. Unterstanden diesem Artikel bislang nur das private Einkommen, Ersparnisse und Häuser, so werden nun auch Einkünfte aus Investitionen, Eigentum an privaten Unternehmen, Erbschaften und Privatvermögen in den Schutzbereich der Verfassung eingeschlossen.<sup>155</sup>

Als Reaktion auf den gewachsenen gesellschaftlichen Unmut der Bevölkerung über die verbreitete Praxis der staatlichen Aneignung privater Immobilien ist in Fällen der öffentlichen Inanspruchnahme privaten Eigentums zukünftig eine Entschädigung zu zahlen.

Die Politik reagierte auch auf die dramatischen sozialen Veränderungen in der Gesellschaft und kündigte in einem Verfassungszusatz erstmals eine konstitutionelle Garantie für ein umfassendes soziales Sicherungssystem an.<sup>156</sup>

In der Anwendung des zuvor Besprochenen müssen wir aber bedenken, dass solche Verfassungsänderungen eher Ausdruck der politischen Linie und des Trends der Wirtschaftsreform sind und keine Rechtssicherheit für die Bevölkerung bieten.

---

<sup>153</sup> Die KPCh vertritt „die fortschrittlichen Produktivkräfte, die fortschrittliche chinesische Kultur und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“.

<sup>154</sup> Vgl. Holbig, Heike: „Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteiherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004“, in: China aktuell, 03/2004, S. 259 ff.

<sup>155</sup> Vgl. Holbig, 03/2004, S. 259 ff.

<sup>156</sup> Ebd.

#### 4. Die ökonomische Wirkung und Konsequenzen der Reformpolitik

Seit Einleitung der Wirtschaftsreformpolitik und dem zweiten Reformschub nach 1992 hat sich das wirtschaftliche Umfeld der kommunistischen Herrschaft in China dramatisch verändert. Die schrittweise Durchsetzung horizontaler Marktkoordinierung und die Liberalisierung der Preise setzten die Kommandostrukturen der planwirtschaftlichen Ära allmählich außer Kraft. Die Entstehung neuer dynamischer Wirtschaftsbereiche (z.B. ländliche Gemeindeunternehmen, Privatwirtschaft, Joint-Venture-Sektor) sorgte dafür, dass der größte Teil der ökonomischen Ressourcen Chinas nicht mehr zentralisierter staatlicher Kontrolle unterliegt.<sup>157</sup> Die Einleitung wirtschaftlicher Reformen unter Beibehaltung der alten leninistischen Institutionen führte zunächst zur Entstehung des „zweigleisigen“ Wirtschaftens von neuen marktwirtschaftlichen neben alten staatswirtschaftlichen Institutionen. Aber auch in China führte die Lockerung des sozialistischen Systems der organisierten Abhängigkeit zu einer dramatischen Expansion informeller Beziehungen von Wirtschaft und Politik, die schließlich den institutionellen Wandel beeinflussen. Anders als im postkommunistischen Russland wurde in China jedoch keine Imitation westlich-liberaler marktwirtschaftlicher Institutionen angestrebt. Die politische Führung duldete und förderte vielmehr selektiv eine institutionelle Evolution, die von dezentralen Initiativen wirtschaftlicher und politischer Unternehmer angetrieben wurde.<sup>158</sup> Das machte sich in einer, historisch selbst im ostasiatischen Kontext, außergewöhnlichen Steigerung der wirtschaftlichen Wertschöpfung bemerkbar. Dabei handelt es sich keineswegs nur um extensives Wachstum, vielmehr wuchs z.B. die Produktivität bereits zwischen 1985-94 ungewöhnlich stark um durchschnittlich mehr als 3% jährlich. Die Intensität des Strukturwandels in China bewegte sich Anfang der achtziger und Anfang der neunziger Jahre auf einem den USA vergleichbaren hohen Niveau.<sup>159</sup>

Heute lässt sich die Wirtschaftsordnung Chinas keinesfalls mehr als eine sozialistische Planwirtschaft kennzeichnen. Die staatliche Planung konzentriert sich mittlerweile auf Rahmenvorgaben für die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und die Lenkung staatlicher Investitionsmittel. In den meisten Branchen der chinesischen Wirtschaft herrscht ein intensiver Wettbewerb. Allerdings ist die politisch-administrative Einflussnahme auf Unternehmen und Märkte weiterhin äußerst bedeutsam. So ist z.B. der von staatlichen

---

<sup>157</sup> Vgl. Heilmann, 2000, S. 114

<sup>158</sup> Vgl. Heilmann, 2000, S. 273

<sup>159</sup> Ebd., S. 92

Anteilseignern dominierte teilprivatisierte Staatssektor zwar nur noch zu ca. einem Drittel am chinesischen BIP (2000) beteiligt, aber ganze Branchen des Dienstleistungssektors, wie Banken und Telekommunikation, werden weiterhin durch staatliche Oligopole geprägt.<sup>160</sup>

Bevor wir uns nun einige aktuelle chinesische Wirtschaftsdaten betrachten, sei auf die spezifischen Schwierigkeiten im Umgang mit empirischen statistischen Angaben in China hingewiesen.

Das erste Bedenken richtet sich auf die Glaubwürdigkeit der chinesischen Statistik überhaupt. In einem Bericht des chinesischen Statistikamtes wurde 2001 auf ca. 60.000 Fälle von Datenfälschung hingewiesen. Dabei gesteht das Amt ein, dass bestimmte Kader auf lokaler Ebene Wirtschaftsdaten verändern, um dadurch schneller befördert zu werden. Die mangelnde Ausbildung der Kader zur statistischen Erfassung kommt zusätzlich zum Tragen. Aufgrund beobachteter Unstimmigkeiten zwischen offiziellen Angaben und der Realität vermehren sich die Zweifel an Statistikdaten selbst unter chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern. Daher ist eine kritische Distanz zu offiziellen chinesischen Wachstumsangaben wohl angebracht.<sup>161</sup>

Problematisch ist aber auch die Bewertung der Wachstumsangaben. Zunächst einmal ist es dringend erforderlich, die entsprechende Basis der Angaben mit zu reflektieren. 10% Wirtschaftswachstum hört sich in westlichen Ohren beeindruckend an, wenn man aber die Ausgangslage der chinesischen Wirtschaft vor einem halben Jahrhundert, das aktuelle durchschnittliche Pro-Kopf-BIP auf dem Niveau eines Entwicklungslandes oder das gleichbleibende Verhältnis der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik im Vergleich zu den USA bedenkt, relativiert sich das Bild. Gleiches gilt für die explodierende Exportquote in einem Land, das sich erst vor 30 Jahren allmählich der Weltwirtschaft geöffnet hat. Ebenso kritisch ist die Erfolgsmeldung zu betrachten, dass China 2,9% des Welt-BIP erwirtschaftet. Was bedeutet das für ein Land, das mehr als 20% der Weltbevölkerung stellt. Es macht also durchaus Sinn, die absolute Gültigkeit der statistischen Angaben, die Wirtschaft Chinas betreffend, sowohl quantitativ als auch qualitativ zu hinterfragen, gleichwohl lassen sie sich zum Aufzeigen tendenziöser Entwicklungen durchaus nutzbar machen.

---

<sup>160</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 171-172

<sup>161</sup> Vgl. Schüller, Margot: „China nach dem WTO-Beitritt“, in: China aktuell, 02/2002, S. 140 ff.



So lässt es sich nicht bezweifeln, dass China zwischen 1979 und 2000 zu den am schnellsten wachsenden Ländern der Welt gehört. In diesem Zeitraum betrug das jährliche Wachstum des BIP durchschnittlich 9,3%.<sup>162</sup> Das überrascht nur auf den ersten Blick, war doch das Wachstum des Sozialproduktes bereits während der Maoära mit durchschnittlich 7,4% (1953-78) ähnlich hoch. Der signifikante Unterschied liegt in der Reformära in der Vervierfachung des Pro-Kopf-Einkommens der städtischen und ländlichen Bevölkerung und der damit merklichen Anhebung des Lebensstandards, anstatt nur aus dem schwerindustriellen Sektor generiert zu werden.<sup>163</sup>

Tatsächlich verschlechterte sich aber die Versorgungslage der ländlichen Bevölkerung wieder in den neunziger Jahren, trotz der tendenziell steigenden Einkommen. Zum einen sinken die staatlichen Abnahmepreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse kontinuierlich, zum anderen müssen die bäuerlichen Haushalte neuerdings Kosten für den Schulbesuch und die Krankenversorgung selbst tragen und sind darüber hinaus vielerorts mit willkürlich von den Gemeindeverwaltungen festgelegten Steuern, Sonderabgaben und Spezialgebühren belastet.<sup>164</sup> Hinzu kommt, dass die reale Einkommensentwicklung auf dem Lande, aufgrund erhöhter Verbraucherpreise, deutlich hinter der Nominalen zurückbleibt und das, obwohl die aggregierte Inflation nach starken Schwankungen (von bis zu 30% jährlich) in den achtziger Jahren, spätestens seit 1997 auf moderate Schwankungen um die Nulllinie zurückgedrängt wurde.

Die Staatsverschuldung bleibt relativ überschaubar (2001; 16,3% des BIP bei einem Haushaltsdefizit von 2,7% des BIP), allerdings mit steigender Tendenz, da staatliche Investitionen nach wie vor einer der Hauptkonjunkturmotoren sind.<sup>165</sup>

1999 lag China auf Platz 7 der größten Volkswirtschaften, kaufkraftparitätisch bedeutet das aber, gemessen am Sozialprodukt der USA einen Anteil von 11%. Aufgrund wiederholter Abwertung der chinesischen Währung hat sich trotz teilweise zweistelliger Wachstumsraten seit den achtziger Jahren an dieser Relation wenig geändert.

Wird das BIP pro Kopf betrachtet, zählt China mit ca. 1.000 US-Dollar zu den Entwicklungsländern, die am unteren Ende der mittleren Einkommenskategorie zu finden sind. Allerdings sind die regionalen Unterschiede zwischen Küstenregionen und Zentral- bzw.

---

<sup>162</sup> Dieser Trend setzt sich auch für die Jahre 2001-2005 ungebrochen fort.

<sup>163</sup> Vgl. Cho, 2005, S. 49

<sup>164</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 225

<sup>165</sup> Vgl. Schüller, 02/2002, S. 140 ff.

Westchina extrem groß, in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen, die Hong Kong gegenüberliegt, beträgt das Pro-Kopf-BIP ca. 4.000 US-Dollar.<sup>166</sup>

Die Zunahmen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Aktivität der ausländischen Unternehmen machen die chinesischen Exporte zum wichtigsten Motor des Wirtschaftswachstums. Mit einem Exportvolumen von 326 Mrd. US-Dollar (2002), dem immerhin 295 Mrd. US-Dollar Importe gegenüberstehen, ist China die viertgrößte Exportnation der Welt. Bei den Auslandsdirektinvestitionen ist China mit 70 Mrd. US-Dollar (2005) allerdings Weltspitze.

Die hohen Investitionen in den Ausbau der Produktionskapazitäten im Verlauf der letzten Jahre ermöglichen die schnelle Steigerung des Industrieoutputs. Das Wachstum der Anlageinvestitionen betrug 2001; 13%, 2002; 16% und 2003 sogar 26,7%. Dadurch entstandene Überkapazitäten machen sich aber bereits in den extrem niedrigen Preisen bestimmter Exportartikel bemerkbar, so kann z.B. der Verkaufspreis der amerikanischen Einzelhandelskette Wal-Mart für DVD-Player zu 29 US-Dollar nicht allein durch Produktivitätssteigerungen der chinesischen Wirtschaft erklärt werden.<sup>167</sup>

Obwohl Chinas Wirtschaftsentwicklung durchaus als erfolgreich gelten kann, erscheinen somit bei genauerer Betrachtung, aufgrund der vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, denen sich das Land gegenüber sieht, weder eine China-Euphorie noch westliche Bedrohungsängste angemessen.<sup>168</sup>

#### **4.1 Die Wohlfahrtserfolge der Reformen**

Aus ökonomischer Sicht liegen die Wohlfahrtserfolge neben dem wirtschaftlichen Wachstum und der damit verbundenen Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards in den Städten, aber auch auf dem Land im erfolgreichen Kampf gegen die beiden größten Probleme vor denen die Reformer 1978 standen, dem Hunger und der absoluten Armut. Diesen beiden Seiten derselben Medaille galt von Anfang an die besondere Aufmerksamkeit, die sich im staatlichen

---

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> Vgl. Schüller, Margot: „Chinas wirtschaftlicher Aufstieg – Auslöser von Euphorie und Bedrohungsängsten“ in China aktuell, 01/2004, S. 40 ff

<sup>168</sup> Vgl. Schüller, 01/2004, S. 40 ff.

Armutsbekämpfungsprogramm äußerte, das im Wesentlichen in, die Wirtschaftsreformen ergänzenden, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in besonders benachteiligten Regionen besteht.

Noch bis in die Mitte der siebziger Jahre hat es in China immer wiederkehrende Hungerkatastrophen mit Millionen von Toten gegeben. Versorgungsengpässe vor allem auf dem Land waren aber auch in normalen Zeiten eher die Regel. Bis vor einer Generation war die übliche Begrüßungsformel in China die Frage: „Hast Du schon gegessen?“.<sup>169</sup> Die Einführung des „Eigenverantwortungssystems“ sowie die Reprivatisierung verbunden mit der Preisfreigabe in der Landwirtschaft versetzen China heute erstmals in die Lage, seine Bevölkerung zu ernähren.

Nach offiziellen Angaben der Regierung ging der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der offiziellen Armutsgrenze lebt von 31% (250 Mio.) im Jahr 1978 auf 3% (30 Mio.) im Jahr 2000 zurück. Dabei wird die 1998 festgelegte äußerst geringe Armutsgrenze von 635 Yuan Jahreseinkommen pro Kopf zugrunde gelegt. Nach dem international gebräuchlichen Armutskindikator von 1 US-Dollar am Tag lebten 1998 jedoch noch 18,5% (230 Mio.) der chinesischen Bevölkerung in absoluter Armut, hier ist aber zu beachten, dass 1998 ca. 400 Mio. Menschen mehr in China lebten als 1978 und es keine Vergleichszahlen für diese Jahre gibt. Von keiner internationalen Organisation wird allerdings bezweifelt, dass die Armutsreduzierung zu den ganz großen humanitären Erfolgen der Wirtschaftsreformpolitik gehört. Chinas Erfolge seit 1979 werden von der UN als vorbildlich für andere Entwicklungsländer eingeschätzt.<sup>170</sup>

Die chinesische Führung hat also ihr erstes Entwicklungsziel erreicht und China von einem der ärmsten Länder der Welt zu einem chancenreichen Entwicklungsland gemacht. Diesem Regulierungserfolg der chinesischen Reformpolitik stehen aber bereits eine Reihe neuer Krisenpotentiale gegenüber, die allesamt die sozialen Spannungen erhöhen und mit dem sozialen Frieden auch die politische Legitimation der Partei sowie ihren Reformkurs gefährden.

## 4.2 Die neuen Krisenpotentiale

China steht gewaltigen demographischen Aufgaben gegenüber. Zwar ist es der strikten Ein-Kind-Politik gelungen, die Geburtenrate des 1,3 Milliarden Volkes (2005) von 5,8 Geburten Anfang der siebziger Jahre auf 1,7-1,8 Geburten je Familie zu senken und damit, obwohl die

<sup>169</sup> Vgl. Weggel, 1988, S. 112

<sup>170</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 226-227

Beschränkung auf ein Kind vor allem auf dem Land kontinuierlich unterlaufen wird, der Bevölkerungsexplosion Herr zu werden. Aber im Verbund mit der, dank der verbesserten Versorgungslage, deutlich gestiegenen Lebenserwartung von 40 Jahren Anfang der sechziger Jahre auf 71,4 Jahre wird der Bevölkerungsanteil der über 60-jährigen und damit das Risiko der Altersarmut in den nächsten Jahrzehnten sprunghaft ansteigen. Auf die Geschlechterverteilung hat die staatlich praktizierte Geburtenkontrolle ebenfalls verheerende Auswirkungen, weil es in der Landbevölkerung vermehrt zu Säuglingstötungen neugeborener Mädchen kommt. Mit einem im Jahre 2000 geschätzten Verhältnis von 120 männlichen zu 100 weiblichen Neugeborenen hat China die höchste Geschlechterrate der Welt.<sup>171</sup>

Eines der drängendsten aktuellen sozialen Probleme Chinas entspringt dagegen direkt aus der Wirtschaftsreformpolitik, die ständig weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich. Und das gleich auf drei Ebenen, erstens innerhalb der Bevölkerung, zweitens zwischen Stadt und Land und drittens zwischen den Provinzen. Die Worte Deng Xiaopings, „Einige sollten zuerst reich werden, die anderen würden dann folgen“, werden auf eine harte Probe gestellt, denn nur wenige können sich begründete Hoffnung auf einen Anteil des neuen Wohlstandes machen.<sup>172</sup> Innerhalb der Gesamtbevölkerung weist China 2004 einen Gini-Koeffizienten von 0,46 bei der gesellschaftlichen Einkommensverteilung auf, wobei die chinesische Regierung selbst einen Wert über 0,4 als „Gefahrschwelle“ ausweist. Nach offiziellen Angaben lag dieser Wert 1978 noch bei 0,21 auf dem Land und bei 0,16 in der Stadt.<sup>173</sup> Den Reformgewinnern, zu denen hauptsächlich private Unternehmer, Selbständige, Führungskader und Künstler und eine breiter werdende Mittelschicht gehören, stehen staatliche Arbeiter und Angestellte, niedrigere Beamte mit stagnierenden Einkommen und nicht zuletzt ein riesiges Heer von Wanderarbeitern gegenüber. Noch gravierender für die Gesamtsituation ist jedoch das Einkommensgefälle von den Städten zum Land. Das sich seit 1985 wieder kontinuierlich vergrößernde Wachstumsgefälle zwischen Industrie und Landwirtschaft schlägt sich in der Einkommensentwicklung nieder, da die Zuwachsrate ländlicher Einkommen seit 1985 um 3-7% niedriger lag als die städtische. 2001 war das durchschnittliche Nettojahreseinkommen der städtischen Haushalte 2,89-fach höher als

---

<sup>171</sup> Vgl. Schucher, Günter: „China hat 1,3 Milliarden Einwohner“, in: China aktuell, 03/2001, S. 24 ff.

<sup>172</sup> Vgl. Reisach, Ulrike: „Investitionsboom in China – Strohfeuer oder Langzeitperspektive“, in: China aktuell, 11/2004, S. 1216 ff.

<sup>173</sup> Vgl. Heilmann, 2004, S. 206-207

das der ländlichen.<sup>174</sup> Verschärft wird die Situation durch die weitgehende Abstinenz eines, selbst in den Städten nur rudimentär vorhandenen, sozialen Sicherungssystems. Die wachsende Unzufriedenheit beginnt sich bereits verstärkt in bäuerlichen Unruhen zu manifestieren.

Die unparitätische, sich auf die sechs Küstenprovinzen<sup>175</sup> konzentrierende, Investitionspolitik führte darüber hinaus zu einer sehr ungleichgewichtigen Wirtschaftsentwicklung der Regionen. Zusätzlich gingen die Auslandsinvestitionen, trotz der Öffnung der Inlandsprovinzen 1992 und dem niedrigeren Lohnniveau, fast ausschließlich in die Küstenregion, wegen der besseren Rahmenbedingungen und Infrastruktur. In der Folge betrug das Pro-Kopf-BIP in Zentral- und Westchina 1999 45,1% bzw. 35,5% von dem in Südostchina.<sup>176</sup>

Die regionalen Entwicklungsdisparitäten innerhalb Chinas haben also im Lauf der Reformperiode Ausmaße erreicht, die das Land langfristig in eine prosperierende Küstenwirtschaft und eine stagnierende Peripherie zu spalten drohen.

#### **4.2.1 Arbeitslosigkeit und Migration**

Die Beschäftigungspolitik der chinesischen Führung basiert auf einem Dualismus von Stadt und Land, der auf die Verhinderung einer „blinden Landflucht“ in die städtischen Industriezentren und damit die Stabilisierung der Beschäftigungssituation in den Städten ausgerichtet ist. Zu den Hauptinstrumenten der Arbeitsmarktregulierung zählen daher seit den fünfziger Jahren das Haushaltsregistrierungssystem und die staatliche Arbeitsplatzzuteilung, die sich nach der jeweiligen Arbeitskräftenachfrage der städtischen Industrie orientieren.<sup>177</sup>

Das Haushaltsregistrierungssystem ist hierbei das immer noch gültige Meldesystem, in dem jeder Haushalt als städtisch oder ländlich registriert ist und jeder Einwohner einen bestimmten ständigen Wohnsitz hat. Ein Wohnortwechsel setzt die Genehmigung sowohl am Herkunftsort als auch am Zielort voraus. Diejenigen, die ihre ständige Haushaltsregistrierung beibehalten (müssen), aber sich mehr als ein Jahr an einem anderen Ort aufhalten, werden als Wanderbevölkerung bezeichnet.<sup>178</sup>

---

<sup>174</sup> Vgl. Cho, 2005, S. 125

<sup>175</sup> Allein 1995 erfolgten 45,7% der gesamten staatlichen Anlageinvestitionen dort.

<sup>176</sup> Vgl. Cho, 2005, S. 121

<sup>177</sup> Ebd., S. 127

<sup>178</sup> Vgl. Gransow, Bettina: „Gesellschaft“, in: „Länderbericht China“, Darmstadt, 2000, S. 184

Die Dualisierung des Arbeitsmarktes bot der chinesischen Führung bislang den statistischen Vorteil, offiziell konstante und relativ geringe Arbeitslosenzahlen vorweisen zu können. Da nur Personen als arbeitslos erfasst werden, die einem städtischen Haushalt angehören, ländliche Arbeitskräfte, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort, jedoch nicht registriert sind, beträgt die offizielle Arbeitslosenquote seit 1978 im Schnitt ca. 2-4%. Verdunkelnd kommt noch hinzu, dass Männer nur im Alter von 16-50 und Frauen von 16-45 Jahren überhaupt als arbeitslos erfasst und Arbeitskräfte, die von ihren Betrieben bereits freigestellt und faktisch oft seit mehreren Jahren weder Arbeit noch Einkommen haben, unverändert formal als Beschäftigte geführt werden. Diese Unbenannten mit einberechnet wäre wohl von einer urbanen Arbeitslosenquote von mindestens 10% auszugehen.<sup>179</sup>

Seit den neunziger Jahren verstärkt sich der Druck auf die Beschäftigungssituation darüber hinaus deutlich. Die Stagnation der Landwirtschaft produzierte bisher ca. 200 Millionen überzählige Arbeitskräfte. Diese verbunden mit der natürlichen Bevölkerungszunahme, trotz Ein-Kind-Politik, sowie die Umstrukturierung des Staatssektors seit 1995 überschwemmen den Arbeitsmarkt mit Abermillionen von Arbeitskräften. Im Jahr 2000 waren bereits 100 Millionen Wanderarbeiter in die Städte und Küstenregionen aufgebrochen.<sup>180</sup>

Diese Entwicklung geschieht zusätzlich noch vor dem Hintergrund eines Sozialsystems, das bislang für die ländliche Bevölkerung weder Arbeitslosen-, Renten- noch Krankenversicherung kennt; lediglich für die in den Staatsbetrieben verbliebenen Beschäftigten gibt es ein staatliches soziales Sicherungssystem. Eine Sozialhilfe im westlichen Sinn existiert ebenfalls nicht, abgesehen von den Armutsbekämpfungsprogrammen, die bestenfalls das nackte Überleben sichern. Angesichts der hier entstehenden, gewaltigen sozialen Sprengkraft ist es nicht verwunderlich, dass Hu Jintao sofort nach seinem Amtsantritt die Entwicklung eines allgemeinen sozialen Sicherungssystems zu einer erstrangigen politischen Aufgabe erklärte.<sup>181</sup>

---

<sup>179</sup> Vgl. Opper, Sonja: „Wirtschaftsreform und Beschäftigungswandel in der VR China“, Baden-Baden, 1999, S. 307-308

<sup>180</sup> Vgl. Cho, 2005, S. 129-130

<sup>181</sup> Vgl. Zhang, Junhua: „Der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems in der VR China – eine kritische Betrachtung“, in: China aktuell, 07/2003, S. 866 ff.

### 4.2.2 Korruption

Die mangelnde Abgrenzung zwischen politischen und wirtschaftlichen Verfügungsrechten bereitet den Boden für die grassierende Korruption in China. Die umfassende politisch-administrative Verfügungsgewalt und ein durch politische Eingriffe verzerrter und intransparenter Marktwettbewerb bieten vielfältige Möglichkeiten zur korruptiven Abschöpfung. Der, seit Maos regelmäßigen Proskriptionen linienuntreuer Parteimitglieder, stetig liberalisierte Führungsstil der KPCh führte zu einem politisch-ideologischen Verfall, der zunehmend eine private Vorteilnahme politischer und ökonomischer Akteure<sup>182</sup> ermöglichte. Dieser sog. „Kaderkapitalismus“ verwandelte China in weiten Teilen zu einer Art Basar, auf dem politische Macht systematisch gegen wirtschaftliche Vorteile getauscht wird.<sup>183</sup>

Die zuständige ZK-Disziplinarkommission gibt an, dass bis 1998 die Zahl der Anzeigen und Ermittlungen in Korruptionsfällen (und die zugehörigen Geld- und Vermögenswertsummen) unter Beteiligung immer höherrangiger Funktionäre ständig sprunghaft anstieg. Schätzungen chinesischer Wirtschaftswissenschaftler zufolge erleidet die chinesische Volkswirtschaft durch Korruption einen jährlichen Verlust von 13-17% des BIP. Betriebsdirektoren, Parteisekretäre und Behördenleiter zweigen z.B. Produktions- und Finanzmittel aus dem staatlichen Wirtschaftssektor ab, um damit neu entstandene Märkte zu beliefern, politische Leitungspositionen oder behördliche Genehmigungen werden gegen Gewinnbeteiligungen getauscht oder einzelne hochrangige Funktionäre fungieren direkt als Patrone für eine sich rasch verzweigende Unterwelt. Die umfassenden Verfügungsrechte der Wirtschaftsverwaltung ermöglichen Verwaltungs- und Parteikadern entscheidende Einflussnahme z.B. bei der Entscheidung, welcher Unternehmer billige Kredite erhält, wer bestimmte Immobilien-nutzungsrechte überlassen bekommt, wer günstige Verträge abschließen darf, wer wie viele Steuern bezahlt und wer politische Protektion genießt.<sup>184</sup> Chinesische Unternehmer sind deshalb auf eine enge Zusammenarbeit mit der Staats- und Parteibürokratie angewiesen. Innerhalb der informellen Beziehungsgeflechte zwischen Parteikadern, Verwaltungsfunktionären, Bankbeamten, Finanzmanagern und Unternehmern finden also unterhalb der Systemoberfläche die nicht-öffentlichen Tausch- und Verhandlungsprozesse statt, die das Wirtschaftsgeschehen in weiten Teilen Chinas kennzeichnen. So wird auch die Neuverteilung staatlicher Vermögenswerte

<sup>182</sup> Die im Staatssektor alle zu der von der KPCh eingesetzten Funktionärsschicht gehören.

<sup>183</sup> Vgl. Heilmann, Sebastian: „Das politische System der Volksrepublik China“, Wiesbaden, 2002, S. 174-175

<sup>184</sup> Ebd., S. 176-177

überwiegend auf dem Wege der „informellen“ Privatisierung bewerkstelligt. Hierbei werden die Aktiva chinesischer Staatsbetriebe von findigen Betriebsdirektoren in einträgliche private Nebengewerbe transferiert und so „durch die Hintertür privatisiert“. 12% des Staatsvermögens sollen sich so allein bis 1997 verflüchtigt haben.<sup>185</sup>

Die Tatsache, dass Wirtschaftswachstum und Investitionsverhalten in China durch das hohe Korruptionsniveau nicht entscheidender geschwächt sind, verdankt sich dem Unstand, dass neben der konfiskatorischen Korruption und der organisierten Kriminalität die „Dividenden-Eintreibung“ die eigentlich dominierende Korruptionsform im chinesischen Kontext ist. Hierbei werden politisch-administrative Regeln, Maßnahmen und Leistungen, die es den nicht-staatlichen Unternehmen erlaubt, Profite zu machen, gegen einen Anteil an diesen Profiten getauscht. Die Transferzahlungen der Unternehmen an die politischen und bürokratischen Kader lassen sich also als eine Form von Dividendenausschüttung verstehen. Die abgeschöpften Finanz- und Vermögenswerte werden, nach einer Geldwäsche in Hong Kong, in produktive Branchen und Unternehmen reinvestiert und tragen so ihrerseits zum Wirtschaftswachstum bei.<sup>186</sup>

Deng Xiaoping äußerte sich bereits 1982 auf einer Politbürositzung wie folgt zum Thema: „Obwohl wir gesagt haben, daß wir gegen die Wirtschaftskriminalität keine Kampagne starten wollen, muß doch deutlich gemacht werden, daß es sich hier um einen langwierigen und ständigen Kampf handelt. Er wird meiner Meinung nach mindestens so lange geführt werden müssen, bis die Vier Modernisierungen verwirklicht sind. Wenn das bedeutet: Ende des Jahrhunderts, dann muß dieser Kampf eben täglich noch achtzehn Jahre lang geführt werden...“<sup>187</sup>

Im Jahr 2002 war der „Kampf“ gegen die Korruption von ungebrochener Aktualität als die ZK-Disziplinarkontrollkommission unter dem Druck des stetig steigenden Unmutes der Bevölkerung erstmalig beschloss, die Identität und persönlichen Hintergründe von 3.800 korrupten Amtsträgern durch die Medien öffentlich zu machen, um die Aufklärung der Fälle zu beschleunigen. Nicht ohne lautstark zu betonen, dass die Zahl der aufgeklärten größeren

---

<sup>185</sup> Vgl. Heilmann, 2002, S. 177-178

<sup>186</sup> Ebd., S. 179-180

<sup>187</sup> Vgl. Deng, Xiaoping: „Die Reform der Revolution“, Berlin, 1988, S. 53



Korruptionsfälle, dank der langjährigen staatlichen Kampagnen zur Korruptionsbekämpfung, seit 1998 schrittweise zurückgeht.<sup>188</sup>

Dagegen muss man sagen, dass die Kampagnen der neunziger Jahre zur Bekämpfung der Korruption in Partei und Verwaltung tatsächlich nur bescheidene Erfolge zeigten, hat offensichtliche Gründe. Viele führende Parteifunktionäre und deren Familienmitglieder sind selbst in die weitläufigen Korruptionsgeflechte eingebunden und haben wenig Interesse daran, eine Kampagne zur Aufdeckung dieser Strukturen mitzutragen. So trifft die Korruptionsbekämpfung heute nach wie vor auf Widerstand in der Funktionärsschicht.<sup>189</sup>

### 4.2.3 Umweltzerstörung

Dass die herkömmliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Chinas die ökologischen Aspekte des Wirtschaftswachstums nicht berücksichtigt, ist fatal, da eben dieses Wirtschaftswachstum mit stärkeren Schädigungen der Umwelt verbunden ist als irgendwo anders auf der Welt. Hauptgrund hierfür ist, dass bereits in der Maoära, unter der Doktrin des „menschlichen Kampfes gegen die Natur“, sehr zu Lasten der Umwelt gewirtschaftet wurde und der Übergang zur Marktwirtschaft bislang keine Anreize zum Umweltschutz setzt. Weil die entstehenden langfristigen Kosten nicht in die Berechnung des Sozialproduktes internalisiert werden, sieht die chinesische Führung bislang offenbar nur wenig Veranlassung, die institutionellen Rahmenbedingungen dahingehend zu ändern, dass Umweltverschmutzung durch Preismechanismen oder entsprechende Kostenwirkungen eingedämmt wird. Dabei sind die Umweltbelastungen keineswegs durchgehend reversibler Natur, wie z.B. bei der Luftverschmutzung, die im Zuge technologischer Entwicklung wieder reduziert werden könnte, sondern in China findet ebenfalls eine irreversible bzw. eine nachhaltige und nur langfristig umzukehrende Schädigung von Schlüsselressourcen statt.<sup>190</sup>

Zwar wurde 1979 das erste Gesetz zum Umweltschutz erlassen, doch die zahlreichen Bestimmungen und Auflagen werden bis heute meistens umgangen oder einfach ignoriert. Das erreichte Ausmaß der Schädigungen wurde bereits 1997 von chinesischen Wissenschaftlern folgendermaßen beschrieben: „50% des Wassers in den Städten ist gesundheitsgefährdend

---

<sup>188</sup> Vgl. Holbig, Heike: „Die Politik entdeckt die benachteiligten Gruppen“, in: China aktuell, 03/2002, S. 266 ff.

<sup>189</sup> Vgl. Heilmann, 2002, S. 182

<sup>190</sup> Vgl. Herrmann-Pillath, 1995, S. 32-36

verschmutzt, 82% aller Flüsse sind verdreckt, ein Siebtel der Agrarfläche ist durch Pestizide verseucht, ganze Regionen leiden unter saurem Regen, 870 Millionen Chinesen trinken und verbrauchen täglich verschmutztes Wasser. Die Bodenerosion ist alarmierend, die Wüsten dehnen sich verstärkt aus, das Weideland degeneriert, die Flächen der Seen schrumpfen, Eisenerzvorkommen werden planlos erschlossen und die Rohstoffverschwendung ist enorm.<sup>191</sup> Leider sind bis heute lediglich die angegebenen Werte zu erhöhen. Obwohl China im Verhältnis zu seiner riesigen Bevölkerungszahl ohnehin über nur sehr knappe natürliche Ressourcen wie Wasser, Ackerland und Wälder verfügt, verringern sich fortgesetzt die Ackerfläche durch Vergiftung und Versiegelung und die Wälder werden mehr abgeholzt als aufgeforstet. Mehr als ein Drittel des Landes und alle Städte haben, aufgrund des Schwefeldioxydausstoßes durch Kohleverbrennung, unter Luftverschmutzung und saurem Regen zu leiden. Es gibt kaum eine ordnungsgemäße Müllentsorgung.

Mehr als die Hälfte der Städte leidet unter Wassermangel und das verbreitet mit Schwermetall und Nitraten verpestete Wasser wird ungeklärt zur Bewässerung von Gemüse und Getreide, das damit ebenfalls gesundheitsgefährdende Rückstände von Schwermetallen und Pestiziden enthält, verwendet.<sup>192</sup>

Besonders im Hinblick auf die generell prekäre Versorgungslage ist die zunehmende Bodenerosion, durch die Abholzung und den folgenden Überschwemmungen, sowie die Verschlechterung der Bodenqualität<sup>193</sup>, durch zu intensiven Anbau, Überdüngung und Vergiftung, eine schleichende Katastrophe.

China wird für seine Umweltsünden noch einen hohen Preis zu zahlen haben. Erstens bedeuten permanente Absenkung der Umweltqualität und die Verschlechterung der Ressourcenlage zukünftig eine harte Schranke für weiteres Wirtschaftswachstum, was die chinesische Führung, die sich ja über das Wachstum legitimiert, extrem fürchten müsste. Zweitens bezahlen heute schon Millionen Chinesen die Vernachlässigung der Umwelt mit ihrer Gesundheit.<sup>194</sup>

Ein weiteres Problem ist Chinas Energieverbrauch, der zu drei Vierteln mit Kohleverbrennung bestritten wird, die Kohlendioxidemission ist, neben den USA, Weltspitze. Maoistische Prestigeobjekte wie der Drei-Schluchten-Staudamm, mit seinen ökologisch unüberschaubaren

---

<sup>191</sup> Vgl. Bauer, 1997, S. 363

<sup>192</sup> Ebd., S. 364-365

<sup>193</sup> Über zwei Drittel der Ackerfläche Chinas geben bereits nur noch niedrigen bis mittleren Ertrag her.

<sup>194</sup> Vgl. Bauer, 1997, S. 363-365

Folgen, oder die wenigen nicht internationalen Sicherheitsstandards entsprechenden Atomkraftwerke, werden die nächsten Jahrzehnte an der Gesamtsituation der Energieversorgung wenig ändern. Im Vergleich zum Produktionsausstoß ist der chinesische Energieverbrauch aber sechsmal so hoch wie in den Industrieländern und doppelt so hoch wie der durchschnittliche Verbrauch in anderen Entwicklungsländern. Die wirtschaftliche Zielsetzung und der wachsende Konsum werden die Energiebilanz darüber hinaus zukünftig kaum verbessern.<sup>195</sup>

Die chinesische Führung ist gewarnt, aber trotz der vielfältigen legislativen Bemühungen, vor allem in den neunziger Jahren, konnte weder der Umweltschutz noch das allgemeine Umweltbewusstsein nachhaltig gesteigert werden. Dieses Scheitern liegt zum einen an der Nichtzulassung umweltschützender nicht-staatlicher Organisationen, aus politischem Kalkül, und zum anderen wohl an der oben beschriebenen Korruption der Funktionäre.

## **5. Der soziale Wandel in der chinesischen Gesellschaft**

Der rasante ökonomische Wandel steht in China in einem engen Interdependenzverhältnis zum sozialen Wandel. Das bedeutet, einerseits bringt ersterer einen politischen und gesellschaftlichen Wandel mit sich, andererseits ist der faktische soziale Wandel auch die Voraussetzung weiterer ökonomischer Entwicklung. Die durch den sozialen Wandel hervorgerufenen Veränderungen auf der gesellschaftlichen Makroebene sind hierbei nicht nur technischer Natur, sondern bewirken auch Wandlungsprozesse auf der Bewusstseinssebene (Wertewandel).<sup>196</sup> Der gesellschaftliche Wandel in der Reformära betrifft in China alle Bereiche des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens, die sozialen Beziehungen, Existenzsicherung und Arbeit, Konsum, Kultur, Freizeit und den öffentlichen Raum. Gesamtgesellschaftlich ist dieser Prozess gekennzeichnet durch eine deutliche Öffnung, Differenzierung, Pluralisierung und Privatisierung.<sup>197</sup>

Damit ergeben sich für die vor allem an gesellschaftlicher Stabilität und dem eigenen Machterhalt interessierte chinesische Führung neue, nie gekannte Herausforderungen. Die Entwicklung des privaten Sektors, die Möglichkeit, sich beruflich selbständig zu machen und die Ausweitung von

---

<sup>195</sup> Vgl. Bauer, 1997, S. 367-368

<sup>196</sup> Vgl. Heberer, 1993, S. 4

<sup>197</sup> Vgl. Schirmer, Dominique: „Soziologie und Lebensstilforschung in der Volksrepublik China“, Bielefeld, 2004, S. 134

Marktstrukturen fördern den Abschwächungsprozess der Kontrollmöglichkeiten von Individuen und des Kollektivbewusstseins. Sie führt zugleich zur Entstehung neuer Eliten von unten und neuer Interessengruppen mit Partizipationsdrang und zur Herausbildung neuer Wertesysteme, neuer Statussymbole und neuer Lebensart, die auf der Individualisierung und Privatisierung aller Lebensbereiche beruht.<sup>198</sup>

Exemplarisch sei hier die vieldiskutierte Herausbildung einer neuen städtischen Mittelschicht herausgegriffen, die unter anderem durch ein hohes Bildungsniveau, ein stabiles Haushaltseinkommen und wachsendes Privatvermögen gekennzeichnet ist. Diese durch ihre Ausbildung, Berufstätigkeit oder Reisen internationalen Einflüssen besonders ausgesetzte städtische obere und mittlere Mittelschicht umfasst mittlerweile mehr als 380 Millionen Angehörige. Die Entwicklung besser ausgebildeter und finanzkräftiger städtischer Mittelschichten, die in anderen ostasiatischen Staaten wie Taiwan, Südkorea und Thailand zu Demokratisierungsbestrebungen beitrug,<sup>199</sup> ist zu allererst geeignet, den uralten gesellschaftlichen Widerspruch Chinas zwischen der formell-staatlichen und der informell-gesellschaftlichen Sphäre wieder zu beleben.<sup>200</sup>

Der traditionelle volksrepublikanische Versuch, die soziale Kontrolle durch tiefgreifende vertikale Hierarchien aufrechtzuerhalten, wird dabei von den, als Guanxi bezeichneten, horizontalen Beziehungsgeflechten der privaten Sphäre zunehmend konterkariert.<sup>201</sup>

Der Verlust an sozialer Kontrolle wird im Bezug auf die modernen Kommunikationsmedien besonders deutlich. Auf der einen Seite gelang es der politischen Führung zwar bisher, durch Zensur, durch Programmauswahl der staatlichen Fernsehsender und der Errichtung einer hierarchischen technischen Kontrolle der Inhalte und Anwender des chinesischen Internets sowie des Aufbaus einer „Great Firewall“ für unerwünschte internationale Internetinhalte die Artikulation und Verbreitung oppositioneller oder politisch unerwünschter Informationen zu unterbinden. Aber auf der anderen Seite erfordert die erwünschte Kommerzialisierung des Fernsehens das Angebot ausländischer Produktionen und die ca. 94 Mio. zumeist jungen gebildeten Internetuser kommunizieren gegebenenfalls relativ anonym, via Internetcafe, politisch unverdächtig in privatisierter Form über Lebensentwürfe und Selbstverwirklichung. Der

---

<sup>198</sup> Vgl. Heberer, 1993, S. 8

<sup>199</sup> Vgl. Heilmann, 2002, S. 203-204

<sup>200</sup> Vgl. Weggel, Oskar: „Das nachrevolutionäre China“, Hamburg, 1996, S. 78

<sup>201</sup> Ebd., S. 69-71

chinesische Handyboom entzieht die privaten Gespräche darüber hinaus der Kontrolle durch den „Blockwart“, der vormals den einzigen Hausanschluss überwachte. So wird durch die moderne Kommunikationstechnologie eine pluralistische Identifikationsbildung befördert, die im krassen Gegensatz zur hegemonialen Identifikationsbestimmung durch die Partei steht.<sup>202</sup>

Diese wenigen Beispiele des sozialen Wandels, denen in den folgenden Punkten detailliertere Betrachtungen ausgewählter Bereiche folgen, zeigt bereits die zunehmenden Schwierigkeiten der KPCh bei der Legitimation ihres Anspruchs, den totalen leninistischen Parteistaat unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Sei es auch durch weitreichende ideologische Anpassungen bis hin zur Preisgabe wesentlicher sozialistischer Prinzipien.

### **5.1 Individualisierung bzw. Privatisierung**

Seit der Zhou Dynastie (1030-256 v. Chr.) ist der Klan die grundlegende Sozialstruktur und die Grundzelle der traditionellen chinesischen Gesellschaft. In den zwei polaren Strukturbildungen des alten Chinas, der hochzentralisierte bürokratische Staat auf der einen Seite und den hochzerstreuten, in sich abgeschlossenen einzelnen Klans andererseits, liegt der oben erwähnte gesellschaftliche Hauptwiderspruch begründet. Der patrimoniale, durch konfuzianische Moralbestimmungen<sup>203</sup> geregelte identifikationsstiftende Klan mit Norm- und Wertsetzungshoheit, bei dem das Individuum eine untergeordnete Rolle spielt, stößt auf übergeordnete, aber inhaltlich unverbundene Herrschaftsstrukturen, die ebenfalls ein Interesse an einer legitimierenden Identifikationsbildung haben.

Daher war ein Chinese jahrtausendlang zumeist weder Individuum noch Staatsbürger, sondern erst einmal Klanangehöriger, für den der Klan die soziale Gemeinde, politisches Gefüge und Lebensgemeinschaft ist.

Der mehrere Familien umfassende Klan, dem ein Patriarch vorsteht, integriert fast alle sozialen Funktionen und ist daher in der Lage, autark zu existieren und zu überleben.<sup>204</sup>

Obwohl die Notwendigkeit einer hegemonialen Identitätsbildung zur Herstellung der staatlichen Einheit, im Sinne einer aufzubauenden sozialistischen Gesellschaft, für die chinesischen Kommunisten ab 1949 noch wuchs, waren sie weit davon entfernt, die Klanstrukturen

<sup>202</sup> Vgl. Giese, Karsten: „Freier Diskurs oder Überwachungsstaat?“, in: China aktuell, 01/2005, S. 35 ff.

<sup>203</sup> Z.B. Kindespietät, Hierarchie, Harmonie.

<sup>204</sup> Vgl. Li, Hanlin: „Die Grundstruktur der chinesischen Gesellschaft“, Opladen, 1991, S. 44 u. 59

aufzulösen. Im Gegenteil, angesichts des hohen Potentials dieser Strukturen zur sozialen und politischen Kontrolle und Steuerung übernahmen die Kommunisten diese, tauschten die Patriarchen durch Parteikader aus und formten die Klans zu neuen sozialistischen Einheiten um. Auf dem Land entstanden die Produktionsmannschaften und Kollektive, die sich jedoch nach der Entkollektivierung in der Reformära zunehmend zum traditionellen Klansystem zurückentwickeln. Obwohl die Reformer mit der Einführung demokratischer Wahlen der Gemeindevorsteher diesem Prozess entgegenzuwirken hofften, bestimmen die Klaninteressen zunehmend die Tätigkeiten der Funktionäre.<sup>205</sup>

Eine andere Entwicklung schlägt die Danwei, das städtische Äquivalent zum Klan ein. Die Danwei ist eine Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft, die sich um ein Wohnviertel, eine Fabrik und ihre Umgebung, eine Universitätsfakultät etc. bildet. Sie stellt die lebensweltliche Basiseinheit ihrer Mitglieder dar, in der jeder seine Arbeit ableistet und zum großen Teil sein Leben führt. Wiederum ist der Einzelne auch hier nicht in erster Linie Individuum, sondern Danwei-Mitglied.<sup>206</sup> Es gibt kaum einen Bereich des Lebens, der nicht durch die ebenfalls parteikaderegeführte Danwei bestimmt wird. Wohnung, Freizeit, berufliche Fortbildung, Gesundheits- und Altersversorgung, Geburtenplanung, Kindergarten, Heiratsvermittlung, Eheprobleme, Kriminalität – alles wird in der Danwei geregelt. Wie der Klan ist die Danwei durch die Integration fast aller sozialen Funktionen autark und selbständig überlebensfähig. Sie ist der politische, wirtschaftliche und administrative Baustein, aus dessen Vielheit sich die chinesische Gesellschaft wie ein Mosaik zusammensetzt.<sup>207</sup>

In dem so tradierten Klansystem ist der Ursprung für die, im Westen oft so befremdliche, kollektive Identitätsbildung der Chinesen zu suchen. Ebenso wie die gesamtgesellschaftliche Wabenstruktur der Klans/Danweis eine Erklärung für die hohe Stabilität der sozialen Strukturen gegenüber der teilweise chaotischen Agitation ihres politischen Überbaus in der Vergangenheit bieten kann.

Die Danwei ist direkt an den Arbeitsplatz in einem staatlichen Unternehmen angebunden. Die Entwicklung des privaten Sektors, die abnehmende Rolle der Staatsunternehmen sowie die zunehmend wettbewerbsorientierten Marktkräfte, aber auch der Zustrom von Wanderarbeitern

---

<sup>205</sup> Vgl. Heberer, 1993, S. 13

<sup>206</sup> Vgl. Weggel, 1988, S. 67

<sup>207</sup> Vgl. Li, 1991, S. 105

sorgt daher seit den späten neunziger Jahren für eine allmähliche Erosion der Danwei-Struktur. An ihre Stelle tritt vor allem bei den ersten Ein-Kind-Generationen, die nicht mehr in Familienverbänden aufwuchsen und darüber hinaus als einziges Kind von den Eltern gerne verwöhnt wurden, ein neues, dem Ausland entlehntes, geld- und konsumorientiertes Leitbild. Dem sozialistischen Idealismus der Väter und Großväter wird der eigene Ich-Kult entgegengesetzt. Das Wort „Ich“ wird von der Jugend inzwischen so selbstverständlich ausgesprochen, wie es frühere Generationen vermieden und „Selbstverwirklichung“ ist das neue Ziel.<sup>208</sup>

Allerdings sind diese Tendenzen noch auf eine junge, gebildete und begüterte Avantgarde beschränkt, die von der politischen Führung missbilligt wird. Trotzdem ist die Tendenz zur Ausbreitung dieser Einstellung deutlich vorhanden, auch wenn sie noch nicht mit der westlichen Ausprägung vergleichbar ist.

Hinzu kommt, dass auch wachsende Teile der erwachsenen städtischen Bevölkerung nicht mehr von einer Danwei erfasst werden, z.B. Beschäftigte des privaten Sektors, Selbständige und Wanderarbeiter. In diesen Gruppen beginnen ebenfalls individualistische Interessen das übrigens durch den Konfuzianismus nicht unbedingt begründete kollektive Bewusstsein zu verdrängen.

Die direkte Regulierung des individuellen Lebens durch die Gemeinschaft nimmt also ab und der Staat wird zunehmend aus der Lebensplanung der Einzelnen verdrängt. Da der Begriff „Individualisierung“ sehr durch die westliche Diskussion um Ulrich Beck geprägt ist und daher zu Missverständnissen im chinesischen Kontext führen kann, bevorzugen wir für die dortige Entwicklung den Begriff „Privatisierung“. Dieser kennzeichnet auch besser die seit der Einleitung der Reformen beobachtbare Verschiebung des Politischen zum Privaten. Wo, von der Bevölkerung, lange Zeit politische Agitation im Rahmen der zahlreichen Kampagnen gefordert war, ist es nun erwünscht, sich einen persönlichen Wohlstand zu erarbeiten. Die Sehnsucht nach den privaten Dingen des Lebens, nach Jahrzehnten der Zwangspolitisierung, führt nun zu einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber politischen Fragen in ideologischer Hinsicht (nicht im Sinne der Reflexion der eigenen Lebensumstände).<sup>209</sup>

---

<sup>208</sup> Vgl. Bauer, 1997, S. 284-285

<sup>209</sup> Vgl. Schirmer, 2004, S. 67-68

Die Privatisierung bedeutet tatsächlich ein historisch neues Phänomen in der chinesischen Gesellschaft und stellt die KPCh ideologisch, sozialpolitisch und legitimatorisch vor ungewohnte Herausforderungen.

### 5.1.1 Regionalisierung

Der Verzicht auf ideologische Kampagnen und „Säuberungen“ innerhalb des Parteiapparates, die Einführung regionaler Marktstrukturen und die Dezentralisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungs-, Planungs- und Regulierungskompetenzen führte zu einer Wiederbelebung der in China immer schon latent vorhandenen Regionalisierungstendenzen. Damit ist der zentralstaatliche Einheitsgedanke der Partei auch auf staatlicher Ebene durch eine zunehmende Partikularisierung bedroht.<sup>210</sup>

Die Übergabe lokaler Staatsbetriebe, der lokalen Marktkontrolle sowie der Verantwortung für Rohstoffversorgung und Außenhandel an die jeweiligen Provinzregierungen sorgte, vor dem Hintergrund der ungleichgewichtigen wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen, für eine Erosion der Ideologie, des Parteigehorsams und der Zentralplanung bei den lokalen Funktionären. Vor allem in den prosperierenden Küstenregionen und Sonderwirtschaftszonen verbreitet sich dagegen das pragmatische Interesse, alle Mittel für den eigenen Wohlstand auszuschöpfen und dabei ihr wirtschaftliches Gewicht in die politische Waagschale zu werfen.<sup>211</sup>

Um der Gefahr einer wirtschaftlichen und damit in der Folge auch politischen Desintegration, die aus dem wachsenden Widerstand der wirtschaftlich starken Provinzen gegenüber Peking erwächst, entgegenzuwirken, ging die Parteizentrale bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre dazu über, offensiver als bisher für die Interessen der benachteiligten Regionen durch eine stärker auf interregionalen Ausgleich bedachte Politik einzustehen. Die einseitige Protektion der Küstenprovinzen war damit zwar vorbei, aber die Zentralregierung kann, um den Erfolg der Wirtschaftsreformen nicht zu gefährden, nicht einfach zur direkten Kommandostruktur zurückkehren.<sup>212</sup> Da die komplexen Regulierungsanforderungen der wirtschaftlichen Übergangsordnung differenzierte Lösungsstrategien erfordern, bei denen die Zentrale auf die Mitwirkung der lokalen Behörden angewiesen ist, entwickelte sich ein vielschichtiges Verhandlungssystem, das zu einer weitreichenden Neuordnung des Verhältnisses der

---

<sup>210</sup> Vgl. Heilmann, 2002, S. 97

<sup>211</sup> Vgl. Bauer, 1997, S. 317

<sup>212</sup> Vgl. Heilmann, 2002, S. 97



Zentralregierung zu den Regionalregierungen führte. Die Besonderheiten dieses neuen Verhältnisses zeigen sich besonders deutlich bei der politischen Auseinandersetzung um die Einnahmen- und Kompetenzverteilung in der Haushalts- und Steuerpolitik, beim Lobbying der regionalen Führungen, um wirtschaftliche Sonderregelungen zu erreichen, und bei den Versuchen der Pekinger Zentrale, durch personelle Umbesetzung oder Entsendung von Arbeitsgruppen sowie den Ausbau zusätzlicher Verwaltungsstränge die Kontrolle über die regionalen Führungen sicherzustellen.<sup>213</sup>

Es ist somit wieder einmal besonders darauf hinzuweisen, dass China nicht als monolithischer Block und der soziale Wandel nicht als homogener Prozess begriffen werden dürfen, sondern auch regional ein äußerst differenziertes Entwicklungsgefälle herrscht.<sup>214</sup>

### **5.1.2 Gesellschaftlicher Wertewandel**

Im Zuge der Liberalisierung durch die Wirtschaftsreformen nahm die Verbindlichkeit der marxistisch-leninistischen Staatsideologie und der Mao-Zedong-Ideen sowohl für Partei- als auch für Nichtparteimitglieder drastisch ab. Gleichzeitig stießen chinesische Intellektuelle ab 1983 eine Debatte in aufklärerischer Absicht an, die, anknüpfend an die Bewegung vom „4. Mai 1919“, die Auseinandersetzung mit der chinesischen Kultur in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einforderte. Die kulturelle, also sowohl die konfuzianische als auch die durch die Partei gegründete „revolutionäre“ Tradition Chinas wurde zum Haupthindernis der Modernisierung erklärt. Die, im Rahmen der Öffnungspolitik, durch Tourismus und Medieninhalte vermehrt nach China strömenden westlichen Werte und ausländischen Kultureinflüsse wurden zwar von diesen Intellektuellen für den chinesischen Modernisierungsprozess begrüßt, aber wiederum von den konservativen Kreisen strikt abgelehnt und bekämpft. Der Verlust kultureller Identität und ein gesellschaftliches Wertevakuum waren, neben dem reinen Geldverdienen als Wert an sich, die Folge der Demontage jeglicher Leitideologie.<sup>215</sup>

In diese Lücke stießen zunächst die neuen, häufig von zurückkehrenden Auslandschinesen vermittelten, privatwirtschaftlichen Werte, wie z.B. Wettbewerbsdenken, Kreativität, Verantwortlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, Disziplin und Pünktlichkeit. Dem fortschreitenden

---

<sup>213</sup> Vgl. Heilmann, 2002, S. 102-103

<sup>214</sup> Vgl. Heberer, 1993, S. 26

<sup>215</sup> Vgl. Staiger, Brunhild: „Kultur“, in: „Länderbericht China“, Darmstadt, 2000, S. 292-293

Identitätsverlust begegnete die politische Führung, wie wir im Folgenden noch genauer sehen werden, mit der bewussten Rehabilitierung und Förderung eines parteiadäquaten Konfuzianismus. Dieser seit den neunziger Jahren verstärkt geförderte Neotraditionalismus basiert aber weniger auf Konfuzius selbst, als vielmehr auf einem zugrunde liegenden Patriotismus, der latent spätestens seit dem japanischen Widerstandskrieg vorhanden ist und von der Partei nun zum Gegenpol des Liberalismus westlicher Provenienz aufgebaut wird. Der Stolz auf die „Jahrtausende alte Geschichte“ und die „großartige Kulturtradition“ wird dabei als Grundlage der chinesischen Identität erblickt.<sup>216</sup>

Daneben konnten sich aber auch alternative Wertesysteme etablieren, hier sind vor allem das Wiederaufleben des Aberglaubens auf dem Land, die verstärkte Ausbreitung der großen Religionen, aber auch Sekten<sup>217</sup> und Geheimgesellschaften zu nennen.

## 5.2 Ideologie

Wenn man Ideologie mit dem Wertesystem des Staates als gesellschaftliche Gemeinschaft gleichsetzt, ist von einer fundamentalen Erosion des ideologischen Konsens der chinesischen Gesellschaft der Maoära auszugehen. Die politische Stabilität totalitärer Herrschaftssysteme beruht, zumindest in der Entstehungsphase, auf „gesellschaftlichen Koalitionen“, also lose Bündnisse, in denen sich die Forderungen und Erwartungen verschiedener Bevölkerungsschichten im Hinblick auf die politische Führung, gemeinhin unausgesprochen und faktisch, aufhäufen und verbinden. Die KP Chinas hatte im Bürgerkrieg von 1946-49 den militärischen Sieg über die Kuomintang davontragen können, weil damals eine übermächtige Koalition zwischen den eigenen Basiskadern und der Mehrheit von im Wesentlichen fünf sozialen Gruppen, nämlich die Industriearbeiter, die Intellektuellen, die Oberschüler und Studenten, die Landarbeiter und armen Bauern sowie die mittleren Bauern, hinter ihr stand. Durch die politische Agitation der KPCh verließen aber diese Gruppen bereits ab der Mitte der

---

<sup>216</sup> Vgl. Staiger, 2000, S. 311

<sup>217</sup> Die dann aber als „ungenehmigte Vereinigungen“ staatlich bekämpft werden, so z.B. die 1992 gegründete „Falungong“-Sekte. Eine Mischung aus messianischer Heilsversprechung, traditionellen Atemübungen und buddhistischen Lehren, mit der Sektengründer Li Hongzhi, von den USA aus, in kürzester Zeit Millionen Anhänger um sich scharte. Die seit 1996 als gefährliche Sekte eingestufte Organisation wird seit einer Massenkundgebung ihrer Anhänger in Peking 1999 verfolgt und diese im Rahmen der landesweiten Kampagne „Bekämpfung von Irrlehren“ zur Umerziehung in Arbeitslager eingewiesen.

fünfziger Jahre diese „gesellschaftliche Koalition“.<sup>218</sup> Zunächst entzogen die Intellektuellen ihre Unterstützung in Folge der repressiven Politik nach der „Hundert-Blumen-Kampagne (1957), gefolgt von den Bauern nach den Desaster der ersten Volkskommunen-Bewegung von 1958. Die Basiskader begannen bereits ein Gefühl der Unsicherheit zu entwickeln, als sie nach dem sog. „Großen Sprung nach vorn“ von der zentralen Führung für die Wirtschaftskrise von 1959/60 verantwortlich gemacht wurden. Die festangestellten Industriearbeiter verließen die Koalition in den Jahren der Kulturrevolution, in denen ihre Privilegien attackiert worden waren. Während der Kulturrevolution musste sich die politische Führung bereits auf eine Restkoalition aus Schülern und Studenten, Arbeitern in den niedrigsten Lohnstufen und Bauern der niedrigsten Einkommensgruppe verlassen. Diese schon in der Minderheit befindliche, jedoch gut organisierte und politisch hoch motivierte Koalition zerbrach schließlich, als die VBA die maoistischen Massenorganisationen zerschlug.<sup>219</sup>

Im Ergebnis übernahmen Deng Xiaoping und die Reformer Ende der siebziger Jahre eine Einheitspartei, die größtenteils ihre Legitimation und Akzeptanz der Bevölkerung eingebüßt hatte.

Um den hegemonialen Herrschaftsanspruch der KPCh und den chinesischen Sozialismus zu erhalten, blieb also gar nichts anderes als, der eigentlichen „Massenlinie“ Maos folgend, die Ideologie des Staates zu ändern und den zunehmend artikulierten Bedürfnissen der Bevölkerung anzugleichen. Das bedeutete, die Reformer mussten vor allem den nach 30 Jahren verordneter Umgestaltung und „permanenter Revolution“ übermächtig gewordenen Wunsch der Bevölkerung nach Ordnung, Stabilität und der tradierten Vorstellung von Harmonie, im Sinne von Gleichgewicht, gerecht werden. Die historische Wende von 1978, die mit dem 3. Plenum des XI. ZK eingeleitet wurde zog, daher umgehend einen Schlussstrich unter das jahrzehntelange Chaos und schuf die ideologischen Voraussetzungen für ein rasches Ende der maoistischen Klassenkämpfe, für Restabilisierung und vor allem Renormalisierung.

Der Satz „Stabilität ist die Basis allen Erfolges“ sollte von nun ab die Hauptdevise der Regulationsbemühungen in der Reformära sein.<sup>220</sup>

Der maoistische „Klassenkampf“-Begriff wurde durch die harmonischen Kriterien eines „mittleren Weges“ der Koexistenz, Konvergenz und Klassenversöhnung ersetzt. Gleichzeitig ist

---

<sup>218</sup> Vgl. Domes, Jürgen: „Tradition und Traditionsbruch in der Politik der VR China“, in: „Zwischen Mao und Konfuzius“, Bochum, 2000, S. 80-81

<sup>219</sup> Vgl. Domes, 2000, S. 81-82

<sup>220</sup> Vgl. Weggel, 1996, S. 44-47

die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen den Subsystemen in Politik und Wirtschaft und der Ausgleich sektoraler Verzerrungen ein Daueranliegen der Reformer, dass sich schon in der sofort nach der Machtübernahme eingeleiteten Sanierungspolitik manifestierte, die auf Regulierung, Umgestaltung, Ausrichtung und Niveauehebung hinauslief. Die „Vier Modernisierungen“ wurden zur hauseigenen Zukunftsparole der Reformer, die Vorstellungen wie Zweckrationalität, Wettbewerb, Leistungsorientierung assoziieren sollte. Schließlich wurden die utopischen, maoistischen Bilder des bereits erreichten „Chinesischen Sozialismus“ und die Erschaffung des „Neuen Menschen“ durch ein realistischeres visionäres Zukunftsprogramm ersetzt, wonach 1. bis zum Jahr 2000 der kumulierte Produktionswert der Wirtschaft gegenüber 1980 vervierfacht, bis zum Jahr 2021 (dem 100. Gründungsjahr der KPCh) China das Entwicklungsniveau einer Mittelmacht erreicht und bis zum Jahr 2049 (dem 100. Gründungsjahr der Volksrepublik) China zu einem der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt werden soll.<sup>221</sup>

Der Erfolg der Wirtschaftsreformen und das damit verbundene Wachstum stellt deshalb die Legitimationsbasis der KPCh im heutigen China dar, stellt doch dieses, wenig utopistische, Programm tatsächlich einen gesellschaftlichen Konsens her, in dem die chinesische Bevölkerung an das gemeinsame Ziel, unter der Parteiführung, glaubt und deshalb bereit ist, an seiner Realisierung mitzuarbeiten.

### **5.2.1 Vom Maoismus zum dengschen Pragmatismus**

Über ein halbes Jahrhundert lang hatte der Bauernführer Mao Zedong zuerst bäuerliche Widerstände organisiert und dann, nach der Machtübernahme 1949, die Gesellschaft mit rund 30 Kampagnen überzogen, die das Unterste zuoberst kehrten und den „Klassenkampf“ zum Katalysator jeder gesellschaftlichen Entwicklung werden ließen. Dabei kleidete Mao seine Gedanken in marxistische Formulierungen und verkündete, dass Widersprüche, Konflikte und revolutionäre Aufbrüche den Normalzustand widerspiegeln, während Ruhe und Ordnung zu den gesellschaftlichen Ausnahmezuständen gehören, die als solche für die Entwicklung einer Gesellschaft nicht einmal besonders wünschenswert sind.<sup>222</sup> Die bewusst herbeigeführte

---

<sup>221</sup> Vgl. Weggel, 1996, S. 65-73

<sup>222</sup> Ebd., S. 45

gesellschaftliche Dauerkrise war das maoistische Verständnis einer permanenten Revolution, die jede Rückkehr zu einer bürgerlichen Gesellschaft verhindern sollte.

Die Maoisten gingen darüber hinaus davon aus, dass die gesellschaftliche Revolution auch ohne adäquate Entwicklung der Produktivkräfte möglich sei. Sie setzten auf politisches Engagement, Egalisierung, Ablehnung materieller Anreize, Kampf gegen Bürokratismus und Technokratie, ideologische Kampagnen und die Umerziehung zu „Neuen Menschen“. Die Liuisten, und später Deng Xiaoping, räumten dagegen der Produktion den Vorrang ein. Sie befürworteten materielle Anreize und nahmen Lohn- und Machthierarchien bewusst in Kauf. Dabei war aber nicht die Entscheidung für den „chinesischen Weg zum Sozialismus“ umstritten, sondern lediglich wie dieser auszusehen hatte.<sup>223</sup> Obwohl Deng als das größte Verdienst Maos anerkennt, dass dieser die Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution verbunden hat,<sup>224</sup> ist er geneigt, für eine Übergangszeit ideologische Dogmen zurückzustellen, aber nicht um sich vom Sozialismus abzuwenden, sondern um die Bevölkerung durch eine prosperierende Wirtschaft von der Überlegenheit des Sozialismus zu überzeugen. Dazu Deng selbst: „Heute betrachten manche Leute und vor allem Jugendliche das sozialistische System mit Skepsis und meinen, der Sozialismus sei dem Kapitalismus unterlegen. (...) In Zukunft müssen und können wir ohne Frage auf zahllose Fakten verweisen, mit denen sich demonstrieren läßt, daß das sozialistische dem kapitalistischen System überlegen ist. Diese Überlegenheit sollte sich auf mannigfaltige Weise zeigen, doch vor allem muß sie aus der Schnelligkeit des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Effizienz ersichtlich sein.“<sup>225</sup>

Deng Xiaoping ist also kein „Totengräber“ des Sozialismus oder der Wegbereiter einer kapitalistischen Restauration, wie oft behauptet wurde. Vielmehr ist er der Überzeugung, dass sich der Sozialismus in der Aufbauphase befindet, die revolutionär neu entstandenen Klassen noch vergleichsweise schwach sind und deshalb ihre Herrschaft mit den Mitteln einer Diktatur konsolidiert werden muss.<sup>226</sup>

Er hängt somit der Idee Sun Yatsens von einer „Erziehungsdiktatur“ an, die so stark dominiert, dass während der Befreiung der sozialistischen Produktivkräfte und des wirtschaftlichen Aufbaus die ideologischen Dogmen einer elaborierten sozialistischen Gesellschaft zugunsten eines pragmatischen Einsatzes aller Mittel für diesen Aufbau vorübergehend vernachlässigt werden

---

<sup>223</sup> Vgl. Lee, Eun-Jeung: „Konfuzianismus und Kapitalismus“, Münster, 1997, S. 107

<sup>224</sup> Vgl. Deng, 1988, S. 61

<sup>225</sup> Ebd., S. 98

<sup>226</sup> Vgl. Bergmann, Theodor: „Rotes China im 21. Jahrhundert“, Hamburg, 2004, S. 116

können. Deshalb sagt Deng: „Egal ob eine Katze schwarz oder braun ist, Hauptsache sie fängt Mäuse.“

Der Widerspruch zwischen den „Vier Modernisierungen“ und den „Vier Prinzipien“ war jedoch wirkungskräftiger als Deng vermutete. Die wirtschaftliche Liberalisierung zog die stetige Schwächung ideologischer Überzeugungen in der ohnehin durch die Kulturrevolution und den Konflikten innerhalb der Machtelite verprellten Bevölkerung nach sich. Die Legitimationszwänge zur Alleinherrschaft der KPCh verstärkten sich zunehmend.<sup>227</sup> Die dritte Führungsgeneration beantwortete diese Herausforderung mit der Vertiefung und Festigung der Notwendigkeit einer „Erziehungsdiktatur“. Hierzu diente die Aufnahme von Jiang Zemin's „Drei Repräsentationen“ zur Verbreiterung des Vertretungsanspruches im Sinne einer Volkspartei ebenso wie die neuen patriotischen Kampagnen zur Leistungsdarstellung der Partei und die starke Führung des Staates im Stil der südkoreanischen „Entwicklungsdiktatur“ Park Chung Hee's.<sup>228</sup>

Das zuletzt genannte beispielgebende System erforderte aber die Ergänzung der, auch in der politischen Führung schwächer werdenden, sozialistischen Ideologie durch ausgewählte Komponenten des Konfuzianismus.

### 5.2.2 Konfuzianismus

Wir vertreten hier die These, bei der Wiederbelebung der konfuzianischen Ideologie seit Ende der achtziger Jahre handele es sich seitens der politischen Führung um den pragmatischen Einsatz eines traditionell in der chinesischen Kultur verankerten Werterahmens zur Legitimierung der kommunistischen „Erziehungsdiktatur“ und zur nationalistischen Identitätsstiftung. Daher wollen wir zunächst zwei im Westen etablierte Konfuzianismusbetrachtungen im Hinblick auf ihre Aussagewert für diesen Kontext untersuchen. Dabei handelt es sich um die Beschäftigung Max Webers mit dem Konfuzianismus im Rahmen seiner Religionssoziologie und die These der konfuzianischen Wirtschaftsethik.

Im Mittelpunkt des Weberschen Forschungsinteresses bei seinen Vergleichsstudien über außereuropäische Kulturen stand die Frage nach der Entstehung des eigenen modernen okzidentalen Kapitalismus. Sein Konstrukt einer Kausalbeziehung zwischen dem „Geist des Kapitalismus“ und der protestantischen Ethik und seine Herausarbeitung der Bedeutung des

---

<sup>227</sup> Vgl. Lee, 1997, S. 107

<sup>228</sup> Vgl. Lee, 1997, S. 107-108

asketischen Protestantismus für die historische Entstehung des westlichen, rationalen Kapitalismus ist bis heute kaum bestritten.

Die Frage nach dem allgemeinen Verhältnis von Religion und Wirtschaft führt Weber in seiner „Konfuzianismus-Studie“ zur Untersuchung der institutionellen Rahmenbedingungen und der ethisch bedingten Lebensführung im alten China.<sup>229</sup> Ohne hier im Detail auf die einzelnen Schritte eingehen zu wollen, kommt Weber letztlich zu dem Ergebnis, dass in China kein moderner Kapitalismus entstehen konnte, da trotz großer Analogien ein Grundunterschied zwischen dem protestantischen und dem konfuzianischen Rationalismus besteht. „Der konfuzianische Rationalismus bedeutet Anpassung an die Welt. Der puritanische Rationalismus: rationale Beherrschung der Welt.“<sup>230</sup> Für Weber liegt hier die entscheidende kulturelle Ursache für die Nichtentstehung eines chinesischen modernen Kapitalismus.

Unsere Fragestellung zielt aber weniger auf den Entstehungszusammenhang des Kapitalismus im konfuzianischen China als vielmehr auf die Adaptionfähigkeit von kapitalistischen Elementen in ein sozialistisches China mit Hilfe konfuzianischer Werte. Dieser Übertragung des (bereits erfundenen) westlichen kapitalistischen Wirtschaftsmodells räumt Weber angesichts der besonderen Rolle von Familie und Netzwerken und der großen Bedeutung des Lernens in der konfuzianischen Kultur eine gute Chance ein.<sup>231</sup> Da er das sozialistische China nicht vorausahnen konnte, bescheinigte Weber sogar ausdrücklich: „(...) der Chinese würde, aller Voraussicht nach, ebenso fähig, vermutlich noch fähiger sein als der Japaner, sich den technischen und ökonomischen im neuzeitlichen Kulturgebiet zur Vollentwicklung gelangten Kapitalismus anzueignen. Es ist offenbar gar nicht zu denken, daß er für dessen Anforderungen etwa von Natur aus `nicht begabt` wäre“.<sup>232</sup>

Aufbauend auf Webers Argumentation zur Rezeption des westlichen Kapitalismus entdeckt nun die Diskussion um die „Neue Konfuzianismusthese“ in den Elementen konfuzianischer Wirtschaftsethik wie Fleiß, Sparsamkeit und Disziplin einen Vorteil der wirtschaftlich seit den achtziger Jahren so erfolgreichen ostasiatischen Länder, weil diese erlaube, westliche Fehlentwicklungen des protestantischen Kapitalismus durch Harmonie und Kollektivismus zu

---

<sup>229</sup> Vgl. Hollstein, Bettina: „Kann man mit Max Weber den Transformationsprozess in China besser verstehen?“ in: „Religion, Werte und Wirtschaft - China und der Transformationsprozess in Asien“, Marburg, 2002, S. 44-45

<sup>230</sup> Siehe Weber, Max: „Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus“, Schriften 1915-1920, Tübingen, 1991, S. 207

<sup>231</sup> Vgl. Hollstein, 2002, 46-47

<sup>232</sup> Siehe Weber, 1991, S. 208

korrigieren.<sup>233</sup> Hier entdeckte vor allem die konservative Bewegung des Westens neue Argumente. Passende Beispiele ostasiatischer Gesellschaften machten deutlich, dass die Arbeiter dort besonders fleißig, fügsam und unterwürfig sind. Dies sei auf die konfuzianische Kultur, die ein Verhalten disziplinierter Unterordnung und Akzeptanz fördere zurückzuführen. Aus diesem Grund werde in Ostasien auch nicht gestreikt. Die westliche Industrie nahm diese Argumentation auf, um auf die hiesigen überhöhten sozialen Kosten aufmerksam zu machen und der westliche Arbeiterschaft, angesichts der asiatischen Billiglohnkonkurrenz, zu empfehlen, anstatt nahezu selbstmörderische Lohnerhöhungen zu fordern, sich lieber in Bescheidenheit, Disziplin und Harmonie zu üben.<sup>234</sup>

Obwohl realiter das Verhalten der ostasiatischen Arbeiterschaft wohl eher auf die brutale Staatsgewalt dortiger autoritärer Regime als auf die konfuzianische Tradition zurückzuführen ist, fand diese Form der „Neuen Konfuzianismusthese“ auch bei den ostasiatischen Diktatoren starken Anklang. Sie ermöglicht es nämlich diesen, sich in schwierigen innenpolitischen Situationen als wohlwollende konfuzianische Herrscher darzustellen, sich dadurch gegen innere und äußere Kritik abzuschotten und unpopuläre Entscheidungen zum Wohle des Volkes zu treffen.<sup>235</sup>

Diese Möglichkeit, konfuzianische Werte zur Stützung des eigenen autoritären Systems zu instrumentalisieren und darüber hinaus westliche Forderungen nach Demokratie und Menschenrechte mit dem Verweis auf eigene Werte abzublocken, macht die konfuzianische Ideologie so interessant für die chinesische Führung. Lassen sich doch der starke Ordnungsstaat mit Fürsorge- und Lenkungsfunktion, Netzwerke zwischen Privat- und Staatsunternehmen, die aktive Erziehung des Volkes und Sparsamkeit direkt auf die konfuzianische Tradition zurückführen.<sup>236</sup>

Damit erfüllt diese einseitige Rezeption des Konfuzianismus wieder einmal den legitimatorischen Anspruch der chinesischen Regierung ebenso, wie der Stolz auf die konfuzianische Tradition zur Grundlegung des neuen identitätsstiftenden Nationalbewusstseins genutzt werden kann.

---

<sup>233</sup> Vgl. Kulesa, Steffi: „Konfuzianismus – Entwicklungshindernis oder Entwicklungsmotor“, in: „Arbeitspapiere zur sozialökonomischen Ost-Asien-Forschung“, Bremen, 2002, S. 42

<sup>234</sup> Vgl. Lee, 1997, S. 32-33

<sup>235</sup> Vgl. Kulesa, 2002, S. 43

<sup>236</sup> Ebd., S. 34



Wie schon im kaiserlichen China bietet sich also die legitimatorische Seite des Konfuzianismus auch den autokratischen chinesischen Sozialisten zur ideologischen Implementierung an, um dadurch die schwach gewordene marxistisch-leninistische Staatsideologie zu ergänzen. Die rationale Anpassungsfähigkeit des Konfuzianismus an kapitalistische Komponenten kommt hierbei den Wirtschaftsreformern besonders entgegen. Die Vorteile für die Partei liegen also auf der Hand, zur eigentlichen gesellschaftlichen Implementierung greifen die Kommunisten neben den noch vorhandenen konfuzianischen Traditionen in der Bevölkerung und einer bereits 1984 eingerichteten, mittlerweile finanziell reichlich ausgestatteten, offiziellen Konfuzius-Stiftung zur akademischen Beschäftigung auf einen massiven Einsatz der konfuzianischen Symbolkraft in den Massenmedien zurück. Das durch den aufgeblühten Tourismus vermittelte Fremdbild „zwischen Konfuzius und Marktwirtschaft“ harmoniert hier bestens mit dem Selbstbild eines neuen China, das anstatt wie in der Kulturrevolution am radikal Neuen zu zerbrechen, auf dem Alten aufbaut und unter dem Emblem Konfuzius in eine stabile und kontinuierliche Zukunft schreitet. Dieses mediale Bild befriedigt den Wunsch der Bevölkerung nach Ordnung und Sicherheit und versöhnt sie dadurch mit der autoritären Führung.<sup>237</sup>

### **5.3 Politische Konsequenzen des gesellschaftlichen Wandels**

Der „chinesische Weg zum Sozialismus“ hat trotz vieler innerer Konflikte und gesellschaftlicher Widersprüche bisher eine bemerkenswerte Kontinuität der Herrschaft gezeigt. Auch wenn die politische Führung seit dem Ende der siebziger Jahre die Liberalisierung der Wirtschaft vorantreibt, bleibt der Anspruch der KPCh auf Alleinherrschaft unantastbar. Keinem anderen sozialistischen Land ist es seit den achtziger Jahren gelungen, wirtschaftliche Modernisierung in einem solchen Ausmaß und Tempo voranzutreiben wie China. Das brachte der Partei Legitimitätsgewinn. Doch die Forderungen nach politischer Modernisierung gewinnen mehr und mehr an Gewicht. Damit werden die Herrschaft und die Zukunft der kommunistischen Partei infrage gestellt.<sup>238</sup>

Um einschätzen zu können, wie prekär die Lage der KPCh im heutigen China tatsächlich ist, sind zunächst einige Fragen zu beantworten. Zunächst einmal die Frage, ob die VR China noch ein sozialistisches System ist?

---

<sup>237</sup> Vgl. Möller, Hans-Georg: „Der Konfuzianismus und die Volksrepublik China“, in: „Zwischen Mao und Konfuzius“, Bochum, 2000, S. 25-28

<sup>238</sup> Vgl. Lee, 1997, S. 90

In China bildet zwar die Kommunistische Partei weiterhin den organisatorischen Kern des politischen Systems. Position und Tätigkeiten der Partei und ihrer Funktionäre im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben haben sich aber fundamental gewandelt. Kennzeichnend hierfür ist die markante Verschiebung der sozialen Basis der KP-Herrschaft. Betriebsleitungen und Belegschaften der Staatsunternehmen waren jahrzehntelang direkt nach der Funktionärsschicht die wichtigste Klientel der KPCh. Sie mussten mit dem Niedergang der Staatsindustrie zunehmend ihr politisches Gewicht an die neuen städtischen Mittelschichten abtreten, die unmittelbar am stärksten von den Reformen profitierten und heute als wichtigste Massenbasis der Partei angesehen werden.<sup>239</sup> In der chinesischen Wirtschaftspolitik hingegen haben im Laufe der neunziger Jahre Interessengruppen der privaten Wirtschaft zunehmend an Einfluss gewonnen. Aus legitimatorischen Gründen wird zwar weiterhin am Aufbau des chinesischen Sozialismus festgehalten, das Machtmonopol der leninistisch organisierten Staatspartei, die Gewaltpolitik und der direkt der Staatspartei unterstellte Sicherheitsapparat erinnern im politischen Bereich auch noch an die überkommenen Vorstellungen eines sozialistischen Systems, aber mit dem geduldeten Verbindlichkeitsverlust der marxistisch-leninistischen Staatsideologie entfernt sich auch hier die Praxis vom Begriff. Der Vormarsch des Privateigentums, der Verzicht auf eine imperativ-planwirtschaftliche, die nicht mehr vorhandene Einkommensumverteilung und das nicht mehr vorhandene staatliche Außenhandelsmonopol im wirtschaftlichen Bereich sowie der Verzicht auf soziale Gleichheit, die Abstinenz einer umfassenden sozialen Absicherung, organisierte Abhängigkeit und umfassende soziale Kontrolle im gesellschaftlichen Bereich machen es jedoch eigentlich unmöglich, China heute noch als sozialistisches System, zumindest im Sinne einer international gebräuchlichen Begriffsdefinition, zu bezeichnen.<sup>240</sup>

Dies bedeutet aber, dass die Parteidiktatur lediglich über eine instrumentale Legitimation, nämlich für den wirtschaftlichen Erfolg, verfügt. Dabei bleibt offen, wie lange die kommunistische Führung den wirtschaftlichen Reformkurs fortsetzen kann, ohne dabei ihre Legitimität zu gefährden, haben doch die Erfahrungen in Südkorea und Taiwan gezeigt, dass sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung unter autoritärer Herrschaft allmählich eine

---

<sup>239</sup> Vgl. Heilmann, 2002, S. 186-187

<sup>240</sup> Vgl. Heilmann, 2002, S. 187-188

„Zivilgesellschaft“ entwickelt, die schließlich demokratische Reformen fordert.<sup>241</sup> Die vor allem im Westen geführte Diskussion, ob eine „Zivilgesellschaft“ nicht die Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft ist und ob nicht die konstruierte chinesische Marktwirtschaft vice versa eine Demokratisierung erzwingt, geht davon aus, dass der Staat mit zunehmender ökonomischer Liberalisierung nicht mehr in der Lage ist, alle gesellschaftlichen Aktivitäten zu kontrollieren. Die sich neu bildenden autonomen horizontalen Strukturen sind Ausdruck neuer Gruppen und Gruppeninteressen, die der Staat in sein bisheriges institutionelles Gefüge nicht mehr einbinden kann und die deshalb letztlich systemische Sprengkraft entwickeln. Der Juni 1989 hat allerdings gezeigt, wie der chinesische Staat reagiert, wenn sich solche Strukturen politisch und parallel zu herrschenden Strukturen zu äußern beginnen.<sup>242</sup> Die chinesische Führung hatte sich nämlich bereits 1986 entschieden, zunächst einmal die Diskussion, unter dem Stichwort „Neo-Autoritarismus“, in Richtung der gegensätzlichen These, dass die Installierung einer Marktwirtschaft erfolgreicher durch ein populistisch-autoritäres Regime zu erreichen ist, voranzutreiben. Die Anlehnung an Samuel Huntington<sup>243</sup> und die Entwicklung der Tigerstaaten verfestigte zunehmend die Auffassung, dass ökonomische, politische und kulturelle Rückständigkeit keinen direkten Übergang zu einem demokratischen politischen System erlaube und der Übergang zu einem modernen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem deswegen eine handlungsfähige Zentralmacht mit einem „weisen“ Führer an der Spitze erfordert.<sup>244</sup>

Damit lässt sich der Kern des „Neo-Autoritarismus“ gleich mit drei für die Reformer wichtigen Denkströmungen verknüpfen. Erstens mit dem konfuzianistischen Bild des weisen und edlen Herrschers, zweitens der „Erziehungsdiktatur“ Sun Yatsens und drittens mit Deng Xiaoping selbst: „(...) China muß durch die Kommunistische Partei geführt werden, Chinas sozialistische Modernisierung und der Aufbau hat von der Partei gelenkt zu werden, dieser Grundsatz ist unerschütterlich. Ohne ihn würde China in Spaltung und Chaos zurückfallen, eine Modernisierung wäre unmöglich.“<sup>245</sup>

---

<sup>241</sup> Vgl. Lee, 1997, S. 108

<sup>242</sup> Vgl. Heberer, 1993, S. 30

<sup>243</sup> Huntington zufolge führt Modernisierung zu Instabilität. Von daher bedürfe es der Machtkonzentration möglichst eines starken Ein-Parteien-Systems sowie eines entschlossenen Führers, der Modernisierung gegen alle Widerstände durchsetze. Vgl. Huntington, Samuel P.: „Political Order in Changing Societies“, New Heaven, London, 1968

<sup>244</sup> Vgl. Heberer, 1993, S. 41

<sup>245</sup> Siehe Deng, 1988, S. 113

Damit ist der „Neo-Autoritarismus“ der eigentliche „Katechismus“ der politischen Führung Chinas während der immer noch andauernden Reformära. Auch der konstitutionelle Anspruch der jüngsten Verfassungsrevision vom März 2004 und der Vorstoß Hu Jintaos (2002), die Autorität der Verfassung auch und gerade über die kommunistische Partei, bis hin zu den ranghöchsten Parteikadern, zu stellen, änderte bislang nichts daran, dass letztendlich die Verwirklichung einer konstitutionellen Selbstbeschränkung von der politischen Bereitschaft der parteistaatlichen Führung abhängt, ihr absolutes Herrschaftsmonopol selbst aufzugeben. Gerade diese Bereitschaft ist aber in der Partei noch nicht sehr verbreitet. So wurde in einem signierten Kommentar der Volkszeitung vom 18. Dezember 2003 in althergebrachter „Neo-Autoritaristischer“ Rhetorik argumentiert: „(...) China ist ein großes Land mit einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden, der Entwicklungsstand ist nicht hoch, und in der Geschichte finden sich kaum demokratische Traditionen. Eine Abkehr von der Führung durch die Partei würde es daher unmöglich machen, die Stärke und Willenskraft des gesamten Volkes zu bündeln, und so hätten sozialistische Demokratie und Rechtssystem keine Aussicht, sich zu entwickeln. (...) In der Aufrechterhaltung der Führung durch die Partei liegt einer der wesentlichen Unterschiede zwischen sozialistischer und kapitalistischer Demokratie sowie sozialistischem und kapitalistischem Rechtssystem begründet.“<sup>246</sup>

Allerdings ergibt sich heute aus den immer drängenderen ökonomischen und sozialen Problemen ein beträchtlicher politischer Handlungszwang, der erneut eine Verschiebung der politischen Legitimation auf die Betonung besonderer Volksnähe und die konstitutionelle Begründung parteistaatlicher Macht möglich macht. Daraus wird zumindest ersichtlich, dass weder die ökonomische Transformation noch die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft als abgeschlossen betrachtet werden dürfen. Wichtiger als diese relativ triviale Feststellung erscheint uns jedoch die Erkenntnis, dass wegen des pragmatischen Umganges der politischen Führung mit Ideologie der chinesische Entwicklungspfad in keiner Richtung determiniert sein dürfte.

---

<sup>246</sup> Vgl. Holbig, 03/2004, S. 259 ff.

## 6. Fazit und Ausblick

Abschließend wollen wir uns den eingangs gestellten Fragen zuwenden und über die Reichweite der regulativen Umgestaltung chinesischer Gesellschaftsformen resümieren.

Dabei wollen wir zunächst auf die augenfälligste Veränderung in der politischen Landschaft verweisen. China ist heute, zum ersten Mal in seiner Geschichte nicht mehr auf einen autokratischen, charismatischen Führer angewiesen. Der von Deng Xiaoping eingeführte und bis zur aktuellen Führungsgeneration weiter vertiefte neue Führungsstil der KPCh basiert nicht mehr auf dem absoluten Führungsanspruch einer Person, sondern pflegt eine Praxis der Entscheidungsfindung, die auf Beratung, Verhandlung und Interessenswahrung basiert. Damit dürfte die chinesische Führung endgültig vom Verdacht befreit sein, einer restaurativen, kaiserlich-feudalistischen und dynastischen Herrschaftsform im kommunistischen Gewand Vorschub zu leisten.

Die Wirtschaftsreformen mit der Liberalisierung von Wettbewerb und Markt haben China von einem der ärmsten Länder der Welt zu einem aussichtsreichen Schwellenland gemacht. Hunger und bitterste Armut, beides alte Weggefährten der chinesischen Gesellschaft, konnten weitgehend zurückgedrängt werden. Unbestreitbar hat die Regulation im ökonomischen Bereich großen Teilen der Bevölkerung einen nie gekannten Wohlstand beschert. Darüber hinaus trug die Befreiung der Wirtschaftssubjekte bei der Wahl ihrer Tätigkeit zu einer deutlichen Pluralisierung der gesellschaftlichen Schichten bei.

Ebenso wie die Abkehr von dogmatischen und mit Gewalt in die Gesellschaft implementierten Staatsideologien eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe und Wertesysteme zulassen. So wird auch die aus diesen Mitteln entstandene neue Mittelschicht ihren Teil dazu beitragen, eine bürgerliche Gesellschaftsschicht zu etablieren.

Trotzdem ist es der KPCh bisher gelungen, der Bevölkerung eine neue gemeinsame, hauptsächlich ökonomische Zielvorstellung anzubieten, die von der Bevölkerung als nationale Aufgabe und Identität begriffen wird und den Einzelnen zur freiwilligen Mitarbeit ermuntert.

Im Bezug auf die gewaltige Vertrauens- und Wirtschaftskrise am Ende der maoistischen Ära kann man den Reformern einen deutlichen Regulationserfolg in der Hinsicht auf die Wirtschaft,

die Wohlfahrt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Erhalt des eigenen Herrschaftsanspruches bescheinigen. Freilich basiert dieser Erfolg in erster Linie auf dem Wiederaufbau der chinesischen Wirtschaft und der Aufnahme eines Modernisierungskurses, der den natürlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten Chinas angepasst war. Aber es ist auch gelungen, China den Chinesen ein Stück weit zurückzugeben, indem man politisch kontrolliert zuließ, dass der Modernisierungspfad sich teilweise wieder aus der chinesischen Gesellschaft heraus entwickelt.

Große gesellschaftliche Umbrüche können nur durch revolutionäre Krisen herbeigeführt werden. Insoweit hatte Mao Zedong Recht und die Neuordnung der politischen Verhältnisse nach dem siegreichen Kampf gegen die verkrusteten feudalen gesellschaftlichen Strukturen bleibt zum großen Teil sein Verdienst.

Aber der nachhaltige Aufbau einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung braucht offensichtlich ein stabiles und geordnetes Umfeld. Hierzu ist also die regulative Form einer „permanenten Reform“ (wie Deng es nannte) tatsächlich sachdienlicher als die maoistische „permanente Revolution“. Selbstverständlich produziert das neue System neue gesellschaftliche Widersprüche, wie sie zurzeit z.B. in den zunehmenden sozialen Spannungen in China, dem Antagonismus von leninistischem Einparteiensystem versus marktwirtschaftlicher und internationaler Liberalisierungsansprüche oder dem Verhältnis von Wachstum und Umweltzerstörung zum Ausdruck kommen. Viele dieser Widersprüche wird man durch umsichtige Regulierung im Zaume halten können, aber einige werden in Zukunft eventuell wiederum derart wirkungsmächtig, dass sie neue revolutionäre Krisen hervorrufen.

Diese Prozesse sind dem Kern des dialektischen Begriffspaares „Krise und Regulierung“ inhärent und von hier aus kann man sagen, dass sowohl Mao Zedongs Revolution als auch Deng Xiaopings Regulierungsansatz ihren historisch berechtigten Platz in der chinesischen Geschichte haben, jeder zu seiner Zeit.

Die Modernisierung der chinesischen Gesellschaft ist auf den Weg gebracht und die Regulierung der sozialen Verhältnisse dürfte Inhalt der nächsten Reformschritte sein. Bei dieser wie bei den vorangegangenen Reformetappen stellt sich in unseren Augen evident der Vorteil eines „starken“ Staates für die Transformation des Systems eines Landes heraus. Die im Westen wegen der scheinbar unüberwindbaren Widersprüche der Systeme nur schwer verständliche Kombination

aus Sozialismus und Kapitalismus stellt sich bei näherer Betrachtung als spezifisch chinesische Form eines Übergangssystems dar. Die neo-autoritäre Einparteienherrschaft mit konfuzianischer und nationaler Legitimation bildet die eigentliche Klammer um die kapitalistischen und sozialistischen, pragmatisch zur Entwicklung des Landes genutzten Komponenten. Damit wird in China, in dieser Phase seiner Entwicklung, sowohl das Abdriften in „russische Verhältnisse“, d.h. institutionelle Schwäche und anarchisches Chaos verhindert, was für das 1,3 Milliarden Volk den sicheren Untergang bedeuten würde, man gedenke nur der chinesischen „Warlordphase“. Es gelingt aber auch, die Auswüchse eines allzu befreiten Raubtierkapitalismus, siehe ebenfalls Russland, in Grenzen zu halten. Dieses neue System Chinas, das nur noch schwer in westliche Kategorien einzuordnen ist und von daher vielleicht als „Sinoismus“ einen eigenen Begriff benötigt, steht zwar, wie beschrieben, vor gewaltigen Herausforderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, aber es bietet auch eine reelle Chance, diesen zu begegnen.

China ist weder in seiner Entwicklungsfähigkeit noch in seiner Lernbereitschaft zu unterschätzen. Die konfuzianisch vermittelte stumme Einwilligung der Bevölkerung, um einer bestimmten Zielsetzung willen eine begrenzte „Erziehungszeit“ hinzunehmen, lässt auch zukünftig immense Entwicklungsfortschritte erwarten. China ist aber auch alt und weise, von daher sollte man nicht erwarten, dass es blindlings der Imitation westlicher Modelle folgt. Vielleicht wird eine friedliche Wiedervereinigung mit dem wirtschaftlich bereits aufs engste verbundenen Taiwan irgendwann, elegant und gleichsam durch die Hintertüre, den Hunger gewisser chinesischer Gesellschaftssichten nach mehr politischer Pluralität stillen. Vielleicht wird aus den wirtschaftlich nachholenden ost-asiatischen Staaten zukünftig auch ein prosperierender, innovativer und weitgehend autarker Binnenwirtschaftsraum, der auf westliche Globalisierungsbestrebungen nicht angewiesen ist. Zumindest in der „chinesischen Seele“ ist die Überzeugung, das Zentrum der „zivilisierten“ Welt zu sein, nämlich nach wie vor tief verwurzelt.

„Vielleicht muß sich der Westen eingestehen, daß in einem anderen Kontinent, in anderen Kulturkreisen von festgegründeter Tradition die Menschen auch ohne die uns Euro-Amerikanern unentbehrlichen demokratischen Strukturen durchaus glücklich werden können. Wir sollten deshalb auch von China nicht verlangen, daß es sich zur Demokratie bekennt; wohl aber müssen wir auf dem Respekt vor der Person, ihrer Würde und ihren Rechten beharren.“ (Helmut Schmidt)<sup>247</sup>

---

<sup>247</sup> Siehe Schmidt, Helmut: „Aufbruch im Land des gelben Kaisers, in: Die Zeit, Hamburg, 29.05.1992, S. 12

## Literatur

### Monografien

- Awater**, Laurenz (1997): „Die politische Wirtschaftsgeschichte der VR China“, Münster.
- Bauer**, Edgar (1997): „Die unberechenbare Weltmacht“, Berlin.
- Bergmann**, Theodor (2004): „Rotes China im 21. Jahrhundert“, Hamburg.
- Braumann**, Freddy (1983): „Die Erweiterung der Eigenverantwortung staatlicher Industriebetriebe Chinas“, in: „Wirtschaftsreformen in der VR China 1978-1982“, Frankfurt a.M.
- Cho**, Hyekyung (2005): „Chinas langer Marsch in den Kapitalismus“, Münster.
- Deng**, Xiaoping (1988): „Die Reform der Revolution“, Berlin.
- Domes**, Jürgen / **Näth**, Marie-Luise (1990): „China im Aufbruch“, Frankfurt a.M.
- Domes**, Jürgen (2000): „Tradition und Traditionsbruch in der Politik der VR China“, in: „Zwischen Mao und Konfuzius“, Bochum.
- Erling**, Johnny (1990): „Der tiefe Sturz aus dem Traum der Freiheit in die Diktatur“, in: „Der kurze Frühling von Peking“, Frankfurt a.M.
- Erling**, Johnny (2002): „China – der große Sprung ins Ungewisse“, Freiburg im Breisgau.
- Feng**, Zhaobai / **Cao**, Tinggui (1999): „Über einige Probleme des chinesischen Banksystems“, in: „Der lange Marsch in die Marktwirtschaft“, Berlin.
- Franz**, Uli (1987): „Deng Xiaoping – Chinas Erneuerer“, Stuttgart.
- Friedrich**, Stefan (2000): „Außenpolitik“, in: „Länderbericht China“, Darmstadt.
- Gransow**, Bettina (2000): „Gesellschaft“, in: „Länderbericht China“, Darmstadt.
- Grobe-Hagel**, Karl (1990): „Der Verlauf der Krise vom Tode Hu Yaobangs bis zum Sturz des Parteichefs“, in: „Der kurze Frühling von Peking“, Frankfurt a.M.
- Heilmann**, Sebastian (2000): „Die Politik der Wirtschaftsreformen in China und Rußland“, Hamburg.
- Heilmann**, Sebastian (2000a): „Politik und Staat“, in: „Länderbericht China“, Darmstadt.
- Heilmann**, Sebastian (2002): „Das politische System der Volksrepublik China“, Wiesbaden.
- Heilmann**, Sebastian (2004): „Das politische System der Volksrepublik China“, 2. Auflage, Wiesbaden.
- Herrmann-Pillath**, Carsten (1995): „Marktwirtschaft in China“, Opladen.
- Hollstein**, Bettina (2002): „Kann man mit Max Weber den Transformationsprozess in China besser verstehen?“, in: „Religion, Werte und Wirtschaft – China und der Transformationsprozess in Asien“, Marburg.
- Hüssen**, Hans-Peter (1991): „Ländliche Industrialisierung in der Volksrepublik China seit 1978“, Hamburg.
- Huntington**, Samuel P. (1968): „Political Order in Changing Societies“, New Heaven, London.
- Kollin-Hüssen**, Verena (1990): „Agrarreformen in der Volksrepublik China seit 1978“, Hamburg.
- Lee**, Eun-Jeung (1997): „Konfuzianismus und Kapitalismus“, Münster.
- Li**, Hanlin (1991): „Die Grundstruktur der chinesischen Gesellschaft“, Opladen.
- Marx**, Karl: „Das Kapital“, Paderborn, ungekürzte Ausgabe der 2. Auflage von 1872



- Möller**, Hans-Georg (2000): „Der Konfuzianismus und die Volksrepublik China“, in: „Zwischen Mao und Konfuzius“, Bochum.
- Philipp**, Raimund (1992): „Zum Charakter der Reformbestrebungen der Volksrepublik China 1978-1992“, Dissertation, Münster.
- Oberender**, Peter (2004): „China im Aufbruch – Hintergründe und Perspektiven eines Systemwandels“, Bayreuth.
- Opper**, Sonja (1999): „Wirtschaftsreform und Beschäftigungswandel in der VR China“, Baden-Baden.
- Pan**, Deping (1999): „Anmerkungen zur Strukturreform des chinesischen Finanzwesens“, in: „Der lange Marsch in die Marktwirtschaft“, Berlin.
- Sabatier**, Patrick (1991): „Der letzte Drache“, Bonn, Berlin.
- Sachs**, Jeffrey / **Woo**, Wing Thye (1999): „Zum Verständnis der Reformverfahren in China, Osteuropa und Russland“, in: „Der lange Marsch in die Marktwirtschaft“, Berlin.
- Schirmer**, Dominique (2004): „Soziologie und Lebensstilforschung in der Volksrepublik China“, Bielefeld.
- Schmidt-Glitzner**, Helwig (2004): „Das neue China“, München.
- Schüller**, Margot (2000): „Wirtschaft“, in: Brunhild Staiger (Hg.) (2000): „Länderbericht China“, Darmstadt.
- Senger**, Harro v. (1994): „Einführung in das chinesische Recht“, München.
- Staiger**, Brunhild (2000): „Kultur“, in: Brunhild Staiger (Hg.) (2000): „Länderbericht China“, Darmstadt.
- Weber**, Max (1991): „Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus“, Schriften 1915-1920, Tübingen.
- Weggel**, Oskar (1988): „China – Zwischen Marx und Konfuzius“, München.
- Weggel**, Oskar (1989): „Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert“, Hamburg.
- Weggel**, Oskar (1996): „Das nachrevolutionäre China“, Hamburg.
- Zhu**, Hongxing (2000): „Das System der ländlichen Märkte in der Volksrepublik China“, Hamburg.

#### Wissenschaftliche Periodika

- Giese**, Karsten (2005): „Freier Diskurs oder Überwachungsstaat?“, in: China aktuell, Hamburg, 01/2005.
- Heberer**, Thomas (1993): „Transformation des chinesischen Systems oder sozialer Wandel“, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.
- Heuser**, Robert (11/2004): „Der Weg des „chinesischen Rechtsstaats“: In neuen Schuhen auf alten Pfaden?“, in: China aktuell, Hamburg, 11/2004.
- Holbig**, Heike (10/2000): „Reformanlauf ins neue Jahrhundert – offizielle und inoffizielle Agenda der 5. Plenartagung des XV. ZK“, in: China aktuell, Hamburg, 10/2000.
- Holbig**, Heike (03/2002): „Die Politik entdeckt die benachteiligten Gruppen“, in: China aktuell, Hamburg, 03/2002.
- Holbig**, Heike (11/2002): „Der XVI. Parteitag der KPCh – Teil I“, in: China aktuell, Hamburg, 11/2002.

- Holbig**, Heike (12/2002): „Der XVI. Parteitag der KPCh – Teil II“, in: China aktuell, Hamburg, 12/2002.
- Holbig**, Heike (03/2003): „Chinas neue Regierung“, in: China aktuell, Hamburg, 03/2003.
- Holbig**, Heike (03/2003): „Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteiherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004“, in: China aktuell, Hamburg, 03/2004.
- Holbig**, Heike (06/2005): „Wissenschaftliches Entwicklungskonzept, Harmonische Gesellschaft und Eigenständige Innovation: Neue parteipolitische Prioritäten unter Hu Jintao“, in: China aktuell, Hamburg, 06/2005.
- Julius**, Hinrich (07/2003): „Die Praxis des chinesischen Wirtschaftsrechts“, in: China aktuell, Hamburg, 07/2003.
- Kulessa**, Steffi (2002): „Konfuzianismus – Entwicklungshindernis oder Entwicklungsmotor“, in: Arbeitspapiere zur sozialökonomischen Ost-Asien-Forschung, Bremen.
- Reisach**, Ulrike (11/2004): „Investitionsboom in China – Strohfeuer oder Langzeitperspektive“, in: China aktuell, Hamburg, 11/2004.
- Schucher**, Günter (03/2001): „China hat 1,3 Milliarden Einwohner“, in: China aktuell, Hamburg, 03/2001.
- Schüller** Margot / **Diep**, Luong (10/2001): „Shanghai – Modell für Chinas Wirtschaftsentwicklung?“, in: China aktuell, Hamburg, 10/2001.
- Schüller**, Margot (02/2002): „China nach dem WTO-Beitritt“, in: China aktuell, Hamburg, 02/2002.
- Schüller**, Margot (08/2003): „Chinas Privatunternehmen“, in: China aktuell, Hamburg, 08/2003.
- Schüller**, Margot (01/2004): „Chinas wirtschaftlicher Aufstieg – Auslöser von Euphorie und Bedrohungsängsten“, in: China aktuell, Hamburg, 01/2004.
- Schüller**, Margot (05/2004): „Chinas Landwirtschaft – Neue Entwicklungstrends nach dem WTO-Beitritt“, in: China aktuell, Hamburg, 05/2004.
- Zhang**, Junhua (07/2003): „Der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems in der VR China – eine kritische Betrachtung“, in: China aktuell, Hamburg, 07/2003.

#### Presse

- Schmidt**, Helmut (1992): „Aufbruch im Land des gelben Kaisers“, in: Die Zeit, Hamburg, 29.05.1992.